

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

236. Sitzung

Bonn, Freitag, den 3. Oktober 1986

Inhalt:

Aktuelle Stunde betr. **Haltung der Bundesregierung zur Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit aus Beitragsmitteln der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugunsten von Arbeitslosen**

Lutz SPD	18237 B
Kolb CDU/CSU	18238 B
Bueb GRÜNE	18239 C
Cronenberg (Arnsberg) FDP	18240 B
Reimann SPD	18241 C
Dr. Blüm, Bundesminister BMA	18242 C
Dreßler SPD	18244 B
Frau Dr. Adam-Schwaetzer FDP	18245 C
Keller CDU/CSU	18246 D
Louven CDU/CSU	18247 D
Frau Steinhauer SPD	18249 A
Müller (Wesseling) CDU/CSU	18250 A
Jagoda CDU/CSU	18251 A

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Energiebericht der Bundesregierung

— Drucksache 10/6073 —

in Verbindung mit

Beratung des Antrags der Abgeordneten Schulte (Menden), Tatge und der Fraktion DIE GRÜNEN

Energiesparprogramm für den Wärmemarkt

— Drucksache 10/5976 —

Dr. Bangemann, Bundesminister BMWi	18252 C
Dr. h. c. Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen	18255 C
Dr. Riesenhuber, Bundesminister BMFT	18262 A
Fischer, Staatsminister des Landes Hessen	18266 A
Dr. Wallmann, Bundesminister BMU	18272 A
Dr. Hauff SPD	18275 C
Beckmann FDP	18277 B
Tatge GRÜNE	18279 A
Engelsberger CDU/CSU	18280 D

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

IKRK-Konferenz in Genf vom 16. bis 31. Oktober 1986

— Drucksache 10/6038 —

Verheugen SPD	18283 C
Graf Huyn CDU/CSU	18285 B
Dr. Schierholz GRÜNE	18286 B
Möllemann, Staatsminister AA	18287 B
Vizepräsident Westphal	18290 C
Nächste Sitzung	18290 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten	18291* A
---	----------

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen	18291* D
---------------------------------	----------

(A)

(C)

236. Sitzung

Bonn, den 3. Oktober 1986

Beginn: 8.00 Uhr

Präsident Dr. Jenninger: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Zusatztagesordnungspunkt 3 auf:

Aktuelle Stunde

Haltung der Bundesregierung zur Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit aus Beitragsmitteln der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugunsten von Arbeitslosen

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat gemäß Nr. 1 c der Anlage 5 unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem genannten Thema verlangt.

(B) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lutz.

(Feilcke [CDU/CSU]: Das fängt ja gut an!)

Lutz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist die **Lage auf dem Arbeitsmarkt:** 2,2 Millionen registrierte Arbeitslose, 1,3 Millionen Arbeitslose, die keiner mehr zählt, die sogenannte stille Reserve. Oder andersherum gesagt: Seit Sie regieren, jedes Jahr Ihres Handelns oder Nichthandelns 300 000 Arbeitslose mehr. Die manipulationsbereinigten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit von heute werden nichts anderes signalisieren.

(Feilcke [CDU/CSU]: Der Quatsch wird immer „quätscher“!)

100 000 Jugendliche im letzten Jahr ohne Ausbildungsplatz, 460 000 Jugendliche zwischen 20 und 25 Jahren ohne Arbeit, 31% aller Arbeitslosen seit über einem Jahr ohne Beschäftigung, nur 31% Empfänger von Arbeitslosengeld, schon bald die Hälfte aller Leistungsempfänger in der Arbeitslosenhilfe.

Wer heute Arbeitslosengeld bezieht, erhält weniger als 1982; wer heute Arbeitslosenhilfe bekommt, nur geringfügig mehr als vor der Wende. 38% aller registrierten Arbeitslosen erhalten nicht einmal die 950 DM oder 815 DM im Monat. Sie gehen völlig leer aus. Wahrlich, die Armut hat seit der Wende eine neue Bedeutung in einem der reichsten Länder der Welt.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: In Nordrhein-Westfalen!)

760 000 Haushalte erhalten nur noch Sozialhilfe; in einem Drittel der Fälle ist Arbeitslosigkeit der Hauptgrund dafür.

Was Wunder, daß die **Bundesanstalt für Arbeit** trotz Massenarbeitslosigkeit **Haushaltsüberschüsse** erwirtschaften konnte!

(Hört! Hört! bei der SPD)

5,5 Milliarden DM sind in Nürnberg bereits aufgelaufen. Im nächsten Jahr kommen noch einmal 2,2 Milliarden DM dazu. Seien Sie nicht stolz auf diese Milliarden; sie sind ausschließlich Folge Ihrer schändlichen Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen.

(D)

(Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]:
Ach, du grüne Neune!)

Sie nennen sich christlich, Sie reklamieren das Soziale, und Ihr Arbeitsminister glaubt, ein Gewerkschafter zu sein. Aber handeln Sie denn auch danach? Geben Sie, wenn Sie danach handeln würden, angesichts der Kassenüberschüsse das Geld an die Arbeitslosen zurück, wie das der Anstand gebieten würde!

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie denken nicht im Traum daran. Sie spielen „Aktion Eichhörnchen“, um nach der Wahl nach Belieben diese Milliarden einsetzen zu können. Vom Blüm hört man, er werde die Bezugszeiten von Arbeitslosengeld verlängern; das bringt Einsparungen bei der Arbeitslosenhilfe. Die so frei werdenden Milliarden kann man dann zur Finanzierung des Babyjahres für die Trümmerfrauengeneration verwenden.

(Dreßler [SPD]: Skandalös!)

Von Stoltenberg hört man, er brauche das Geld dringend für andere Haushaltslöcher. Von der FDP hört man, das beste sei, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken und so die Betriebe zu entlasten.

(Cronenberg [FDP]: Sehr richtig! Sehr gut!
— Feilcke [CDU/CSU]: Halten Sie doch einmal eine ganze FDP-Rede!)

Lutz

- (A) Mit anderen Worten: Herr Cronenberg, nichts geht an die Arbeitslosen zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wirklich etwas für Arbeitslose aufgewendet wird, dann nur zu dem erklärten Ziel, Geld für den Bund freizubekommen.

(Bohl [CDU/CSU]: Was macht Ihr denn mit den Überschüssen der Neuen Heimat?)

Weil Geld in der Kasse der Bundesanstalt ist, wollen Sie sich die Darlehen des Bundes aus dem Jahre 1974 zurückzahlen lassen: 1986 eine halbe Milliarde DM, 1987 auch noch einmal 500 Millionen DM, und — das ist Ihr frechster Plan —: Sie wollen die Kindergeldverwaltungskosten den Beitragszahlern der Bundesanstalt aufs Auge drücken.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Unglaublich! Wo haben Sie denn die Lügen her?)

— Das ist unglaublich, Herr Scharrenbroich. Aber das ist nicht die einzige Unglaublichkeit, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD — Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das ist die blanke Unwahrheit, was Sie da von sich geben!)

Die Überschüsse — ich sage Ihnen das — gehören den Arbeitslosen. Deshalb werden wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds verlängern und das Leistungsverhältnis wieder auf die frühere Basis von 2:1 stellen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir wollen die Berücksichtigung von Verwandteneinkommen bei der Arbeitslosenhilfe endlich abschaffen, weil es, schlicht gesagt, eine Schweinerei ist, wenn man den wegrationalisierten 50jährigen Facharbeiter auf das Renteneinkommen seiner 80jährigen Mutter verweist. Wir werden Schluß machen mit dem ständigen Absenken der Arbeitslosenhilfe für die Dauerarbeitslosen.

Das ist unser Konzept der Menschlichkeit. Welten trennt es von Ihrer menschenverachtenden fiskalischen Politik. Wir können niemandem, auch nicht den Arbeitslosen, eine goldene Zukunft versprechen, aber eine Politik, die Arbeitslosigkeit bekämpft und den Arbeitslosen die Würde beläßt.

Zugegeben: Es ist etwas schwerer, Anstand zu praktizieren, als ihn zu vergessen. Menschlichkeit hat ihren Preis, Menschlichkeit hat ihre Pflichten. Wir bejahen beides.

(Beifall bei der SPD — Seitzers [CDU/CSU]: Es sprach der Vertreter der Fraktion „Gift und Galle“!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Kolb.

Kolb (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 1969 waren 7 Milliarden DM in der Kasse der Bundesanstalt, und 7 Milliarden DM waren auch 1982 in der Kasse. Der Unterschied bestand allerdings in folgendem: 1969 waren

die Zahlen schwarz, 1982 waren sie rot. Das war Ihr Marsch ins „moderne Deutschland“. (C)

(Reimann [SPD]: Da waren noch keine Arbeitslosen da!)

— Herr Kollege, darauf werden wir schon noch kommen.

Wie war es denn 1982? Als Sie merkten, was Sie alles getan haben, haben Sie die Reißleine gezogen.

(Zuruf der Abg. Frau Fuchs [Köln] [SPD])

Das erste Haushaltssicherungsgesetz stammte von Ihnen. Dort haben Sie eine Reduzierung um 5,2 Milliarden DM vorgenommen. Heute sagen Sie draußen, wir seien diejenigen, die diesen bösen Sozialabbau betrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

— Hervorragend.

Sie haben gleichzeitig den Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung** von 4% auf 4,6% erhöht, weil Sie merkten: Es ging nichts mehr.

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren: Das ist doch alles nur die halbe Miete. Als Sie nämlich 1980 nichts mehr hatten, haben Sie plötzlich erkannt: Man könnte ja die Arbeitslosenhilfe von der Bundesanstalt auf den Bund verlagern. Wenn man es nachliest, sieht man, daß Ihre Begründung lautete, Nürnberg habe kein Geld mehr, deswegen müsse Bonn zahlen. Sie haben es immer wieder verstanden, die Dinge zu verschieben. Das hat Nürnberg trotzdem nicht davor gerettet, finanziell am Ende zu sein. (D)

Dann kommt ein Silberstreif am Horizont: Man sieht Geld. Liebe Frau Fuchs, wenn ich Ihre Presseerklärungen von damals nachlese, muß ich sagen: Kaum wird ein Wurstzipfel sichtbar, verteilen Sie die ganze Wurst. Das war immer Ihre Politik.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen muß ich Sie einmal fragen: Wie kommen Sie dazu, zu erklären, daß dieses Geld den Arbeitslosen gehört?

(Lutz [SPD]: Natürlich! Es ist aus ihrem Fleisch geschnitten!)

— Mein lieber Herr Lutz, aus Ihrem Fleisch kann man nicht viel herausschneiden; da ist nichts drin.

Ich muß Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Dieses Geld gehört den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern. Denen haben wir es genommen. Wir haben mit diesem Geld sehr sorgfältig umzugehen. Zu Ihrer Erinnerung: 1970 war Geld in der Kasse, aber es gab keine Arbeitslosen. Dann haben Sie jedoch Ihre großen Verteilungsmechanismen eingeführt. Denken Sie einmal an die Umschulungsmaßnahmen, die Sie damals ins Leben gerufen haben:

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr sinnvoll!)

Prokuristen wurden zu Managern, Lehrerinnen zu Reitlehrerinnen. All diesen Unsinn haben Sie ge-

Kolb

- (A) macht. In Nürnberg war Geld vorhanden, und es mußte verteilt werden.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich einer hier als Moralist hinstellt, sollte er an seine eigenen Sünden denken. Herr Lutz, Sie hätten allen Grund, im Mauselloch zu verschwinden und still zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das ist Ihr Demokratieverständnis!)

Meine Damen und Herren, für uns ist eindeutig: Ältere Arbeitslose werden länger **Arbeitslosengeld** bekommen.

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf?)

— Herr Dreßler, meine Herren, wir machen es mit Vernunft und nicht in der jüdischen Hast, wie Sie es tun.

(Lachen der Abg. Frau Fuchs [Köln] [SPD])

Aber jetzt hören Sie doch bitte einmal zu. Ältere Arbeitslose werden länger Geld erhalten. Aber das Alter allein wird nicht das Kriterium sein, sondern ein Kriterium wird auch sein, wie lange sie gezahlt haben.

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf?)

- (B) — Herr Dreßler, entschuldigen Sie, Sie können bei Ihrer AfA so tönen, aber hier sollten Sie einmal vernünftig zuhören.

(Dr. Vogel [SPD]: Hier tönt Kolb! — Jagoda [CDU/CSU]: Schreihals Vogel! — Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf? — Zuruf von der CDU/CSU: Vogel weiß alles!)

— Ach, Herr Vogel, wissen Sie, Sie wissen zu allem etwas. Herr Vogel, ich sage Ihnen hier von dieser Stelle: Sie haben noch nie Geld verdient, das Sie ausgegeben haben. Sie waren immer bei denen, die empfangen haben.

(Lutz [SPD]: Was Sie hier einen Unsinn reden! — Dr. Vogel [SPD]: Schämen Sie sich nicht? Sie haben doch keine Ahnung! Kolb ins Mauselloch! — Weitere Zurufe von der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Vogel in den Käfig!)

Sie haben nie Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Aber jetzt, meine Damen und Herren, wenn wir in diese Hektik kommen wie Sie, Herr Dreßler, wenn ich daran denke, was Lukas Beckmann & Co. mit Arbeitslosengeld tun, dann animiert uns das doch sehr, äußerst vorsichtig vorzugehen; denn wir wollen diese Perfidie, sich an der „Staatsknete“ zu bedienen und draußen als Moralist tätig zu werden, Herr Bueb, nicht unbedingt wahrnehmen.

(Lutz [SPD]: Wissen Sie, wie schändlich Sie reden! Eine schändliche Sprache!)

(C) Deswegen werden wir nicht das Schnellverfahren nehmen, das Sie sich hier vornehmen, sondern wir werden in Zukunft dafür sorgen, daß die Dinge langfristig finanziert werden, und vor allem dafür, daß mit dem Geld der Arbeitnehmer wesentlich sorgfältiger umgegangen wird, als Sie das je getan haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Bueb.

Bueb (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Die **Bundesanstalt** konfrontiert uns mit einer widersinnigen Bilanz. Trotz hoher Massenerwerbslosigkeit meldet sie **Überschüsse** von 5,5 bis 6,5 Milliarden DM. Für die Bundesregierung ist das ein Erfolg ihrer unsozialen Sanierungspolitik. Für mich ist es ein Schandfleck bundesrepublikanischer sozialer Realität.

Wie sieht die Situation der Erwerbslosen aus? Immer mehr Erwerbslose erhalten überhaupt keine Unterstützung mehr; 38 % sind es bis jetzt. Der Teil der Erwerbslosen, der Arbeitslosenhilfe statt des höheren Arbeitslosengeldes erhält, wird immer größer. Hier greift dann die Familiensubsidarität. Erwachsene Kinder müssen bei ihren Eltern betteln gehen und umgekehrt.

(D) Die durchschnittliche Höhe des **Arbeitslosengeldes** sinkt seit 1982 laufend. Erwerbslose haben massive Einkommenskürzungen von mindestens 7 % hinnehmen müssen. Immer mehr Erwerbslose sind auf die Hilfe zum Lebensunterhalt aus der Sozialhilfe angewiesen. Neue Formen der Verarmung entstehen: verschärfte Ausgrenzungsmechanismen, die sich vor allem gegen Frauen, ältere und nicht leistungsfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch Jugendliche wenden.

Dies alles ist für Herrn Blüm kein Ärgernis oder Grund zur Beunruhigung. Im Gegenteil, vor dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung begrüßte er ausdrücklich die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit, die den sozial Schwachen zum Lebensunterhalt vorenthalten worden sind. Aber was soll man denn von einem Sozialminister erwarten, der in derselben Sitzung ausdrücklich begrüßt hat, daß die Hochverdienenden durch den unsozialen Kinderfreibetrag eine höhere Steuerrückvergütung erhalten als die sozial Schwachen?

(Feilcke [CDU/CSU]: War das die Sitzung, wo Sie einmal dabei waren?)

In einer Situation, in der Millionen von Menschen ihr Recht auf Arbeit nicht wahrnehmen können und in ihrer materiellen Existenz beeinträchtigt sind, stellt die Bundesregierung eine mit statistischen Manipulationen und arbeitsmarktpolitischen Strohfeder geschönte Arbeitsmarktpolitik vor und stellt auf dem Rücken der Erwerbslosen angehäuften Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zur Disposition. Stoltenberg phantasiert natürlich schon, wie immer, von der Sanierung seiner Bilanzen.

Bueb

- (A) Daneben startet die Bundesregierung einen wahltaktischen Versuch, mit dem sie sich als Anwalt der Arbeitslosen profilieren will. Sie sagt, die **Arbeitslosengeldbezugsdauer für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen** solle weiter verlängert werden. Die Arbeitslosenhilfe würde dadurch entlastet. Anstatt aber die freiwerdenden Mittel im Bundeshaushalt zur materiellen Verbesserung der Situation der Erwerbslosen und deren Wiedereingliederung ins Arbeitsleben zu verwenden, soll ein anderer Unrechtszustand abgemildert werden, nämlich der Ausschuß der vor 1921 geborenen Mütter von der Anerkennung des Babyjahres in der Rentenversicherung.

Was hier vorexerziert wird, ist ein Lehrstück christlich-liberaler Sozialpolitik. Ihnen, meine Damen und Herren, geht es eben weder um die Existenzsicherung der von Erwerbslosigkeit Betroffenen noch um die Sicherstellung von Anspruchsberechtigungen.

Wir GRÜNE haben dagegen ein detailliertes **Grundsicherungsmodell** vorgelegt. Wir schlagen eine einheitliche existenzsichernde Grundsicherung von mindestens 1 000 DM monatlich für eine Einzelperson sowie darüber hinaus einen Freibetrag von 200 DM vor. Wir schlagen weiter vor,

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Geld zu drucken!)

eine Erweiterung der Anspruchsberechtigung vorzunehmen. Jeder, der sich erwerbslos meldet und die Bedürftigkeitskriterien erfüllt,

- (B) (Kolb [CDU/CSU]: Beckmann wird Präsident in Nürnberg, ja?)

soll Anspruch auf die Grundsicherung im Rahmen des AFG haben. Die Familiensubsidarität soll weitgehend eingeschränkt, das heißt auf die Ehegattensubsidarität und die Unterhaltspflicht der Eltern für ihre minderjährigen, in Ausbildung befindlichen Kinder beschränkt werden.

Die Einführung einer derartigen Grundsicherung ließe sich natürlich nicht allein mit den Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit finanzieren,

(Zuruf von der CDU/CSU: Den Rest drucken wir!)

aber sie könnten einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung leisten. Die weiteren Mittel für die Aufstockung auf das Grundsicherungsniveau kann der Bund aufbringen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Man soll nicht übertreiben!)

Sie ließen sich mit Rücknahme der Steuererleichterungen, die Sie den Einkommensstärkeren zugeschanzt haben, leicht finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Cronenberg.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei den Sozialdemokraten für

diese Aktuelle Stunde bedanken. Sie ist zwar ein bißchen früh, (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: 8 Uhr!)

aber sie gibt uns immerhin die Gelegenheit, einige Feststellungen zu treffen, die in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig sind, nämlich erstens die Feststellung, daß es weitaus angenehmer ist, über volle Kassen zu diskutieren als über leere,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

zweitens die Feststellung, daß es weitaus angenehmer ist, über kontinuierlich sinkende Arbeitslosenzahlen zu reden als über kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahlen zu reden,

(Erneuter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

drittens die Feststellung nämlich, daß es weitaus angenehmer ist, über steigende Beschäftigtenzahlen als über sinkende Beschäftigtenzahlen zu reden.

(Wiederholter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen habe ich mich über die Abhaltung dieser Aktuellen Stunde heute morgen sehr gefreut.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein bedauerlicher Zynismus!)

Ich will nicht leugnen, daß es mehrere Ursachen für die **Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit** gibt. Eine der Ursachen sind die Leistungskürzungen; diese Ursache ist die geringste. Da ist auch ein bedauerlicher Wechsel vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe festzustellen; aber auch diese Ursache ist nur eine Teilursache, und zwar die geringere. (D)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion, die Hauptursache sind höhere Beitragseinnahmen, und dies auf Grund höherer **Beschäftigungszahlen**.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn Sie mehr Beschäftigung wollen, dann müßten Sie sich über eine solche Feststellung freuen und dürften sie nicht mit Bedauern zur Kenntnis nehmen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Das können die Sozis nicht! Das sind Pessimisten!)

Wenn heute oder morgen die neuen Zahlen bekanntgegeben werden, wieviel Menschen im Lande heute weniger arbeitslos und wieviel Menschen mehr beschäftigt sind, dann hoffe ich sehr, daß Sie mit uns gemeinsam feststellen können, daß wir in unserem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wiederum einen kleinen, aber bedeutsamen Schritt weitergekommen sind.

(Zuruf von der SPD: Das hängt von der Art der Beschäftigung ab!)

Kollege Lutz hat hier festgestellt, daß die Beiträge von den Arbeitnehmern gezahlt worden sind. Richtig, zur Hälfte; die andere Hälfte ist von den Arbeitgebern bezahlt worden. Kollege Lutz, wenn Sie hier schon vorschlagen, das Geld rückzuvergüten — dies ist auch gleichzeitig ein Appell an den Bundesarbeitsminister —, dann wäre das eine gute Gelegen-

Cronenberg (Arnsberg)

- (A) heit, das im gleichen Verhältnis zu tun, in dem kas-
siert worden ist. Das heißt, daß Beitragsrückerstat-
tungen ebenso wünschenswert wären wie Lei-
stungsverbesserungen.

(Lutz [SPD]: Das habe ich vermutet!)

Aber immerhin, wir können uns heute morgen
darüber unterhalten, daß die Leistungsseite einer
Überprüfung unterzogen wird. In der Tat haben wir
die Absicht, einen alten Plan, den insbesondere un-
ser Fraktionsvorsitzender Mischnick immer wieder
in die Gespräche eingebracht hat, die Verlängerung
der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes insbeson-
dere für ältere Arbeitnehmer, weiterzuverfolgen.

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzent-
wurf?)

— Lieber Herr Kollege Dreßler, da wir ja solche
Überlegungen oft gemeinsam angestellt haben,
aber leider nicht so weit gekommen sind, wie wir in
der neuen Koalition gekommen sind, werden Sie
sich sicher auch daran erinnern, daß es — minde-
stens dies sollten Sie aus der vergangenen Zeit ge-
lernt haben —

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf,
Herr Cronenberg?)

außerordentlich unklug ist,

(Feilcke [CDU/CSU]: Geradezu dumm!)

- (B) konkrete Pläne in Form von Staffeln hier jetzt im
Plenum zu diskutieren.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie wissen, daß es für ein gutes Klima in einer
Koalition sehr wichtig ist, solche Koalitionsgesprä-
che vertraulich zu behandeln.

(Dreßler [SPD]: Sie hatten Zeit genug!)

Je vertraulicher wir früher verhandelt haben, desto
mehr Erfolg hatten wir.

Da ich annehme, daß Sie uns in dem Bemühen,
die **Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere
Arbeitnehmer** zu verlängern, Erfolg wünschen —
denn das war ja auch mal Ihr Anliegen —, daß Sie
also unsere Bemühungen unterstützen werden,
werden Sie sicher auch Verständnis dafür haben,
daß wir Ihnen heute morgen keinen konkreten Vor-
schlag auf den Tisch des Hauses legen.

(Zuruf von der SPD: Das glauben wir!)

Aber da Sie wissen, daß die Freien Demokraten,
wenn sie solche Zusagen gemacht haben, diese
auch einhalten,

(Lutz [SPD]: Cronenbergs Mauschelrun-
del!)

können Sie sich darauf verlassen, daß es so kommt,
und das wird Sie sicher beruhigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abge- (C)
ordnete Reimann.

(Feilcke [CDU/CSU]: Herr Reimann, jetzt
können Sie das wiedergutmachen, was
Herr Lutz falsch gemacht hat!)

Reimann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen!
Meine Herren! Es ist schon schlimm, daß die **Bun-
desanstalt für Arbeit Überschüsse** von ca. 5,5 Mil-
liarden DM angehäuft hat,

(Zuruf von der CDU/CSU: Es ist gut!)

und dies bei einer Massenarbeitslosigkeit von
2,3 Millionen im Jahresdurchschnitt 1985

(Jagoda [CDU/CSU]: Einigt euch mal! Vor-
her habt ihr „2,1 Millionen“ gesagt!)

und bei den tiefsten Leistungssätzen, die es beim
Arbeitsamt je gegeben hat.

Ich will dafür zwei Beweise nennen: Ein Versi-
chterter ohne Kind erhält nach Ihrer Kürzung ein
Arbeitslosengeld von 63%. Das bedeutet bei einem
Nettoverdienst von 1 400 DM im Monat ein Arbeits-
losengeld von 882 DM im Monat. Er mag damit viel-
leicht gerade noch über der Sozialhilfe liegen, aber
von Wohlstand können wir da schon nicht mehr
reden.

Wenn der gleiche Versicherte 56% **Arbeitslosen-
hilfe** erhält, hat er noch 784 DM Unterstützung im
Monat. Damit liegt er schon sehr nahe an den
Richtsätzen der Sozialhilfe.

Nehmen wir nun den Versicherten mit Kind, der (D)
auf der Basis von 1 400 DM netto im Monat ein
Arbeitslosengeld von 68% erhält. Er bekommt
952 DM. Damit muß eine Familie leben.

Wenn der gleiche Versicherte 58% Arbeitslosen-
hilfe erhält, hat er nur noch 812 DM im Monat, und
damit muß wiederum eine Familie leben. Damit
liegt er voll in den Sozialhilferichtsätzen. Das haben
Sie verursacht!

Bei einer so geringen Arbeitslosenhilfe ist es
doch geradezu zwingend, ist es doch logisch, daß
mittlerweile 33% der Sozialhilfeempfänger Arbeits-
lose sind, deren Arbeitslosenhilfe durch Sozialhilfe
aufgestockt wird.

(Zurufe von der SPD: Genauso ist es! —
Leider wahr!)

Hier beginnen die Probleme der Gemeinden, die
mittlerweile immer häufiger und nachdrücklicher
fordern, die Überschüsse der Bundesanstalt für Ar-
beit zur Entlastung der Sozialhilfe zu verwenden.
Meine Herren, auch die von Ihnen regierten Ge-
meinden fordern das!

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Gebt den betroffenen Arbeit-
nehmern die genommenen Unterstützungsleistun-
gen zurück, nicht nur weil das Geld der Bundesan-
stalt den Arbeitnehmern gehört, sondern auch um
die Kommunen von den ihnen zusätzlich aufgebür-
deten Kosten zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Reimann

- (A) Die Gemeinden werden dann die Finanzmittel durch Investitionsausgaben zum Abbau der Arbeitslosigkeit verwenden.

Die vorgenommene Sanierung der Nürnberger Finanzen auf dem Rücken der arbeitenden Menschen und der Kommunen ist und bleibt in diesem Lande unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Dank des Beispiels der Gemeinden wissen wir doch heute, Herr Minister, daß das nicht nur unsozial, sondern auch beschäftigungshemmend und leistungsfeindlich ist.

(Frau Dr. Timm [SPD]: So ist es!)

Es wäre gut gewesen, wenn die Bundesregierung die Studie über die „Neue Soziale Frage“ fortgeschrieben hätte, um eine aktuelle Untersuchung über den Stand der neuen Armut in unserem Lande in der Hand zu haben.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Ja, das ist eine gute Idee! — Zuruf von der CDU/CSU: Neue Heimat, nicht „Neue Soziale Frage“!)

Daß sie das nicht getan hat, läßt doch nur die Erkenntnis zu, daß sich die Bundesregierung durch Fakten bis auf die Knochen blamiert hätte.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Die Gemeinden können diese Blamage schon jetzt bestätigen; denn ihre Ausgaben für **Sozialhilfe** sind mittlerweile auf 22,5 Milliarden DM jährlich gestiegen.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört! Sie steigen und steigen!)

Als Dringlichkeitslösung ist deshalb geboten, die Überschüsse an die Betroffenen zurückzugeben,

(Dreßler [SPD]: Sehr wahr!)

insbesondere dadurch, daß die Arbeitslosenhilfe aufgestockt wird, damit sie dem Existenzminimum der Sozialhilfe entspricht und um als Folge davon eine erste spürbare Entlastung für die Gemeinden eintreten zu lassen.

Eine weitere Lösung ist die Verlängerung der **Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes bei Langzeitarbeitslosen** für alle, nicht nur für ältere Arbeitnehmer; denn auch jüngere Arbeitnehmer mit Kindern sind in sozial gefährdeten Positionen und erwarten bei längerer Arbeitslosigkeit eine längere Arbeitslosenunterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Das wiederum würde auch die Gemeinden bei ihren Sozialhilfeleistungen entlasten.

Das Gebot der Stunde heißt: Erhöhung und Ausweitung der Leistung für die betroffenen Arbeitnehmer durch Abbau der Überschüsse.

Als wären die Sozialhilfeempfänger für eine Gesellschaft nicht schon skandalös genug, brüstet sich unser Arbeitsminister sogar noch mit der Tatsache,

daß Sozialhilfe noch nie in der heutigen Höhe gezahlt worden sei. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! — Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Es ist peinlich für einen Minister, daß er seinen Erfolg in dieser Form nachweisen will, statt alles daranzusetzen, daß keine Sozialhilfe auf Grund von Arbeitslosigkeit gezahlt werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Denken wir daran: Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut, die inzwischen alle Altersgruppen und immer weitere Bevölkerungskreise erfassen, sind nicht nur unsozial und ungerecht, sondern zerstören auch das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag mit zwei Beispielen beginnen und diese Ihrer Bewertung empfehlen.

Erstens. Was würden Sie eigentlich zu folgendem sagen? Ein Betrieb wird in die roten Zahlen gewirtschaftet, macht Schulden, muß aufgeben. Dann kommt ein Nachfolger, (D)

(Feilcke [CDU/CSU]: Schiesser! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

macht wieder Überschüsse. Und da erscheint der Versager und gibt dem Nachfolger, der den Betrieb saniert hat, Ratschläge, wie er die neuen Überschüsse verteilen soll.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Ein Wanderer versteigt sich im Gebirge.

(Zurufe von der SPD)

— Ja, Sie sind der Versager!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben die Bundesanstalt in die roten Zahlen gewirtschaftet.

Ich bringe das zweite Beispiel: Jemand versteigt sich im Gebirge. Die Bergwacht holt ihn heraus, und anschließend beschimpft der Gerettete den Retter.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der will noch Geld haben!)

In der Tat, die SPD meldet sich zu Wort, nachdem sie es zu verantworten hatte,

(Widerspruch bei der SPD)

daß die **Bundesanstalt für Arbeit** im Jahre 1982 mit 7 Milliarden DM in den Miesen war, 7 Milliarden DM Zuschuß brauchte. 1983 — das ist die Bergrettung — stand, wenn nichts geschehen wäre, ein De-

Bundesminister Dr. Blüm

- (A) fizit von 14 Milliarden DM ins Haus. Das ist mehr, als die ganze Kriegsopferversorgung kostet.

Wir haben die Bundesanstalt gerettet. Wir haben nicht über **soziale Sicherheit** geredet, sondern wir haben die soziale Sicherheit gerettet!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gott sei Dank gibt es wieder **Überschüsse**. Dafür gibt es vier Gründe.

Erster Grund: Die **Beschäftigtenzahl** nimmt zu.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Dauerarbeitslose!)

Eine halbe Million Beschäftigte in zwei Jahren heißt eine halbe Million mehr Beitragszahler. Erfolg unserer Politik!

(Beifall bei der CDU/CSU — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Dauerarbeitslose!)

Zweitens. Die **Arbeitslosenzahlen** nehmen ab. Ich empfehle Ihnen im übrigen die Pressekonferenz des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, die er heute abhalten wird.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja, wir kennen die Zahlen!)

— Wenn Sie die kennen, dann werden Sie ja wissen: Dies ist die niedrigste Arbeitslosenzahl seit November 1982.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! Darüber sollten sich auch mal die Sozis freuen; aber die können sich nicht freuen! — Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

Drittens. Ich bekenne, daß auch die Überschüsse das Ergebnis von **Konsolidierung** sind. Natürlich, wir haben sparen müssen.

(Zuruf der Abg. Frau Fuchs [Köln] [SPD])

— Frau Fuchs, auch das empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit. Ihre Zwischenrufe regen mich an, die Sache zu vertiefen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Wir haben, wenn Sie es hören wollen, durch Leistungseinschränkungen in dieser Legislaturperiode 2 000 034 000 DM gespart. Wir haben in der gleichen Zeit die Leistungen um 3,274 Milliarden DM verbessert.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Bei steigender Arbeitslosigkeit!)

Die Verbesserungen lagen also um über eine Milliarde DM höher als das Sparen. Das nennen Sie Sozialabbau. 3 ist meines Erachtens mehr als 2. Wir haben 2 Milliarden DM gespart und um 3 Milliarden DM an der richtigen Stelle ausgeweitet.

Der vierte Grund — auch das bekenne ich — ist ein Grund, der unsere Aktivitäten auslöst. Immer mehr Arbeitslosengeldbezieher wandern in die Arbeitslosenhilfe ab. Darauf antworten wir mit Sozialpolitik, nicht mit Gerede. Wir haben darauf mit einer **Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs** für die älteren Arbeitslosen geantwortet. Das sind nämlich in der Regel die Arbeitslosen, die am längsten arbeitslos sind. Wir machen eine ganz konkrete So-

zialpolitik, nicht eine mit der Gießkanne. Dort, wo Hilfe gebraucht wird, lassen wir niemanden im Stich. Deshalb gab es die Siebte Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, und deshalb wird es auch die Achte geben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir lassen die Arbeitslosen nicht im Stich. Der wichtigste Punkt ist, daß die Arbeitslosen wieder Arbeit bekommen. Eine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung macht das Recht auf Arbeit nicht vergessen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Nie hat die **Bundesanstalt für Arbeit** mehr für aktive **Arbeitsmarktpolitik** ausgegeben als unter unserer Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Zuruf der Abg. Frau Fuchs [Köln] [SPD])

Im letzten Jahr Ihrer Regierungsverantwortung — Frau Fuchs, schreien Sie nicht, hören Sie zu — haben Sie 5,7 Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Jetzt werden dafür 11,5 Milliarden DM aufgewandt. 11,5 Milliarden sind mehr als 5,7 Milliarden.

Man muß auch die soziale Lage der Arbeitslosen sehen. Darüber kann man natürlich nicht zur Tagesordnung übergehen. Aber wir haben den Arbeitslosengeldbezug verlängert und den Ehegattenfreibetrag in der Arbeitslosenhilfe verdoppelt. Wir haben die Sozialhilfe um 8 % angehoben — falls Ihnen auch das entgangen ist. (D)

(Lutz [SPD]: Wie war es mit den Preissteigerungen?)

— Die Preissteigerungsrate — auch das ist ein guter Zwischenruf — liegt im Moment bei 0 %.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lutz [SPD]: Die Preissteigerungsrate, die Sie auffangen wollten!)

Meine Damen und Herren, wir werden — ich kündige das an —

(Lutz [SPD]: Mich ergreift Mitleid mit Ihnen!)

den **Arbeitslosengeldbezug** für die, die besonders in Not sind, für die älteren und die Dauerarbeitslosen, verlängern. Wir werden das auf Grund einer Strukturanalyse machen, die Ende dieses Jahres vorliegt. Denn wir machen nicht Politik ins Blaue, schon gar nicht ins Grüne hinein, auch nicht ins Rote.

(Dr. Vogel [SPD]: Ins Schwarze!)

— Ja, richtig; ins Schwarze trifft man. Das ist richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundesminister Dr. Blüm

- (A) Ich bedanke mich für den wichtigen Beitrag des Herrn Fraktionsvorsitzenden Vogel, der bestätigt hat, daß unsere Sozialpolitik treffsicher ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU — Lutz [SPD]: Das ist eine schwarze Zukunft!)

Es kommt hinzu, daß wir eine solche Verbesserung im Gespräch mit den Sozialpartnern erarbeiten. Wie bei der Siebten Novelle, so sind auch diesmal die Gewerkschaften eingeladen, konkrete Vorschläge zu machen, wie wir die Lage der Arbeitslosen verbessern können. Wir sind auf das Gespräch angewiesen. Nicht Agitation hilft den Arbeitslosen, sondern gemeinsame Anstrengungen. Wir haben der Bundesanstalt für Arbeit bereits mitgeteilt, daß ihr Überschuß auch für die **Verbesserung der Lage der Arbeitslosen**, für die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs in Anspruch genommen werden soll.

Jetzt frage ich nach der Alternative der SPD. Da müssen Sie etwas sortieren. Der hessische Arbeitsminister, ein Sozialdemokrat, schreibt mir, er möchte die **Überschüsse** für die Anhebung der Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung verwenden. Das kostet 5 Milliarden DM. Die Bundestagsfraktion der SPD möchte dieselben 5 Milliarden DM für die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs ausgeben. Das ist die himmlische Rechenkunst der SPD. Die gibt eine Mark zweimal aus. Mit dieser Rechenkunst haben Sie die Sozialpolitik heruntergewirtschaftet.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lutz [SPD]: Das sind die Albernheiten des Herrn Blüm!)

Jede Mark kann man nur einmal ausgeben. Das lernt schon ein kleines Kind in den ersten Mathematikstunden. Sie befinden sich im sozialpolitischen Vorschulalter, wenn Sie eine Mark zweimal ausgeben wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Bohl [CDU/CSU]: Herr Schiesser hat auch nur eine Mark zu bezahlen brauchen!)

Ich will diese Aktuelle Stunde auch dazu benutzen, die Betriebe aufzurufen, nicht nur den Maschinenpark zu modernisieren, sondern auch die Arbeitnehmer zu qualifizieren, auch die älteren Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, den technischen Neuerungen standzuhalten, Maschinen zu beherrschen; denn ich glaube, gerade das ist wichtig: daß wir die **Modernisierung unserer Wirtschaft** mit der **Qualifizierung der Arbeitnehmer** verbinden. Das ist ein wichtiger Beitrag, Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Dreßler.

(Seiters [CDU/CSU]: Kommt wieder so eine moderate Rede? Lutz zweiter Teil!)

Dreßler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was wir heute morgen diskutieren müssen, ist eines der schlimmsten Beispiele für ge-

stig-moralische Erneuerung durch diese Bundesregierung. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das läßt sich auf die Formel reduzieren: Wenn mehr Menschen länger arbeitslos sind,

(Seiters [CDU/CSU]: Abteilung Gift und Galle!)

dann freuen sich die christdemokratische Union und die Freie Demokratische Partei über volle Kassen. Das ist die Formel.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU: Unverschämte! Wie unanständig Sie sind, Herr Dreßler!)

Um im christdemokratischen Sprachgebrauch des Jahres 1982 zu bleiben, Herr Blüm: Wir haben also mehr als zwei Millionen Arbeitslose der Ära Blüm und Kohl. Zur gleichen Zeit haben wir rund 5,6 Milliarden DM **Überschüsse in der Arbeitslosenversicherung**. Wir hatten die diversen **Kürzungen der Leistungen** für die Arbeitslosen, wir hatten die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose, die diesen auch noch die Rentenansprüche schmälert.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der CDU/CSU: Das tun sie nicht! Das ist nicht wahr! — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist falsch! Das tun sie nicht! Sie wissen das ganz genau!)

Zur gleichen Zeit haben wir Überschüsse in Milliardenhöhe. (D)

(Bohl [CDU/CSU]: Falschrede!)

Dieser sogenannte Überschuß der Bundesanstalt — bis zum Jahresende 5,6 Milliarden DM — ist alles andere als ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik. Er ist ausschließlich die Folge der nachhaltigen Demonstage der Arbeitslosenversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Denn die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger, Herr Blüm, hat sich seit 1982 verdoppelt. Sie hat sich verdoppelt, Herr Blüm!

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Reden Sie nicht die Unwahrheit, Herr Dreßler — Bohl [CDU/CSU]: Sie sind ein Falschredner!)

Dagegen tun Sie nichts. Aber Sie haben die **Statistik** manipuliert. Sie haben dafür gesorgt, daß die Berechnung der Zahl der **Dauerarbeitslosen** frisiert wurde. Kurzfristige Unterbrechungen, zum Beispiel durch dreitägige Wehrübungen, werden als Unterbrechung der Arbeitslosigkeit unterstellt, obwohl sich für die Arbeitslosen überhaupt nichts ändert.

(Feilcke [CDU/CSU]: Sie sind ein Schwarzmaler! Sie sind ein Dreschflegel!)

Sie haben die älteren Arbeitslosen aus der Statistik herausgeschmissen. Inzwischen sind das mehr als 40 000. Und die zynische Unterscheidung, Herr Blüm, zwischen richtigen und falschen Arbeitslosen machen Sozialdemokraten nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Dreßler

- (A) Sie brüsten sich mit **Beschäftigungszahlen**, die vorn und hinten nicht stimmen. Nach vier Jahren wirtschaftlicher Erholung 160 000 neue Arbeitsplätze auszuweisen, was richtig wäre, erscheint Ihnen als Erfolgsbilanz zu mager. Das ist ja wohl auch so. Deshalb lassen Sie den Beschäftigungsabbau während Ihrer Regierungszeit einfach weg und nennen nur die Zahlen der letzten zwei Jahre, wohl wissend, daß diese Betrachtung schief ist. Auch das nenne ich statistische Täuschung, Herr Blüm. Sie vergessen absichtlich, daß das, was es an Beschäftigungszuwachs gegeben hat, von den Gewerkschaften durch die Arbeitszeitverkürzung gegen Ihren erbitterten Widerstand und gegen den Widerstand der Arbeitgeber hart erkämpft worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie wollen die Frist für den Bezug von Arbeitslosengeld verlängern:

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Sie nicht?)

Ankündigungen.

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Das haben wir schon gemacht!)

— Das wäre überhaupt nicht im Streit, Herr Blüm. Aber ich frage an dieser Stelle noch einmal: Wo ist Ihr Gesetzentwurf?

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo ist denn Ihrer? — Dr. Blüm [CDU/CSU]: Haben wir schon gemacht!)

- (B) Sie sagen vor dem Wahltermin nicht, was Sie machen wollen und wie Sie es machen wollen. Das hat Gründe. Sie wollen bei der Arbeitslosenhilfe einsparen, Sie wollen den Bund entlasten, indem die Kindererziehungszeiten für ältere Mütter auf Kosten und zu Lasten der Arbeitslosen finanziert werden.

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist es!)

Ich sage Ihnen: Wer bei der Arbeitslosenhilfe sparen will, der kennt die Probleme nicht oder will sie nicht wahrhaben. Daß der wegrationalisierte 55jährige Schriftsetzer aus der Arbeitslosenhilfe ausgegrenzt wird, weil er sich zur Sicherung des Lebensunterhalts gefälligst an seine 78jährige Mutter zu wenden hat — das verstehen Sie unter Generationensolidarität. Das ist die konservative Familienpolitik, so wie sie tatsächlich aussieht.

(Beifall bei der SPD — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist intellektuell unredlich! Seiters [CDU/CSU]: Wischen Sie sich mal den Schaum vom Mund! — Feilcke [CDU/CSU]: Sie sind ein Geiferer! — Zuruf von der CDU/CSU: Sie sind doch unverschämt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren! Es fehlte jetzt nur noch, Herr Seiters, daß aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung auch noch die pseudowissenschaftlichen Untersuchungen zur Diffamierung der Arbeitslosen finanziert würden. Das fehlte allerdings noch.

Wir sagen Ihnen: Unsere Position ist klar: Der Überschuß der Bundesanstalt für Arbeit — in Wahrheit sind es vorenthaltene Versicherungslei-

stungen — ist nicht der Sparstrumpf des Herrn Stoltenberg. Er gehört den Arbeitslosen und ihren Familien und sonst niemandem. (C)

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN — Seiters [CDU/CSU]: Nach Gift und Galle war das die Abteilung Haß und Hetze! Das wollen wir mal festhalten im Protokoll! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Adam Schwaetzer.

Frau Dr. Adam-Schwaetzer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Kollege Dreßler vergißt immer wieder, daß das Plenum hier nicht die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Lutz [SPD]: Diese Formel ist ausgelutscht!)

Dort kann er in der Weise agitieren, wie er das gerade wieder versucht hat. Aber hier im Saal gibt es jede Menge Kollegen, die sich auskennen.

(Lutz [SPD]: Also, neu ist das nicht! Das haben Sie schon mal gesagt! — Feilcke [CDU/CSU]: Der kämpft um seine Wiederaufstellung! — Weitere Zurufe von der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, ich bitte, mit Zwischenrufen doch etwas zurückhaltender zu sein. (D)

(Lutz [SPD]: Aber wenn sie doch immer wieder — —)

— Nein, es gehört auch zur Demokratie, daß man zuhören kann, Herr Abgeordneter Lutz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sage ich im Interesse aller Seiten, aller Seiten des Hauses.

(Lutz [SPD]: Aha!)

Frau Dr. Adam-Schwaetzer (FDP): Ich möchte nur zwei Dinge richtigstellen, die Sie, Herr Kollege Dreßler, hier angesprochen haben.

Erstens. Sie haben behauptet, die **Rentenansprüche der Arbeitslosen** würden geschmälert, seitdem die Beiträge nicht mehr nach dem vollen fiktiven Lohn berechnet würden. Das ist objektiv falsch.

(Dr. Blüm [CDU/CSU]: Noch mal: Falsch, Herr Dreßler!)

Und als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung sollten Sie das eigentlich wissen. Wir haben lange genug darüber diskutiert. Die Beiträge werden zwar nach 68 % bemessen, aber die Leistungen werden nach 100 % des fiktiven Lohnes bemessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Lohmann [Lüdenscheid] [CDU/CSU]: Das weiß er ganz genau! Bewußte Falschaussage war das!)

Frau Dr. Adam-Schwaetzer

- (A) Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß ihre Rentenansprüche geschmälert würden. Im Gegenteil, es ist hier ein Auseinanderfallen von Beiträgen und Leistungen zu beobachten, über das man durchaus diskutieren müßte.

Zweitens. Herr Dreßler, Sie haben behauptet, durch Beschluß der Regierung und des Parlaments würden die 58jährigen aus der **Arbeitsmarktstatistik** herausgenommen. Auch das ist falsch. Jeder einzelne Arbeitslose entscheidet, wenn er im Alter von 58 Jahren dies für richtig hält, ob er sich selber noch für den Arbeitsmarkt zur Verfügung halten oder ob er aus dieser Arbeitsmarktstatistik herausgenommen werden will.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Es ist eine individuelle Entscheidung. Das ist auch korrekt so.

Meine Damen und Herren, es ist ein Punkt hier natürlich noch nicht zur Sprache gekommen. Das wundert mich eigentlich, gerade weil das früher immer so eine große Rolle gespielt hat. Es ist richtig, daß **Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit** entstanden sind. Aber man hätte natürlich auch dafür sorgen können, daß diese Überschüsse gar nicht erst entstanden wären, indem die Beitragssätze niedriger festgelegt worden wären.

(Frau Steinhauer [SPD]: Ist ja ein Witz! — Lutz [SPD]: Nachtigall, ick hör dir trap-sen!)

- (B) Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie an viele Diskussionen aus den Jahren 1980 und 1981. Da haben wir leider die Arbeitsmarktentwicklung ein wenig zu positiv eingeschätzt. Jetzt haben wir in der Vorausschau die **Arbeitsmarktentwicklung** ein wenig zu negativ eingeschätzt.

(Dreßler [SPD]: Es sind zwar 400 000 mehr, aber „zu negativ“! Das hältst du im Kopf nicht aus!)

Und es gehört auch zu einer solchen Stunde, hier darauf hinzuweisen. Ich möchte es deshalb noch einmal sagen: Seit mehreren Monaten steigt die Beschäftigung konstant in einem Ausmaß von etwa 1,1% über dem Vorjahresniveau an. Das heißt, seit Anfang 1985 hat es nicht einen Monat gegeben, wo die Beschäftigung unterhalb des Vorjahresmonats gelegen hätte, sondern es ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten gewesen. Und das, meine Damen und Herren, ist ja doch das wichtigste Ergebnis von Politik: daß hier wieder mehr Menschen Hoffnung bekommen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Steinhauer [SPD]: Hoffnung bei steigender Arbeitslosigkeit?)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch einen Punkt sagen: Es ist durch Beschluß dieses Bundestages mit der siebenten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes eine Menge Zusätzliches geschehen, damit mehr Arbeitslose die Möglichkeit haben, **qualifizierende Maßnahmen** in Anspruch zu nehmen. Es sind noch nie so viele qualifizierende Maßnahmen in Anspruch genommen worden wie

gerade in diesem Jahr, ein Ergebnis unserer Qualifizierungsoffensive, die wir mit der siebenten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes eingeleitet haben. (C)

(Lutz [SPD]: Die haben Sie doch zu unserer Zeit verhindert!)

Das aber sind genau die Maßnahmen, die dazu führen, daß auch langfristig Arbeitslose mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Trotzdem — das können wir nicht wegdiskutieren, wir wollen es auch nicht wegdiskutieren — drückt uns das Problem der **Langzeitarbeitslosigkeit** sehr. Deshalb möchte ich noch einmal betonen, was der Kollege Cronenberg hier schon gesagt hat: Die Überschüsse, die jetzt bei der Bundesanstalt für Arbeit entstanden sind, werden dazu verwandt, für längerfristig Arbeitslose die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld zu erhöhen,

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf?)

damit sie länger die Chance haben, auch auf Grund ihrer langjährigen Beitragszahlung, Arbeitslosengeld zu beziehen.

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf?)

In diesem Zusammenhang möchte ich den Arbeitsminister bitten, doch jetzt endlich dafür zu sorgen,

(Dreßler [SPD]: Den Gesetzentwurf vorzulegen!)

daß in seinem Hause die Vorbereitungen dazu getroffen werden, daß individuelle Beitragskonten für die Arbeitnehmer eingerichtet werden, damit man hier überhaupt eine Bezugsgröße hat, die dann in den weiteren Diskussionen verwendet werden kann. (D)

(Dreßler [SPD]: Frau Adam-Schwaetzer, wo ist der Gesetzentwurf?)

— Herr Dreßler, den Gesetzentwurf werden Sie so frühzeitig auf den Tisch bekommen,

(Lutz [SPD]: Nach der Wahl!)

daß noch ausreichend Zeit besteht, über ihn zu diskutieren, damit am 1. Juli 1987 die Verlängerung der Bezugsdauer in Kraft treten kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Keller.

Keller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer hätte bei unserer Regierungsübernahme vor vier Jahren daran gedacht, daß wir heute über die Verwendung von **Überschüssen in der Bundesanstalt für Arbeit** reden können.

(Lutz [SPD]: Reden Sie lieber über die Ursachen!)

Seit Wochen höre ich im bayerischen Wahlkampf und natürlich auch hier in Bonn, nur durch drasti-

Keller

- (A) sche Leistungskürzungen der Bundesanstalt für Arbeit seien überdurchschnittliche Überschüsse in Milliardenhöhe erwirtschaftet worden. Die Frau Anke Fuchs machte es sich in einer Presseerklärung der SPD vom 17. September noch einfacher, als sie behauptete — so wörtlich —:

Die Rücklagen sind ausschließlich auf die nachhaltige Demontage der Arbeitslosenversicherung und die Leistungskürzungen der letzten Jahre zurückzuführen.

(Zustimmung bei der SPD — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Leider wahr!)

— Wenn das wahr ist, Frau Fuchs, dann frage ich Sie einfach einmal: Ist es für oder gegen die Arbeitslosen, daß wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängert haben? Ist es für oder gegen die Arbeitslosen, daß wir den Umfang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verdreifacht haben? Ist es für oder gegen die Arbeitslosen, daß wir die Anreize für die berufliche Bildung wesentlich verbessert haben? Meine Damen und Herren, wer so argumentiert wie die SPD, es aber besser wissen müßte, der hat bis heute noch nicht den engen Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft verstanden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Richtig ist, daß es der erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der jetzigen Regierung zu danken ist, daß wieder Überschüsse und — wir können in dieser Legislaturperiode zum drittenmal darüber diskutieren — auch Reserven bei der Bundesanstalt für Arbeit entstanden sind. Dafür gibt es gute Gründe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, die Tatsache, daß Sie heute überhaupt eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragen können, haben Sie uns, dieser Regierung, zu verdanken.

(Dreßler [SPD]: Das ist doch unglaublich!
— Weitere Zurufe von der SPD)

Nun noch eine Bemerkung zur **Ausgangslage**, weil das den Kontrast zwischen 1982 und heute aufzeigt. Damals — 1981 und 1982 — war ein rascher Anstieg der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen; der jährliche Anstieg betrug ca. 40 %.

(Zuruf von der SPD: Mit Lambsdorff!)

— Er war bei Ihnen Minister. — Dafür sank die Zahl der offenen Stellen um so schneller. Im Januar 1981 sank die Zahl der offenen Stellen gegenüber dem Vorjahr um 200 000; im Oktober 1982, als wir die Regierung übernehmen mußten, sank die Zahl der offenen Stellen nur noch um 70 000. Nebenbei verschweigt die SPD auch noch, daß der Beitragsatz nur Arbeitslosenversicherung unter ihrer Regierungsverantwortung von 1,4 % im Jahre 1969 auf 4 % im Jahre 1982 gestiegen ist.

(Zuruf von der SPD: Und jetzt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu dem immer wiederkehrenden Vorwurf machen — auch Lutz und

Dreßler haben ihn erhoben —, wir würden die **Arbeitslosenstatistik** manipulieren. (C)

(Lutz [SPD]: Das ist so! — Lachen bei der CDU/CSU — Feilcke [CDU/CSU]: Ein hilfloser Aufschrei von Herrn Lutz!)

In der Zeitung der IG Metall vom 3. Oktober ist heute der schöne Satz zu lesen — er ist zwar falsch, aber ich wiederhole ihn trotzdem —: „Über 3 Millionen Arbeitslose kehrt die Bundesregierung im Wahlkampf unter den Aufschwungteppich.“

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: So ist es!)

Da gibt es immer das Gerede von der „stillen Reserve“, also von denjenigen Arbeitslosen, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind und daher auch kein Arbeitslosengeld und keine Arbeitslosenhilfe erhalten. Ich erinnere die Frau Anke Fuchs bloß einmal an die Antwort, die sie als Parlamentarische Staatssekretärin am 10. April 1981 gegeben hat. Die ist doch heute noch gültig. Oder gilt nicht mehr, was Sie damals sagten? Ich zitiere wörtlich:

Die Bundesregierung wird diese stille Reserve für ihre arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten nicht zugrunde legen, weil sie davon ausgeht, daß sich jeder, der arbeiten will, beim Arbeitsamt meldet.

Ich empfehle Ihnen als früherem Vorstandsmitglied der IG Metall, Ihren Kolleginnen und Kollegen dort das einmal deutlich zu machen und ihnen einen freundlichen Brief zu schreiben, damit diese falsche Behauptung, die immer wiederholt wird, nicht mehr erhoben wird. (D)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU/CSU-Fraktion ist entschlossen, eine 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung noch weiter stärken wird, in Kraft zu setzen.

Wir sollten auch beachten, daß die Bildung von **Reserven** zur Vorsorge grundsätzlich wirklich nur in Zeiten einer guten Wirtschaftslage, wie wir sie heute haben, möglich ist, um dann in schwierigen konjunkturellen Lagen eine entsprechende Rücklage zu haben. Eine verbesserte finanzielle Unterstützung ist sicher eine echte Hilfe für alle Arbeitslosen und auch für deren Familien. Aber wir müssen auch immer wissen, daß hier nur das Symptom und nicht die Ursache kuriert wird, nämlich der Mangel an Arbeit. Entscheidend ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß wir die arbeitslosen Frauen und Männer wieder in Arbeit bringen.

(Frau Steinhauer [SPD]: Richtig!)

Diese Regierung hat bewiesen, daß sie dies besser kann als ihre Vorgänger-Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lutz [SPD]: Sie tun doch nichts!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Louven.

Louven (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lutz, als Sie

Louven

- (A) hier in der vergangenen Woche zur Aussperrung sprachen, hat der Kollege Seiders dazwischengerufen: „Ein völlig neues Lutz-Gefühl!“

(Seiders [CDU/CSU]: Ja, das war wohl vor-eilig! — Lachen bei der CDU/CSU)

Sie hielten damals eine moderate Rede, heute waren Sie wieder der alte Lutz.

(Zuruf von der SPD: Der gute Lutz!)

Die Gift-und-Galle-Rede des Herrn Dreßler

(Feilcke [CDU/CSU]: Die Schmutz-und-Schund-Rede!)

setzte Ihren Ausführungen noch die Krone auf.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das haben Sie sich wohl schon gestern aufgeschrieben! — Weitere Zurufe von der SPD)

Sie malen wieder Ihre Horrorgemälde und versuchen, damit zu vertuschen, daß Sie die Verursacher und wir Erbe der Arbeitslosigkeit sind und die damit auftretenden Probleme bewältigen müssen.

Herr Dreßler, wenn Sie sagen,

(Feilcke [CDU/CSU]: Der sagt doch nichts!)

um darauf einmal kurz einzugehen, wir hätten die Älteren aus der **Statistik** hinausgeworfen: Dies ist im Einvernehmen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund geschehen. Dies scheinen Sie zu vergessen. Ich kann mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie selbst glauben, was Sie hier an Polemik vortragen. Sollten Sie dies glauben, dann sind Sie allerdings von Ihren Genossen draußen weit weg; die sehen die Lage realistisch.

- (B)

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Wir sind Ihnen für diese Aktuelle Stunde dankbar. Denn es ist in der Tat erfreulicher, über Überschüsse als über leere Kassen zu reden, wie wir sie lange Zeit hatten.

(Dreßler [SPD]: Das ist zynisch, was Sie hier machen! — Lutz [SPD]: Wir reden über Massenarbeitslosigkeit! — Weitere Zurufe von der SPD)

Ich empfehle Ihnen, in der nächsten Woche wiederum eine Aktuelle Stunde zu beantragen, in der wir hier dann über die Sanierung und über die inzwischen wieder vorhandenen Überschüsse in der Rentenversicherung reden können.

(Frau Steinhauer [SPD]: Wo sind denn die? — Dreßler [SPD]: Wo sind denn die? Mehr als 100 Milliarden Defizit in 15 Jahren, Sie Schlauberger! — Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn hier von neuer Armut gesprochen wird, dann muß ich Ihnen sagen: Es ist Ihre Armut,

(Feilcke [CDU/CSU]: Das ist die geistige Armut der SPD!)

die Sie uns 1982 hier hinterlassen haben. Die Wirtschaft wuchs nicht mehr, Inflationsrate: 5,3%, Defizit im Haushalt: 55 Milliarden DM,

(Feilcke [CDU/CSU]: Herr Rau, hören Sie einmal zu!)

Rentenversicherung: leere Kassen, Arbeitslosenversicherung: leere Kassen. Heute: Die Wirtschaft wächst,

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Blüht und gedeiht mit 2 Millionen Arbeitslosen!)

Inflationsrate: null, Renten: gesichert, Staatsfinanzen: in Ordnung. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt, 600 000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Sie und der DGB haben uns doch noch im Jahre 1984 ermahnt und gesagt: Ihr Nichtstun führt dazu, daß wir im Winter 3,5 Millionen Arbeitslose haben werden.

(Dreßler [SPD]: Die sind doch schon da! — Weitere Zurufe von der SPD: Die haben wir doch! — Lohmann [Lüdenscheid] [CDU/CSU]: Das ist doch nicht wahr!)

Aber Sie rechnen neuerdings die stille Reserve dazu, die wir nie dazurechnen durften, meine Damen und Herren.

(Feilcke [CDU/CSU]: Nicht einmal rechnen können die! — Dreßler [SPD]: Also, das war ein sehr tolles Argument! Lesen Sie das lieber einmal nach!)

— Ja, ja.

Herr Reimann, Sie haben sich hier darüber beklagt, daß die **Kommunen** die **Soziallasten** tragen müssen. Ich darf Sie, Herr Reimann, einmal darauf hinweisen: Das Defizit bei den Kommunen betrug im Jahre 1981 noch 10,1 Milliarden DM. Bereits 1984 gab es einen Finanzierungsüberschuß von 1,5 Milliarden DM.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Aber doch nur im Durchschnitt von allen!)

— Im Durchschnitt von allen. Und, Frau Fuchs: Diese Zahlen wären noch besser, wenn es da nicht dieses Land Nordrhein-Westfalen gäbe.

(Lachen und Beifall bei der CDU/CSU)

Und hier erlaubt es sich die SPD, den Kommunen nochmals 1,5 Milliarden DM bei der Grunderwerbsteuer wegzunehmen. Dies ist das Land des Kanzlerkandidaten Rau.

(Dr. Falthäuser [CDU/CSU]: Der Herr Rau lacht darüber! — Gegenruf von der SPD: Über so etwas muß man ja auch lachen. — Feilcke [CDU/CSU]: Herr Rau, eine Frohnatur!)

Wir, meine Damen und Herren, haben gehandelt, und wir sind stolz darauf. Wie handlungsunfähig Sie waren, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: 1981 wollten Sie den **Zumutbarkeitserlaß** verschärfen. Sie beauftragten damit den Abteilungsleiter Baden im Sozialministerium.

(Frau Steinhauer [SPD]: Das ist doch alles gar nicht wahr!)

(C)

(D)

Louven

(A) Waren Sie es nicht, Herr Lutz,

(Lutz [SPD]: Ich habe das doch gekippt! —
Feilcke [CDU/CSU]: Sie haben einen ge-
kippt?)

der dann anschließend in die „Frankfurter Rundschau“ ging und den DGB dagegen aufhetzte? Das Ergebnis war: Ein hoch angesehener Beamter wurde in die Wüste geschickt, statt Herrn Ehrenberg zu schicken, und später kam ein pflaumenweißer Erlaß.

Meine Damen und Herren, der Verwaltungsausschuß hat am 15. Juli 1986 einen Beschluß gefaßt, in dem er empfiehlt, einen möglicherweise sich ergebenden finanziellen Spielraum für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und insbesondere auch zur Wahrung der sozialen Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung einzusetzen.

(Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf?)

— Genau dies, Herr Dreßler, werden wir tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —
Dreßler [SPD]: Wo ist der Gesetzentwurf?)

— Feilcke [CDU/CSU]: Dreßler hat einen Sprung in der Scheibe!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Steinhauer.

(B) **Frau Steinhauer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich habe nicht die Absicht, auf dem Deutschen Apothekertag zu sprechen, sondern hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD)

Vom Höhepunkt der Erwerbstätigkeit 1981, meine Herren und Damen der Koalition, sind Sie weit entfernt. Ich sehe aber noch Ihre Zeitungsmeldungen: Wir werden die Arbeitslosigkeit unter 1 Million bringen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Hört! Hört!)

Diesen Stand erreichen Sie noch längst nicht, im Gegenteil, Sie erreichen nicht mal den Stand von 1982,

(Feilcke [CDU/CSU]: Deswegen wollen wir länger regieren! — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Frau Fuchs hat 3 Millionen angekündigt!)

trotz der von Ihnen so verpönten Arbeitszeitverkürzung. Es ist schon ein Novum: Bei steigender **Mas-**
senarbeitslosigkeit

(Klein [München] [CDU/CSU]: Steigend?
— Frau Dr. Adam-Schwaetzer [FDP]: Wo steigt die?)

und sich ausbreitender Armut unter den Arbeitslosen werden Milliarden in den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit angesammelt. Das als Erfolg herauszustellen, ist schon Zynismus. Das ist ausschließlich die Folge der nachhaltigen Demontage der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung. Neue Armut ist entstanden, weil Leistungssätze gekürzt, die Bezugszeiten verschlechtert wurden und die Dauer der Arbeitslosigkeit weiter steigt. Trotz

dieser unbestreitbaren Fakten wird ein Frankenturm angelegt, und das ist unvernünftig, ja töricht, und d. h. das Sozialstaatsgebot weiter zu durchlöchern. (C)

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich weiß, wie diesem Unsinn ein Ende bereitet wird. Sozialpolitiker von Ihnen haben sich ja Gedanken gemacht, allerdings wieder mal ohne Erfolg.

Wir haben eben schon gehört, Sie wollen mit dem Gesetzentwurf kommen — wo ist der denn? —, damit die schlimmen Folgen der Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden. Sie werden weiter zuschauen, überlassen die Lasten den Beitragszahlern und den längerfristig Arbeitslosen, so daß der Finanzminister Reibach macht. Sie wollen die Kindererziehungszeiten stufenweise für die älteren Mütter damit finanzieren, und der Bund will sich entlasten. Er will sogar die Verwaltungskosten des Kindergeldes der Bundesanstalt auflasten.

(Frau Dr. Adam-Schwaetzer [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! — Feilcke [CDU/CSU]: Sie wollten, aber Sie konnten es nicht!)

Das haben Sie von der Koalition konkret vorbereitet, damit wollen Sie nur in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommen.

(Lutz [SPD]: Sehr wahr!)

Sie wollen das lediglich noch ein bißchen verschleiern.

Sie haben seit der Wende die finanziellen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit immer mehr auf die Betroffenen, ihre Familien und die Sozialhilfeempfänger abgewälzt. (D)

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Leider wahr!)

Jede Gemeindeverwaltung kann Ihnen das konkret vorrechnen. Was Sie mit den Familien angeziet haben, kann Ihnen außerdem jeder Sozialarbeiter Punkt für Punkt erläutern. Sprechen Sie mal mit Vertretern der Kirche und der Sozialverbände!

(Beifall bei der SPD)

Besonders schlecht sind in dieser Situation auch noch die **Frauen** dran. Mittlerweile sind genauso viel Frauen arbeitslos wie Männer, und dabei muß man erwähnen, daß Frauen lediglich einen Anteil von 37% an der Erwerbstätigkeit haben.

(Lutz [SPD]: So ist es!)

Die Arbeitslosenquote ist auch höher als bei den Männern, nämlich mit 10% überdurchschnittlich. Außerdem sind die Frauen erheblich länger arbeitslos als Männer. Jüngere Frauen haben es besonders schwer; besonders schwer haben es auch die jungen Mädchen und Frauen, nach der qualifizierten Ausbildung übernommen zu werden, und das ist bei ihnen viel schwieriger als bei ihren Kollegen. Frauen sind auch von der Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen. Nach den Unterlagen der Bundesanstalt ist der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger von 15,9 auf 26,8% gestiegen, und der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger ist von 50% auf 36,3% gesun-

Frau Steinhauer

- (A) ken. Männer beziehen mit einem Anteil von 35,3% Arbeitslosenhilfe und Frauen zu 16%. Dazwischen liegen Welten. Fast jede Frau erhält überhaupt nichts mehr. Die Arbeitslosen in Armut absinken zu lassen ist eine Bankrotterklärung des Sozialstaates. Wir haben das mit unserem Gesetzentwurf des letzten Jahres abzumildern versucht. Sie haben das kaltschnäuzig abgelehnt. Eine Wiederherstellung des Schutzes bei Arbeitslosigkeit wollen Sie nicht. Jetzt ist es endlich an der Zeit, daß die Milliarden, die in der Kasse der Bundesanstalt angesammelt wurden, zum Abbau der Not der Arbeitslosen verwendet werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Müller (Wesseling).

Müller (Wesseling) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin von dem enttäuscht, was die Redner der SPD heute morgen hier vorgetragen haben. Meine Damen und Herren, das ist immer wieder das gleiche Strickmuster.

(Lutz [SPD]: Ihr macht immer die gleichen Schweinereien!)

Im Schimpfen und im Miesmachen sind Sie Weltmeister.

(Feilcke [CDU/CSU]: Und im Verhöhnern!)

- (B) Statt Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln, schüren Sie Angst und machen eine miese Stimmung.

(Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Etwas seriöser, Herr Müller! — Weitere Zurufe von der SPD)

Wer bereit ist, sich an Fakten zu orientieren — und Adam Riese gehörte ja noch keiner Partei an —, der wird feststellen, der entscheidende Unterschied zwischen Ihrer Politik und der unsrigen ist der:

(Zurufe von der SPD)

Bei Ihnen stiegen die **Arbeitslosenzahlen** von Jahr zu Jahr trotz staatlich verordneter Beschäftigungsprogramme, bei der CDU steigen die Beschäftigtenzahlen, in den vergangenen zwei Jahren um über 500 000. Bei der SPD stiegen die Defizite bei der Bundesanstalt, und bei der CDU steigen die Überschüsse.

(Lutz [SPD]: Und die Arbeitslosenzahlen!)

Stabile Preise, Wirtschaftswachstum und eine traumhaft gute Außenhandelsbilanz haben dafür die Grundlagen geschaffen. Meine Damen und Herren, alle Prognosen renommierter Wirtschaftswissenschaftler machen deutlich, daß mit dem Aufschwung noch eine lange Zeit zu rechnen ist.

Wir wissen, daß wir nicht allein mit Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Dazugehört auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**. Ich möchte Norbert Blüm ganz herzlich dafür danken, daß er das mit großem Erfolg getan hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C) Ich will nur ein Beispiel nennen. Die Zahl der im Rahmen von **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren um das Vierfache gestiegen, nämlich von 29 200 auf 111 800. Das ist eine Steigerung um fast 300%. Damit sind viele ältere Arbeitslose, aber auch junge Leute, die ohne Arbeit auf der Straße standen, in eine Beschäftigung gekommen. Der große Erfolg zeigt sich darin, daß jeder zweite, der im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt ist, später auch übernommen wird.

(Zuruf des Abg. Lutz [SPD])

Das, was gestern abend im Fernsehen am Beispiel Duisburg berichtet wurde, bezweifle ich. Ich halte das nicht für ein repräsentatives Beispiel. Ich bin dafür, daß wir noch mehr Geld ausgeben, damit wir noch mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzieren. Heute geben wir über 3 Milliarden DM für diese Maßnahmen aus.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, daß heute endlich einmal der Kanzlerkandidat der SPD hier im Deutschen Bundestag anwesend ist.

(Beifall bei der SPD — Bohl [CDU/CSU]: Er hat den Fischer gleich mitgebracht! — Feilcke [CDU/CSU]: Hoffentlich weiß er auch, wie man sich hier benimmt!)

Ich habe gestern beim Festakt in der Düsseldorfer Oper **Johannes Rau** reden gehört. Johannes Rau hat die Vorzüge unseres Bundeslandes herausgestellt.

(Beifall bei der SPD)

(D) Aber, Johannes Rau, Sie haben nicht mit einem einzigen Wort davon geredet, daß die **Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen** mit 10,5% um 2% höher als im Bundesdurchschnitt liegt.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Weshalb denn? Durch Ihre Politik!)

Wie kommt es denn, daß in einer heute veröffentlichten Statistik — das liest sich ja wie die Wertung beim Eiskunstlauf — Nordrhein-Westfalen beim Zuwachs neuer Arbeitsplätze ganz unten liegt? Ich darf das einmal bekanntgeben: Saarland minus 2,8%, Nordrhein-Westfalen minus 4,4%, Hamburg minus 7,2%, Bremen minus 9,5%. Das ist die Bilanz der SPD.

(Dr. Vogel [SPD]: Niedersachsen! — Weitere Zurufe von der SPD)

Die Bilanz der CDU/CSU-geführten Länder: Bayern plus 10,4%, Baden-Württemberg plus 5,2%, Schleswig-Holstein plus 5,1%, Rheinland-Pfalz plus 4,4% und Niedersachsen plus 0,5%, bezogen auf den Zuwachs an neuen Beschäftigtenstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluß.

- (A) **Müller (Wesseling) (CDU/CSU):** Die deutschen Arbeitnehmer wissen schon, was sie am 25. Januar zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden mehrheitlich unserer Politik den Vorzug geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Müller (Wesseling) (CDU/CSU): Die Rezepte der SPD taugen nichts. Deswegen werden die Arbeitnehmer uns vertrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Jagoda.

Jagoda (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich bei der SPD herzlich für diese Aktuelle Stunde bedanken, da Sie uns die Möglichkeit geben, vor der deutschen Öffentlichkeit einmal mehr darauf hinzuweisen,

(Dreßler [SPD]: Welche Schandtaten Sie bisher politisch umgesetzt haben!)

wie erfolgreich unsere Politik ist.

Die Bevölkerung soll die ganze Wahrheit erfahren,

- (B) (Lutz [SPD]: Aber nicht von Ihnen! — Weitere Zurufe von der SPD)

und zwar von mir, Herr Kollege Lutz, denn das, was Sie hinterlassen haben, waren ruinierte Staats- und Sozialkassen.

(Widerspruch bei der SPD)

Deswegen mußten wir in diesem Bereich die **Beiträge zur Rentenversicherung** um 0,5% erhöhen und, um die Belastung der Arbeitnehmer in Grenzen zu halten, die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** senken. Das führte zunächst rechnerisch für den Haushalt 1986 zu einem Defizit von 2,6 Milliarden DM bei der Bundesanstalt für Arbeit, die wir durch Entnahmen aus der Rücklage ausgeglichen haben.

Nun hat unsere Politik so gegriffen, daß wir die Rücklage nicht brauchen.

(Zurufe von der SPD)

Wir brauchen nicht 2,6 Milliarden DM, sondern wahrscheinlich nur 200 Millionen DM. Das ist wegen dieser erfolgreichen Politik zu verzeichnen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Weiter so!)

— Ja, Frau Kollegin Fuchs, wir brauchen weniger für Kurzarbeit, weil weniger Kurzarbeit in der Bundesrepublik Deutschland entsteht. Das ist ein großer Vorteil.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Auch weniger für Arbeitslose!)

Nun, Herr Kollege Dreßler: Auch wenn man wie Sie rhetorisch geschickt vorträgt, bleibt Unwahrheit Unwahrheit. Sie wird ja dadurch nicht zur Wahr-

heit. Ich will Ihnen einmal sagen — Sie haben ja erzählt, daß die Renten sinken würden —: Sie sind sehr vergeßlich. Ich würde Ihnen die Drucksache 9/1957 einmal zur Lektüre empfehlen, nämlich einen Gesetzentwurf u. a. der Fraktion der SPD vom 7. September 1982. Da lesen Sie auf dem Deckblatt unter III: „Bemessung der Beiträge für die Arbeitslosen an die Renten- und Krankenversicherung“; dort haben Sie die Bemessung auf 70% zurückgenommen, aber uns machen Sie den Vorwurf. Wir haben in diesem Bereich dafür gesorgt, daß es für den einzelnen keine Rentenbenachteiligung gibt.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: So ist das!
Die Wahrheit kommt ans Licht!)

Einen weiteren Punkt möchte ich ansprechen. Ich bin ja auch kommunalpolitisch tätig und kenne Bürgermeister, egal welcher Schattierung, die sich immer aufregen, daß die **Sozialhilfe** mehr Geld kostet. Aber wenn Baumaßnahmen 1 Million DM oder etwas mehr kosten, wird das alles finanziert.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Zinsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat den örtlichen Trägern der Sozialhilfe mehr Entlastung gebracht, als die Sozialhilfe je gekostet hat. Das muß man einmal in dieser Sache sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage noch einmal, Herr Kollege Dreßler: Sozialhilfe ist ein Rechtsanspruch. Ich fordere heute wieder alle Leute in der Republik auf, die einen Anspruch darauf haben, diesen Anspruch geltend zu machen. Wir machen kein Gesetz für die Cleveren.

Nun zu Ihrem Vorwurf, wir würden durch Leistungsbeschränkungen die Leute belasten.

(Zuruf von der SPD)

— Ich bringe Ihnen doch ein Beispiel.

Wir haben nicht nur die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld verlängert, sondern wir haben auch die Familien- und Kinderfreibeträge bei der Arbeitslosenhilfe erhöht. Ich bringe Ihnen nun ein ganz konkretes Beispiel: Ein Arbeiter mit einem Stundenlohn von 13,72 DM wird arbeitslos. Nachdem sein Anspruch auf Arbeitslosengeld erloschen ist, bezieht er Arbeitslosenhilfe. Seine Frau ist mit einem Bruttolohn von 2 135 DM — das entspricht einem Nettolohn von 1 487,70 DM — als Verkäuferin tätig.

Vergleichen wir einmal die Höhe der Arbeitslosenhilfe während Ihrer Regierungszeit und während unserer Regierungszeit. Während Ihrer Regierungszeit hätte dieser Mann eine Arbeitslosenhilfe von 53,24 DM zu bekommen gehabt.

(Reimann [SPD]: Den hat es bei uns gar nicht gegeben, weil er Arbeit hatte!)

— Wenn er Arbeit hatte, Herr Kollege Reimann, bekam er keine Arbeitslosenhilfe.

Das Familieneinkommen

(Zuruf des Abg. Reimann [SPD])

— nun hören Sie doch einmal zu —, das dieser Familie zur Verfügung stand, betrug während Ihrer

Jagoda

- (A) Regierungszeit 1 690,94 DM. Durch unsere Verbesserungen steigt die Arbeitslosenhilfe für diesen Mann im Jahre 1986 von 53,24 DM auf 399,89 DM, und das Familieneinkommen steigt auf 2 037,59 DM. Wir haben in diesem Gesetz gleich festgelegt, daß der Betrag im nächsten Jahr noch einmal steigt.

Ich will die Berechnungen in diesem Fall fortführen. Der Mann bekommt im nächsten Jahr eine Arbeitslosenhilfe in Höhe von 681,56 DM, und das Familieneinkommen steigt auf 2 319 DM. Bei Ihnen hätte das Familieneinkommen 1 690 DM betragen, bei uns beträgt es 2 319 DM. Das ist eine entscheidende **Verbesserung des Leistungsrahmens in der Arbeitslosenversicherung**.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So werden wir fortfahren. Wir lassen die Leute nicht im Stich. Wir sorgen erstens für mehr Arbeit, wir sorgen zweitens bei denjenigen, die keine Arbeit haben, für bessere Leistungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 16 auf:

- a) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Energiebericht der Bundesregierung

— Drucksache 10/6073 —

(B)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Wirtschaft (federführend)

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuß für Forschung und Technologie

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Schulte (Menden), Tatge und der Fraktion DIE GRÜNEN

Energiesparprogramm für den Wärmemarkt

— Drucksache 10/5976 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:

Ausschuß für Wirtschaft (federführend)

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuß für Forschung und Technologie

Haushaltsausschuß

Zu Tagesordnungspunkt 16a liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 10/6104 vor.

Meine Damen und Herren, nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 16a und 16b und eine Aussprache von zwei Stunden vorgesehen. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(Staatsminister Fischer [Hessen] wendet sich an das Präsidium)

— Ich bitte den Präsidenten während seiner Amtshandlungen hier nicht zu stören.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Ich erteile dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft das Wort.

Dr. Bangemann, Bundesminister für Wirtschaft: (C)
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Energiebericht zieht die Bundesregierung die Bilanz ihrer Politik der letzten vier Jahre — einer erfolgreichen Politik — und legt die Schwerpunkte für die Energiepolitik der nächsten Jahre dar.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die CDU verläßt den Saal!)

Auch das aktuelle Thema der Nutzung der Kernenergie, über das wir bereits gestern eingehend diskutiert haben, wird in den Gesamtzusammenhang dieser Politik gestellt, und in diesen Zusammenhang gehört es auch.

Folgende Feststellungen kann man treffen. Erstens. Unsere **Versorgungssicherheit** ist größer geworden. Unsere Ölversorgungsquellen sind breiter gestreut; der Anteil der OPEC ist deutlich zurückgegangen. Die Entwicklung auf den Mineralölmärkten und die entspannte Preissituation sind Ergebnis einer Politik, die vor allem auf Energieeinsparung und Nutzung aller verfügbaren Energiequellen ausgerichtet ist.

(Lenzer [CDU/CSU]: Eine sehr vernünftige Politik!)

Meine Damen und Herren, es wird oft gesagt, uns sei der **Rückgang der Ölpreise** in den Schoß gefallen. Das ist nicht richtig.

(Lachen bei der SPD)

Die Politik, die die Bundesregierung zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft betrieben hat, nämlich über die Energieeinsparung, über das Durchschlagenlassen der Preise auf das Verhalten der Verbraucher und insbesondere über die Entwicklung neuer Energiequellen, hat dazu geführt, daß wir einen Käufermarkt bekommen haben. Gegenüber diesem Einfluß des Marktes hat sich auch das OPEC-Kartell als unwirksam erwiesen. Das ist der Grund, warum dieses Kartell auseinandergebrochen ist. (D)

Zweitens. Die **Umweltbelastung durch Energie** ist deutlich geringer geworden. Energie- und Umweltpolitik haben hier zusammengewirkt. Energieeinsparung und emissionsarme Energieträger haben zur Umweltentlastung beigetragen. Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die TA-Luft und die Einführung der schadstoffarmen Kfz werden zu nachhaltigen Entlastungen führen.

Wer hier der Bundesregierung vor kurzem noch Untätigkeit gegen Waldsterben und Umweltverschmutzung vorgeworfen hat, der sollte heute höhere Umweltlasten als unvermeidbare Folge eines Verzichts auf Kernenergie nicht bagatellisieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Drittens. Unverändert wichtiges Ziel der Energiepolitik für unser Land ist es, ein **wettbewerbsfähiges Energiepreisniveau** zu sichern. Durch die Integration unserer Energiewirtschaft in die Weltmärkte vor allen Dingen bei Öl und Gas ist auch dieses Ziel weitgehend verwirklicht. Ich füge aber hinzu: Die hohen Aufwendungen für den Sicherheitsbeitrag der deutschen Steinkohle sowie für die

Bundesminister Dr. Bangemann

- (A) Umsetzung der notwendigen Umweltmaßnahmen sind einseitige Lasten für die deutschen Strompreise. Schon heute bieten europäische Partnerländer auch mit einem hohen Kernenergieanteil der Industrie attraktive Preise. Für stromintensive Unternehmen ist der Strompreis verständlicherweise bei der Standortwahl ein ganz entscheidender Faktor. Wer durch Verzicht auf kostengünstige Kernenergie ohne Not unser Preisniveau in die Höhe treibt, geht leichtfertig mit Wachstum und Beschäftigung um.

Die großen **Fortschritte bei der Energieeinsparung** haben einen entscheidenden Beitrag zu dieser guten Bilanz geleistet. Auch hier sind die Ergebnisse besser, als selbst Optimisten während der beiden Ölpreiskrisen erwartet hatten.

Seit 1973 ist das Bruttosozialprodukt um fast 25% gewachsen, der Primärenergieverbrauch aber nur um wenige Prozentpunkte. Das heißt, die Energieeinsparungspolitik hat es möglich gemacht, Wachstum des Bruttosozialprodukts ohne denselben proportionalen Anstieg des Primärenergieverbrauchs zu erreichen.

- (B) Die deutsche Industrie hat durch die Energieeinsparung international rationelle Energieverwendungen eingeführt und damit eine Spitzenstellung erreicht. Wir haben auch im Verkehr durch diese Einsparpolitik, und zwar ohne bürokratische Reglementierungen, große Erfolge erzielt. Seit 1978 ist der spezifische Kraftstoffverbrauch pro 100 km bei neuen Pkw um deutlich über 20% zurückgegangen.

Die Leitlinie der Bundesregierung war und wird auch hier sein: **Primat für die Kräfte des Marktes** und — wo das nötig ist — eine sinnvolle Ergänzung durch staatliche Maßnahmen. Auf dieser Basis und ohne großen Einsatz öffentlicher Mittel, ohne Subventionen ist in den vergangenen Jahren ein flächendeckendes Energieeinsparprogramm entstanden. Ich nenne hier das Energieeinspargesetz, Vorschriften für den Wärmeschutz, die finanzielle Förderung der Energieeinsparung und Programme zur Energieberatung von privaten Verbrauchern, kleinen und mittleren Unternehmen.

Meine Damen und Herren, diese Politik hat sich als richtig erwiesen; sie wird fortgesetzt. Auch gerade bei der Energieeinsparung garantieren die Marktkräfte Flexibilität und eine Anpassung der Ressourcen, die nicht durch reglementierende Vorschriften in gleicher Weise erreicht werden könnten.

Maßnahmen, die z. B. von der Fraktion der GRÜNEN und auch von der SPD für die **Wärmedämmung** vorgeschlagen werden, führen nach unserer Auffassung zwar zu hohen Mitnahmeeffekten und zu einer Erhöhung des öffentlichen Haushaltsdefizits, nicht aber dazu, daß die Verbraucher ihr Verhalten dauerhaft ändern.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Na, na! Jetzt kommt die Begründung?)

- (C) Sie tun das dann, wenn sie vom Markt her dazu angeregt und gezwungen werden, aber nicht, wenn man versucht, sie zu subventionieren.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Eine dünne Argumentation!)

Übermäßige staatliche Eingriffe und Bürokratie würden Fortschritte in der Energieeinsparung nicht fördern, sondern hemmen. Beispielsweise Wärmedämmstandards zu oktroyieren, die bei unseren klimatischen Bedingungen absolut unwirtschaftlich sind, würde im übrigen die Akzeptanz dieser Politik bei den Bürgern auch nicht vergrößern.

Auch bei der **Stromeinsparung** gibt es deutliche Erfolge. Die früher hohen Zuwachsraten gibt es nicht mehr. In der Diskussion wird oft die Dynamik des laufenden Einsparprozesses unterschätzt. Wir wollen deswegen nicht auf staatliche Reglementierungen zurückgreifen. Das gilt z. B. für die vorgeschlagene staatliche Reglementierung des Energieverbrauchs bei elektrischen Haushaltsgeräten. Ihr spezifischer Energieverbrauch ist in den letzten Jahren ohne jede staatliche Reglementierung um bis zu 37% gesunken. Das wird bei den schon aus Umweltgründen hohen Strompreisen auch in Zukunft so weitergehen.

Wer der Öffentlichkeit weismachen will, der Stromverbrauch werde real zurückgehen, verkennt die wirtschaftlichen Realitäten. **Strom** ist in vielen Fällen die **erste Voraussetzung für weitere Rationalisierung**. Eine weitere Rationalisierung, eine weitere Automatisierung unseres Produktionsprozesses ist dann unverzichtbar, wenn man unser ausreichendes und jedem Einkommen gewährendes Lohnniveau beibehalten und steigern will, und vor allem dann, wenn man die deutsche Industrie mit ihrem hohen Exportanteil wettbewerbsfähig halten will. Wir können auf Automation nicht verzichten, und deswegen brauchen wir vernünftige Strompreise. Das wird dazu führen, daß wir die Stromversorgung ausbauen müssen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Sie wollen doch nicht behaupten, daß der Strom auch für Heizungen gebraucht wird!)

Deswegen glauben wir, daß diese Politik der Bundesregierung nicht ersetzt werden kann. Wir werden auch die **Förderung der neuen und erneuerbaren Energien** fortsetzen. Die Bundesregierung wird die Forschungsmittel hierfür aufstocken.

Meine Damen und Herren, wir haben auch durch Verhandlungen, nicht durch Gesetze eine neue **Regelung für die Einspeisung von Strom in das öffentliche Netz** erreicht. Die Vergütung wird um durchschnittlich 30% erhöht. Hinzu kommt, daß die Elektrizitätswirtschaft auch ihre eigenen Investitionen in regenerative Stromerzeugungsanlagen intensivieren wird. Dadurch werden die Chancen alternativer Stromerzeugungsanlagen verbessert und zusätzliche Potentiale erschlossen.

Trotzdem ist klar — darin stimmen auch alle Sachverständigen überein —, daß der Beitrag der regenerierbaren Energiequellen auf absehbare Zeit begrenzt bleibt. Forschungsinstitute schätzen ihren Anteil für das Jahr 2000 auf höchstens 4 bis 7% des

Bundesminister Dr. Bangemann

- (A) Primärenergieanteils. Ihr Beitrag zur Stromerzeugung kann also nach den Schätzungen selbst bei den optimistischsten Annahmen nur um 2% gesteigert werden. Auch hier wäre es aber verfehlt, durch Dauersubventionen gegen den Markt einen substantiell höheren Anteil zu erzwingen.

Die Entwicklung auf den internationalen Ölmärkten der vergangenen Monate hat gezeigt, daß trotz aller Fortschritte grundlegende Probleme und Herausforderungen in unserer Energiepolitik fortbestehen. Auch in Zukunft werden unsere Energiemärkte vom Weltölmarkt abhängig bleiben. Das **Mineralöl** bleibt auf absehbare Zeit der **bedeutendste Energieträger**. Sosehr unsere Volkswirtschaft im Moment von den gesunkenen Ölpreisen profitiert — und wir wollen diesen Vorteil durch künstliche Abgaben nicht wieder zunichte machen —, so können und dürfen wir doch nicht damit rechnen, daß diese Entwicklung von Dauer ist. Wir werden mit steigenden Ölpreisen zu rechnen haben.

Zu Recht stellt deshalb die Bundesregierung die Fortführung der marktwirtschaftlichen Politik in den Vordergrund. Die Devise „Mehr Markt und weniger Dirigismus“ hat zu diesen Erfolgen bei der Energiepolitik geführt. Deswegen sollte man sie nicht ändern.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die Ölkonzerne sind der reine Markt!)

Man kann sie nicht durch einen Katalog von Verboten oder Subventionen ersetzen, so wie das die Opposition fordert.

- (B) Meine Damen und Herren, das gilt auch für die Forderung nach dem sofortigen oder baldigen **Ausstieg aus der Kernenergie**. In diesen Zusammenhang muß man auch die Forderung einreihen, den Strom im Wärmemarkt zu verbieten. Wer den Einsatz von Nachtstromheizungen verbieten will, behindert übrigens den Absatz deutscher Steinkohle.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, dieser Zusammenhang zwischen dem, was heute für die Steinkohle möglich ist, und dem, was nicht mehr möglich wäre, wenn man diese Reglementierungen durchsetzen würde, ist offenbar insbesondere der SPD-Fraktion bis jetzt verborgen geblieben;

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das haben Sie aber nicht zu Ende gedacht!)

sonst würde sie sich in diesen Fragen an den Konsens erinnern, der früher zwischen allen Fraktionen bestanden hat und der auch heute die Grundlage für die **Sicherung des deutschen Steinkohlebergbaus** ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung bedauert, daß dieser Konsens verlorengegangen ist, und sie wird alles tun, um ihn wiederherzustellen; denn die Kohlepolitik der Bundesregierung wird nur Erfolg haben können, wenn sie von einem breiten Konsens getragen wird.

(Gerstein [CDU/CSU]: Darauf kommt es sehr an!)

(C) Wir wollen dazu beitragen, daß der Anteil der deutschen Kohle an der Energieversorgung gesichert werden kann.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: In welcher Höhe?)

Deswegen haben wir die Durchführung des Verstromungsvertrages und die Flankierung des neuen Hüttenvertrages durch die Bundesregierung vorgeschlagen und durchgesetzt.

(Gerstein [CDU/CSU]: Eine sehr beachtenswerte Leistung!)

Auch die Erfolge bei den Bemühungen um eine für uns tragfähige EG-Kohlebeihilferegulierung unterstreichen das.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat sich ganz wesentlich dafür eingesetzt, daß diese Grundlagen für die deutsche Steinkohle beibehalten werden können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben in der **EG** eine Formulierung durchgesetzt, die uns die **Fortführung unserer Kohlepolitik** gestattet. Wir haben den Kohlepfennig im Laufe dieser Legislaturperiode erhöht, weil das Weltmarktpreisniveau bei der Kokskohle das erfordert hat. Wir haben einen neuen Hüttenvertrag ausgearbeitet, und wir werden auch bei der Verstromung der Kohle dafür sorgen, daß die Grundlagen für die Steinkohle erhalten bleiben. Aber das alles können wir nur durchsetzen, wenn wir uns in diesen wichtigen Fragen einig bleiben.

(D)

(Zustimmung bei der CDU/CSU — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Dann stimmen Sie doch nachher unserer Entschliebung zu!)

Wenn die SPD-Opposition das alles verläßt oder gefährdet, wird das nicht möglich sein. Die **Verstromungsregelung** sichert der deutschen Steinkohle den Absatz von über der Hälfte ihrer Förderung, und sie wird, wie 1980 verabredet, mit steigendem Einsatz deutscher Steinkohle durchgeführt.

Meine Damen und Herren, wir haben die Mehrbelastungen, die von dieser Politik auch auf den Haushalt ausgehen, nicht nur hingenommen, sondern auch akzeptiert, weil wir diese Politik fortsetzen wollen. Ich bin sicher, daß der deutsche Steinkohlebergbau alle Anstrengungen unternimmt, um zu einer rationellen Förderung zu kommen.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das macht er doch schon lange, die ganze Zeit schon!)

Wir erkennen die bisherigen Leistungen auf diesem Gebiet ausdrücklich an.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Gesamtdarstellung der Energiepolitik im Energiebericht macht deutlich: Trotz der aktuellen Diskussion um die Kernenergie ist Energiepolitik auch heute nicht allein Kernenergiepolitik.

(Gerstein [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Bundesminister Dr. Bangemann

- (A) Es wäre verfehlt, unter dem Eindruck des Unfalls von Tschernobyl nunmehr die Lösung aller energiepolitischen Probleme nur unter dem Blickwinkel der Kernenergie zu sehen.

(Lenzer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Langfristig angelegte Politik ist nur dann erfolgreich — und zwar gerade als Energiepolitik nur dann erfolgreich —, wenn sie die richtigen Rahmenbedingungen für eine zugleich sichere, umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung setzt. Dafür haben wir die Weichen richtig gestellt.

Dazu gehört auch der **Einsatz der Kernenergie** auf überschaubare Zeit.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ist das die Position der FDP?)

Die Bundesregierung hat die **Sicherheit der Kernkraftwerke** immer an die erste Stelle gesetzt. Deshalb ist die Nutzung der Kernenergie zu verantworten. Wir müssen dafür wirken, daß Sicherheitsüberlegungen in anderen Ländern den gleichen Rang bekommen.

Der Energiebericht hat die wirtschaftlichen und die ökologischen Vorteile im einzelnen dargelegt. Umweltentlastung, Schonung der begrenzt vorhandenen fossilen Ressourcen — auch und vor allem im Interesse der Entwicklungsländer —, Verminderung von Klimarisiken, kostengünstige Stromerzeugung im Interesse von Wachstum und Beschäftigung und die Nutzung der Kernenergie als moderner Technologie sind die entscheidenden Gründe. Verantwortliche Politik gebietet, all diese Faktoren und die Risiken in die Abwägung einzubeziehen.

(B)

Deswegen, meine Damen und Herren, können wir für einen absehbaren Zeitraum auf die Nutzung von Kernenergie nicht verzichten. Wir brauchen es auch nicht, weil die Sicherheitsvorschriften, die wir anwenden, zu den besten gehören, die es auf der Welt gibt.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Oje, oje!)

Auf lange Sicht wird die Zukunft der Kernenergie davon abhängen, ob es gelingt, in bezug auf Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit bessere Versorgungsalternativen zu finden. Daran arbeitet die Bundesregierung. Für uns ist die Kernenergie nicht das letzte Wort. Aber wir müssen sie jetzt nutzen, um auch diese Zukunftsmöglichkeiten zu erreichen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß uns das gelingen wird.

Die Bundesregierung wird daran arbeiten. Sie wird ihre erfolgreiche Energiepolitik fortsetzen und damit eine Grundlage auch für eine gedeihliche Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Wir werden ihr dabei helfen! — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Eine blasse Rede!)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU — Seiters [CDU/CSU]: Sie haben sich nicht zufällig verlaufen?)

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung legt ihren Energiebericht in einer Situation vor, in der die **Energiepreise** weltweit einen Kollaps erleben

(Beckmann [FDP]: Aha!)

und ihre weitere Entwicklung ungewisser ist denn je und in der eine heftige Debatte über die **künftige Energieversorgung** die Bürger tief bewegt. In dieser Situation erwarten die Menschen Orientierung, Perspektive, politische Führung.

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Oh!)

An diesen Ansprüchen gemessen, kommt man nicht zu einem positiven Urteil über diesen Energiebericht.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr! — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Jetzt wird es lyrisch!)

Wer ihn liest,

(Gerstein [CDU/CSU]: Man muß ihn aber gelesen haben!)

wird sich fragen: Sind das nicht Steine statt Brot?

(Oh-Rufe bei der CDU/CSU)

Ist das nicht ein Dokument politischer Sprachlosigkeit, das zukunftsweisende Antworten verweigert?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen sind von diesem Energiebericht und seinen Inhalten im Wortsinne betroffen.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Verhöhnern statt lesen! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Als Ministerpräsident des **Energiezentrums Nordrhein-Westfalen**, in dem fast jede zweite Kilowattstunde Strom hergestellt wird und aus dem 90 % der deutschen Steinkohle und Braunkohle kommen,

(Gerstein [CDU/CSU]: Da sollten Sie mit dem Bericht ganz zufrieden sein!)

sage ich der Bundesregierung: Die Energiepolitik, für die dieser Bericht steht, hat keine Zukunft.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Mehr noch: Sie gefährdet auf mittlere Sicht

(Feilcke [CDU/CSU]: Sie haben Ihre Zukunft hinter sich, Herr Rau!)

Zehntausende von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau.

(Zuruf von der CDU/CSU: Absolut falsch!)

(D)

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau ((Nordrhein-Westfalen))

- (A) In den vergangenen Jahren war es unsere gemeinsame Überzeugung: Wir brauchen eine **Politik weg vom Öl**,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die Kohle-Lüge von Ihnen!)

eine Politik, die unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringert und nicht vergrößert. Im neuen Bericht ist davon nicht einmal die Rede, geschweige denn von Konsequenzen aus diesem Grundsatz.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: In der Tat ein dünner Bericht!)

Die Politik der sozialliberalen Regierung, die Politik Helmut Schmidts, war getragen von der Überzeugung: Wir brauchen einen leistungsfähigen **Steinkohlebergbau**, der uns jedenfalls in gewissem Umfang vor weltwirtschaftlichen Risiken schützt. Wir brauchen eine Energiepolitik, die der Steinkohle Chancen auf den Energiemärkten in unserem Lande erhält und sie bewußt unterstützt.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Das steht aber in dem Energiebericht so drin!)

Es war unsere gemeinsame Überzeugung, daß das nicht nur im Interesse der Kumpel ist, sondern in unser aller Interesse.

(Gerstein [CDU/CSU]: So steht es im Energiebericht!)

Auch der gegenwärtige Bundeskanzler hat solche Erklärungen abgegeben.

- (B) (Feilcke [CDU/CSU]: Der gegenwärtige ist auch der zukünftige!)

Aber wenn man den Energiebericht liest, dann stellt man fest, daß diesen Worten keine Taten folgen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal etwas zu Ihrer Position!)

Die Bundesregierung scheint die aktuellen Probleme der Kohle nicht zu sehen.

(Beckmann [FDP]: Und was ist mit EBV?)

Sie sieht tatenlos zu, wie die **kostengünstige Braunkohle** wider alle ökonomische Vernunft aus der Verstromung gedrängt wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie verschließt die Augen davor, daß der weltweite Verfall der Ölpreise die Steinkohle erneut in Bedrängnis bringt.

(Fellner [CDU/CSU]: Verlesen Sie sich nicht!)

Wie sehen die Zahlen aus? — 1984 wurden 127 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, 1985 nur noch 121 Millionen Tonnen, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich noch 115 Millionen Tonnen sein.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Manche fürchten sogar, die rheinischen Braunkohlenwerke würden in diesem Jahr die Förderung um 10 Millionen Tonnen zurücknehmen. Dafür gibt es einen einzigen, sehr einfachen Grund: Das RWE

verstromt weniger Braunkohle, statt dessen geht das **Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich** ans Netz. (C)

Ich frage: Ist es energiepolitisch vertretbar, daß die teure und risikoreiche Atomenergie die kostengünstige Braunkohle aus der Stromversorgung verdrängt?

(Beifall bei der SPD)

Wäre es nicht besser, der Braunkohle den Rücken zu stärken und uns ein Stück **Versorgungssicherheit** zu erhalten?

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das ist ja auch wirklich die umweltfreundlichste Technologie!)

Wer vom Energiebericht der Bundesregierung darauf eine Antwort erwartet, wird enttäuscht. Er findet nur Allgemeines und Unverbindliches.

(Senfft [GRÜNE]: Das ist doch Ihr Stil!)

Wenn dieser Energiebericht unkorrigiert verwirklicht würde, dann hieße das im Klartext: Es kommt zu weiteren **Zechenstillegungen** und zu weiterem **Beschäftigungsabbau**.

(Dr. Vogel [SPD]: So ist es! — Zurufe von der SPD: Leider wahr!)

Die Förderung geht zurück. An der Ruhr wird schon heute kurzgearbeitet. Wenn sich die Lage nicht ändert, wird weitere Kurzarbeit unvermeidbar.

(Tatge [GRÜNE]: Das hätten Sie vor Jahren alles dem Schmidt erzählen können!)

Der Absatz der deutschen Steinkohle betrug 1985 insgesamt rund 92 Millionen Tonnen. (D)

(Beckmann [FDP]: Mit dieser Rede hier machen Sie der Kohle keine Freunde!)

Für 1986 rechnen die Bergbauunternehmen mit knapp 80 Millionen Tonnen. Damit sich jeder ein Bild davon machen kann, was das für die Menschen praktisch bedeutet, nenne ich einige Beispiele. Mitte vergangenen Jahres wurde die **Schachtanlage Gneisenau** in Dortmund mit sechstausend Arbeitsplätzen stillgelegt. Die **Schachtanlage Zollverein** in Essen mit viertausend Arbeitsplätzen wird Ende dieses Jahres auslaufen.

(Beckmann [FDP]: Ja, die ist ausgekohlt!)

„**Minister Stein**“ in Dortmund mit viereinhalbtausend Arbeitsplätzen verfährt Ende 1987 die letzte Schicht. In Essen und Dortmund wird in Zukunft keine Kohle mehr gefördert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist doch alles nichts Neues!)

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist im **Kokskohlenbereich** zu finden. Die Rohstahlerzeugung ist rückläufig. Koks wird teilweise durch billigeres Öl oder durch Gas ersetzt.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gerstein?

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja.

- (A) **Gerstein** (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, würden Sie mit mir übereinstimmen, daß die Stilllegungen der von Ihnen genannten Schachtanlagen durchgeführt worden sind, weil die Lagerstätten erschöpft sind und einen vernünftigen Abbau nicht mehr zulassen, und daß es sich hier um notwendige Rationalisierungsmaßnahmen oder Zusammenlegungsmaßnahmen des deutschen Steinkohlebergbaus handelt,

(Lachen bei der SPD)

die in der Kohlerunde vereinbart sind und die mit den augenblicklichen Absatzschwierigkeiten der deutschen Steinkohle überhaupt nichts zu tun haben?

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die Antwort ist: Nein!)

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Abgeordneter Gerstein, wenn es zu solchen Schließungen aus solchen Gründen kommt, brauchen wir einen Energiebericht, der die Zukunftsperspektive für die Kohle sichert und der zusätzliche Absatzmärkte ermöglicht, statt einfach so weiterzumachen wie bisher.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Noch sehr viel ernster zu nehmen ist die Entwicklung im Verstromungsbereich, wenn hier im Augenblick die Absatzmengen auch stimmen, der **Jahrhundertvertrag** also noch erfüllt wird. Ich will, daß die heimische Stein- und Braunkohle auch in Zukunft Grundlage einer sicheren und zuverlässigen Energieversorgung bleibt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Da genügt eine scheinbar objektive Beschreibung vorhandener Tendenzen und Trends nicht. Da ist es nötig, die Instrumente der Kohlepolitik weiterzuentwickeln.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sehr gut!)

Ich stimme **Hans-Werner Meyer**, dem Vorsitzenden der IG BE zu, der sagt: „Jetzt muß über die deutsche Kohle und die Bergleute geredet werden, wenn eine verhängnisvolle Schieflage in der energiepolitischen Diskussion vermieden werden soll.“

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Der steht auch voll hinter den DGB-Beschlüssen, was?)

Darüber muß jetzt geredet werden.

Die Verhandlungen zwischen dem Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft über eine unbefristete Verlängerung des sogenannten Jahrhundertvertrags über die **Anpassung der Ausgleichsabgabe** müssen sehr bald beginnen. Und wer die Kohle wirklich in den Wärmemarkt einbringen will,

(Zurufe von der CDU/CSU und von der FDP)

der muß die Entwicklung und den Einsatz umweltschonender und verbraucherfreundlicher Techniken fördern.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Es kann nicht richtig sein, jetzt über umfangreichere **Steinkohleimporte** nachzudenken,

(Beifall bei der SPD)

vor allem nicht, solange unsere heimische Steinkohle unter großem Druck steht. Ich sage das bewußt in alle politischen Richtungen.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Die klatschen ja für jeden Mist!)

Der Steinkohlebergbau braucht auch in Zukunft angemessene **Innovations- und Investitionshilfen**.

Ich fordere das als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten aus seinem Landeshaushalt fast 14 Milliarden DM für den Steinkohlebergbau gezahlt hat, die Verzinsung nicht einmal eingerechnet.

(Gerstein [CDU/CSU]: Vergessen Sie dabei aber nicht die Bundesregierung!)

— Nein, die vergesse ich nicht. Aber die Bundesregierung hat ein eigenes Gesetz, das ihr Gelder bringt, nämlich über die Heizölsteuer, die sie einsetzt, um damit die Kohlelasten zu finanzieren. Länder haben solche Gesetze nicht, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Im Landeshaushalt 1987 sind zusätzlich 1,25 Milliarden DM für diese eigentlich gesamtstaatliche Aufgabe vorgesehen.

Was sagt nun die Bundesregierung in ihrem Energiebericht zu den **Perspektiven der Kohle**? Sie verbreitet Freude über die niedrigen Ölpreise und über die Entlastung für die Verbraucher.

(D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist das nicht gut? — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Bedauern Sie das?)

Ich finde es kurzsichtig. Denn wir alle wissen doch: Es wird nicht so bleiben, und es kann nicht so bleiben.

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Das wünschen Sie wohl gar nicht!)

Ich warne mit Hans-Werner Meyer davor, daß wieder einmal der Kohlebergbau — ich zitiere — „unter der Welle billigen Öls in Atemnot kommt“.

(Beifall bei der SPD)

Wer heute die heimische Kohle schwächt, der ist morgen wieder erpreßbar.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Warum lassen Sie Herrn Meyer nicht selbst reden?)

Die Bundesregierung und auch Sie, Herr Bundeswirtschaftsminister, sprechen von einer Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Politik. Wissen Sie nicht, daß im Bereich der Energiewirtschaft Markt und Wettbewerb wenig, **Monopol und Marktbeherrschung** dagegen viel bedeuten?

(Beifall bei der SPD)

Da wird viel über die Steinkohle als Subventionsempfänger und davon gesprochen, daß die Hilfen aus dem Verstromungsfonds, insbesondere der Öl-

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) ausgleich, überprüft werden müßten. Es wäre gut, wenn statt dessen von dem **Versorgungsauftrag** gesprochen würde, den die heimische Steinkohle erfüllt und der uns wenigstens in gewissem Umfang vor Risiken der Energieversorgung schützt.

(Kleinert [Hannover] [FDP]: Ähnlich wie die Landwirtschaft?)

Es wäre auch gut, wenn von den vielen Menschen in den Bergbaurevieren an der Ruhr, bei Aachen und im Saarland gesprochen würde,

(Beifall bei der SPD)

deren wirtschaftliche Existenz von der Steinkohleförderung und von der hohen Leistungsfähigkeit unseres Bergbaus abhängt, die in Europa einmalig ist.

Es ist jetzt viel von den **Umweltproblemen der Kohle** die Rede. Gewiß, niemand darf darüber hinwegsehen, daß Kohlekraftwerke Schwefeldioxid und Stickoxide emittieren. Ich bedarf wirklich keiner Belehrungen zum Thema Waldsterben. Aber es muß dann auch gesagt werden,

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Wie war das denn in Buschhaus? Ibbenbüren!)

daß Kohle umweltfreundlich verbrannt werden kann und daß wir in Nordrhein-Westfalen gewaltige Anstrengungen unternehmen, um die Kraftwerke umweltfreundlich umzurüsten.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Was machen Sie mit dem CO₂?)

- (B) Bei uns sind heute Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 10 000 MW mit **Rauchgasentschwefelungsanlagen** ausgerüstet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und die Entstickung?)

Schon heute werden im Jahr 120 000 Tonnen Schwefeldioxid und 40 000 Tonnen Stickoxide weniger an die Umwelt abgegeben als 1983.

(Seiters [CDU/CSU]: Reden Sie über Buschhaus oder worüber?)

— Und was Ibbenbüren und Buschhaus angeht, Herr Abgeordneter:

(Seiters [CDU/CSU]: Zum Thema Glaubwürdigkeit!)

Dieses Kraftwerk erfüllt in vollem Umfang alle Anforderungen,

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Versöhnen, nicht verhöhnen!)

die im Jahr 1984 in der ersten Buschhausdebatte von allen vier Fraktionen dieses Hauses an die Entschwefelung gestellt worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Und bei der **Entstickung**, die bei der dort verwendeten Kohle besonders schwierig ist, halten wir es mit den Betreibern, bei einem Zeitplan, den wir präzise einhalten.

(Senfft [GRÜNE]: Das ist das Schlimme!)

(C) Ich meine, der Hinweis auf das Kohlendioxid sollte kein Argument sein, um die Kohle schlechtzumachen, und kein Argument, um der Atomkraft den Weg zu bereiten. Wie ehrlich ist es gemeint, wenn jetzt auch noch das Totschlagargument einer **Klimakatastrophe** an die Wand gemalt wird?

(Senfft [GRÜNE]: Das ist real!)

Keine Frage, das Problem ist ernst zu nehmen; aber man muß die Dimensionen sehen. In der weltweiten Gesamtemission von Kohlendioxid, die aus dem Verbrennen fossiler Energieträger kommt, hat die heimische Steinkohle einen Anteil von weniger als 2 %.

(Dr. Vogel [SPD]: Hört! Hört!)

Und im übrigen: Wenn ich vom notwendigen **Umsteuern in der Energiepolitik** rede,

(Gerstein [CDU/CSU]: Vom Ausstieg reden Sie!)

dann meine ich zunächst, daß Forschung und Entwicklung auf umweltfreundlichere Nutzung der Kohle umgesteuert werden müssen, statt weiterer Förderung der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Und was ist mit dem Ausstieg aus der Kernenergie in zehn Jahren? — Feilcke [CDU/CSU]: Herr Rau ist ein Aussteiger, ein Absteiger!)

(D) Für Nordrhein-Westfalen, aber nicht nur für Nordrhein-Westfalen, erwarten wir, daß sich die Bundesregierung zum Versorgungsauftrag der heimischen Kohle deutlicher bekennt und daß sie ihn konkret beschreibt und sichert,

(Dreßler [SPD]: Sehr richtig!)

daß sie die Dinge nicht weiter auf die Schließung weiterer Zechen hintreiben läßt, daß sie den im Verstromungsgesetz festgelegten Auftrag ernst nimmt

(Gerstein [CDU/CSU]: Siehe Ziffer 60, Energiebericht!)

und jetzt den Anteil der Kohle an der Stromerzeugung langfristig sichert und daß sie eine Politik der nationalen Energiesicherung betreibt und die heimische Kohle nicht aus kurzfristigen Erwägungen preisgibt.

(Gerstein [CDU/CSU]: Siehe Ziffer 59, Energiebericht!)

Bisher sind wir in einem nationalen Konsens von der Unverzichtbarkeit der heimischen Kohle ausgegangen. Nach diesem Energiebericht besteht Anlaß, zu warnen. Wer die heimische Kohle im Stich läßt, trägt die Verantwortung dafür, daß die Bundesrepublik energiepolitisch wieder erpreßbar wird,

(Beifall bei der SPD)

daß in den Steinkohlerevieren wieder die Angst vor Zechenschließungen und dem Verlust des Arbeitsplatzes umgeht. Dieser Energiebericht richtet sich gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes. Er richtet sich vor allem gegen die im

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Bergbau arbeitenden und vom Bergbau lebenden Menschen.

(Dr. Vogel [SPD]: Leider! — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist nicht wahr! — Gerstein [CDU/CSU]: Vom Verbund Kohle und Kernenergie haben Sie noch nichts gehört? — Feilcke [CDU/CSU]: Selbst wenn er es gehört hätte, er hätte es nicht verstanden! — Dr. Vogel [SPD] [zu Abg. Feilcke gewandt]: Flegel!)

In der Energiepolitik ist es an der Zeit, umzudenken und umzusteuern. Das hat auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, **Josef Kardinal Höffner**, auf dem Katholikentag in Aachen gefordert. Und er hat recht.

(Beifall bei der SPD)

Er war es, der aus seiner Verantwortung heraus uns allen ins Gewissen geredet und beim Namen genannt hat, was passiert, wenn in einem Atomkraftwerk der nie auszuschließende Ausnahmefall eintritt.

(Dreßler [SPD]: Betretene Gesichter bei der CDU!)

Dann gibt es

— so sagt Kardinal Höffner —

nicht einen Unfall, dann gibt es eine Katastrophe für Menschen und kommende Geschlechter, weit über die Grenzen der Länder hinaus.

- (B) Und da sagen Sie, Herr Minister Bangemann, man solle nicht ohne Not auf Kernenergie verzichten! Das wäre Not, Herr Bundeswirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Sagen Sie was zur Wiederinbetriebnahme von Tschernobyl?)

Da hilft kein Herumdeuteln. In dieser Frage spricht Kardinal Höffner

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

— wenn Sie mich schon nicht hören wollen, vielleicht wollen Sie ihn und das, was er sagt, hören —

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die würden ihm nicht mal Rederecht geben!)

für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land. Und ich bitte Sie eindringlich: Nehmen Sie diese Sorgen der Menschen ernst.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Das tun wir doch! — Gerstein [CDU/CSU]: Was sagen Sie zur Wiederinbetriebnahme von Tschernobyl?)

Ich bitte Sie auch: Ignorieren Sie doch nicht die wesentlichen Ergebnisse aller in den letzten Monaten vorgelegten Gutachten, auch der von der Bundesregierung selbst in Auftrag gegebenen Gutachten

(Dr. Vogel [SPD]: Sehr wahr!)

über die Chancen einer sicheren **Energieversorgung ohne Atomkraft!** (C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich frage die Koalition: Was ist angesichts des vorliegenden Energieberichts von den vielen unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Äußerungen aus Ihren eigenen Reihen in den vergangenen Wochen und Monaten zu halten?

(Senfft [GRÜNE]: Das ist bei Ihnen nicht anders!)

Professor **Biedenkopf**

(Feilcke [CDU/CSU]: Ein kluger Mann!)

hat in einem Interview, übrigens in der „taz“, vor vier Wochen gesagt:

Wenn ich es nüchtern betrachte, reduziert sich die Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD auf die Frage, in welchen Zeiträumen sich die gegenwärtige Energieversorgung verändern läßt. Die SPD sagt, das ist in zehn Jahren möglich, die CDU sagt, das geht in 30 bis 50 Jahren.

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Und was sagt Rau? — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich sehe die Unterschiede nicht so wie Professor Biedenkopf aber ich wäre schon froh, wenn die Bundesregierung Herrn Biedenkopf wenigstens in diesem Punkt folgen würde.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Der Energiebericht tut das eindeutig nicht. Die Worte von einer Übergangslösung, von einer im nächsten Jahrhundert anstehenden Ablösung der Kernenergie:

(Senfft [GRÜNE]: Sagen Sie mal was zum Hochtemperaturreaktor!)

Meine Damen und Herren, war das alles nur Semantik, war das nur taktische Anpassung an die Mehrheitsmeinung?

(Senfft [GRÜNE]: Jetzt zu Hamm! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Herr Präsident, rufen Sie mal die Schreier zur Ordnung! — Glocke des Präsidenten)

Der Energiebericht geht von der zeitlich **unbefristeten und der unbegrenzten Nutzung der Kernenergie** aus.

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist der Punkt!)

— Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Von „unbegrenzt“ kann im Energiebericht keine Rede sein!)

Diese Aussage steht in deutlichem Widerspruch zu allen rhetorischen Beteuerungen. Sie macht klar: Die Bundesregierung will nicht, was eine große Mehrheit der Menschen bei uns will: daß wir uns so schnell wie möglich von einer Technik trennen, die

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau ((Nordrhein-Westfalen)

- (A) selbst nie versagen darf und bei der ein Mensch nie versagen darf.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Was heißt „so schnell wie möglich“?)

Es geht um mehr als um die isolierte Diskussion einer einzelnen Technologie.

Sie wissen: Für das Land Nordrhein-Westfalen hat Atomstrom keine besondere Bedeutung; sein Anteil beträgt nur 3% an der Stromversorgung des Landes.

(Gerstein [CDU/CSU]: Was ist mit KWU? — Abg. Dr. Schierholz [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Im Moment nicht.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ich wollte Sie nach Lingen fragen! Was machen Sie denn mit Lingen? — Gegenruf des Abg. Dr. Vogel [SPD]: Die GRÜNEN sind nervös!)

Mir geht es aber um eine grundsätzliche Frage, die für die Glaubwürdigkeit und damit für die Festigkeit unserer demokratischen Ordnung von zentraler Bedeutung ist. Eine wachsende Zahl von Menschen — nicht nur von jungen Menschen — spricht uns Politikern die Fähigkeit umzudenken ebenso ab wie die Bereitschaft umzusteuern.

(Gerstein [CDU/CSU]: Ihnen vielleicht, aber uns nicht!)

- (B) Nicht wenige fragen sich, ob wir Politiker überhaupt noch fähig sind, Neues hinzuzulernen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Bei Ihnen habe ich auch Zweifel!)

Und es gibt leider Anlässe zu solchen Fragen. Auch der Energiebericht ist ein Beispiel dafür.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage: Es ist kein Ausweis von Entschlossenheit und Tatkraft, an einmal getroffenen Entscheidungen festzuhalten — ohne Rücksicht auf die Folgen, ohne Rücksicht auf gemachte Erfahrungen, ohne Rücksicht auf neue Einsichten.

(Senfft [GRÜNE]: Das haben Sie mit dem Hochtemperaturreaktor auch gemacht!)

Die Bereitschaft, aus Erfahrungen zu lernen, ist Voraussetzung jeder verantwortungsbewußten Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß selber, wie schwer das ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aha, was wollen Sie denn?)

Aber ich bin überzeugt, wir sind das unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Dem Umlernen muß das Umsteuern folgen.

(Berger [CDU/CSU]: Sprechblasen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- (C) Wer dazu nicht bereit oder nicht in der Lage ist, der kann die Zukunft nicht gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Man darf mit den Ängsten und Sorgen der Menschen nicht spielen.

(Beifall bei der SPD — Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU — Seiters [CDU/CSU]: Auch nicht mit Bibelsprüchen! — Pfeffermann [CDU/CSU]: Wie wahr, Sie alter Miesmacher! — Feilcke [CDU/CSU]: Sie sind doch lernfähig! — Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU: Wie wahr, sehr gut!)

Aber man spielt auch mit ihnen, wenn man sie verdrängt, verharmlost oder ignoriert.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Sie spekulieren doch mit der Angst der Menschen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Man darf sich nicht wundern, wenn Menschen einem dann keinen Glauben mehr schenken.

(Ganz [St. Wendel] [CDU/CSU]: Sagen Sie das dem Lafontaine!)

— Herr Kollege, ich dachte, Sie wollten hören und nicht stören; Sie hatten mich doch eingeladen —

(Beifall bei der SPD — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Schon wieder ein Vers! Der Mann ist ja ein Dichter! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- (D) weder bei Aussagen über die Sicherheit von Atomkraftwerken noch bei anderen technischen Großprojekten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe dem Bundeskanzler am 10. Mai 1985 in einem Brief meine im Laufe der Jahre immer stärker gewordenen Bedenken gegen die **Technologie des Schnellen Brüters** ausführlich mitgeteilt. Ich habe in diesem Brief am 10. Mai 1985 geschrieben:

In den letzten zweieinhalb Jahren, die seit der grundsätzlichen Diskussion im Deutschen Bundestag vergangen sind, hat sich eine Reihe neuer Aspekte ergeben, die uns veranlassen, über einige Fragen neu nachzudenken. Meinem Eindruck nach haben sich bei uns, aber auch in anderen Ländern die Zweifel verstärkt, ob mit Schnellen Brütern ein zweckmäßiger und verantwortbarer Weg eingeschlagen wird, die Energieversorgung für die Zukunft zu sichern.

Das war vor 17 Monaten. Hier geht es nach meiner Überzeugung — und darum wiederhole ich das — um eine qualitativ neue Entscheidung.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Allerdings!)

Aus meiner Sicht ist der Einstieg in die großtechnische, in die kommerzielle **Plutoniumwirtschaft** ein Irrweg!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir dürfen uns keine zusätzlichen Probleme und keine nicht abschätzbaren Risiken schaffen, wo wir

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) schon mit den vorhandenen Risiken große Sorgen haben.

(Sehr wahr! bei der SPD)

Und darum sage ich nein zu Kalkar und nein zu Wackersdorf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN —
Dr. Waigel [CDU/CSU]: Aber das war früher einmal anders!)

Auf der politischen Ebene wird die **Inbetriebnahme von Kalkar** ja nicht nur von uns Sozialdemokraten abgelehnt.

(Feilcke [CDU/CSU]: Auch von den GRÜNEN)

Auch in den Reihen der Koalitionsfraktionen, Herr Abgeordneter

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Und in den Reihen der GRÜNEN!)

— das war gerade durch den Zuruf bekanntgeworden; das schien vorher nicht deutlich zu sein —, gibt es viele, die erhebliche Zweifel am Sinn dieses Projektes haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die CDU und die FDP in Nordrhein-Westfalen haben jedenfalls in den vergangenen Monaten deutlich kritische Distanz erkennen lassen.

(Hört. Hört! bei der SPD)

Auch sie halten die Inbetriebnahme inzwischen offenbar nicht mehr für realistisch.

(B) (Dr. Vogel [SPD]: Aha! — Gerstein [CDU/CSU]: Bei dieser Landesregierung!)

Die, die heute noch auf Kalkar setzen, werden nachvollziehen müssen, was den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht damals bewegte, als er jenseits aller technischen und rechtlichen Probleme in Gorleben einen Bau mit der Begründung stoppte, das Projekt sei politisch nicht durchsetzbar. Ich weiß aus Gesprächen mit maßgeblichen Vertretern der Energiewirtschaft: Auch ihnen ist klar, daß ohne breite gesellschaftliche Akzeptanz auf Dauer keine Energiepolitik betrieben werden kann.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, einen neuen energiepolitischen Konsens. Bei der Energieeinsparung, der rationellen Verwendung von Energie und bei den regenerativen Energiequellen gibt es riesige technologische und industriepolitische Chancen. Der intelligente Einsatz der **Mikroelektronik** kann den Energieverbrauch deutlich senken.

(Gerstein [CDU/CSU]: Aber den Stromverbrauch steigern!)

Ich halte es für wichtiger, die Nachfrage nach Strom auf diese Weise zu vermindern, als das Angebot an Strom durch den Bau immer neuer Kraftwerke zu vergrößern.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist freilich Voraussetzung, daß das volkswirtschaftlich Vernünftige sich auch betriebswirtschaftlich rechnet. Solange auf Grund der Stromta-

rife die Kilowattstunde im Durchschnitt um so billiger wird, je höher der Stromverbrauch ist, bleiben Investitionen zur rationellen Energienutzung unwirtschaftlich. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das behindert die Entwicklung, und das behindert den Einsatz moderner Techniken. Wir brauchen eine Änderung der Tarifstruktur.

(Lenzer [CDU/CSU]: Wollen Sie denn die stromintensive Industrie ganz kaputt machen? — Beckmann [FDP]: Wollen Sie Stahlwerke schließen?)

Meine ebenso herzliche wie dringende Bitte an die Bundesregierung ist deshalb: Blockieren Sie nicht unsere **Zukunftschancen** im Bereich der Energietechnik, blockieren Sie nicht **Kreativität, Phantasie und Leistungswillen** der Wissenschaftler und der Techniker, der Ingenieure und der Arbeitnehmer gerade in den mittelständischen Betrieben,

(Beifall bei der SPD)

indem Sie bloß beschreiben, was sich ergeben hat, statt zu sagen, was sein soll.

(Sehr gut! bei der SPD)

(Vorsitz: Vizepräsident Westphal)

Wer heute weiter auf Atomkraft setzt, provoziert in diesem Bereich neuer Technologien einen gigantischen Investitionsstau.

(Gerstein [CDU/CSU]: Sie stellen die Dinge doch auf den Kopf!) (D)

Darum bitte ich: Setzen Sie nicht weiter auf die Vergangenheit, sondern öffnen Sie sich für die Zukunft!

(Feilcke [CDU/CSU]: Die haben Sie schon hinter sich!)

Ich will verhindern, daß an der Ruhr noch einmal schwarze Fahnen wehen; es würde sie aber geben.

(Beifall bei der SPD)

Es gab einmal schwarze Fahnen an der Ruhr, und das war dann auch das Ende der Regierung Erhard, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will verhindern, daß es an der Ruhr noch einmal schwarze Fahnen gibt.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Rot-grüne brauchen wir!)

Es gäbe sie aber, wenn der vorliegende Energiebericht Grundlage der Energiepolitik bliebe. Das darf nicht sein; wir müssen jetzt umsteuern zu einer umweltverträglichen, sicheren Energieversorgung, die Atomkraft durch wirklich moderne Technik ersetzt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Da fehlt doch der Schluß! — War das alles? Mit diesem Auftritt, Herr Vogel, können Sie zufrieden sein! Da waren Sie immer noch besser! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Bundesminister für Forschung und Technologie.

(Lenzer [CDU/CSU]: Jetzt könnt ihr mal eine anständige Rede hören!)

Dr. Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Rau hat einen Satz gesprochen, den wir alle sehr ernst nehmen.

(Zuruf von der SPD: Wir nehmen alle Sätze ernst!)

Er hat davon gesprochen, daß wir die Ängste der Menschen ernst nehmen müssen, daß wir nicht mit ihnen spielen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Lenzer [CDU/CSU]: Daran hätte er sich mal selbst halten sollen!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in der letzten Passage Ihrer Rede davon gesprochen, daß schwarze Fahnen an der Ruhr wehten, weil die Zeichen geschlossen werden müßten. Was Sie da machen, ist ein Spiel mit den Ängsten der Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Dreßler [SPD]: Das Ergebnis Ihrer miesen Politik! — Weitere Zurufe von der SPD)

(B) Was Sie hier entwerfen, ist nicht in der Politik der Bundesregierung begründet. Was die Bundesregierung angelegt hat, was hier der Herr Bundeskanzler in verschiedenen Erklärungen gesagt hat, daß wir auf der Seite der Kumpel stehen, daß wir den Bergbau unterstützen,

(Dreßler [SPD]: Da lachen ja die Hühner! Schämen Sie sich, so etwas zu sagen!)

daß wir den Kohlepfennig erhöht haben, daß unsere **Kohlepolitik** konsistent weitergeht, daß sie bis jetzt im Konsens mit den Gewerkschaften getragen worden ist, daß — dies hat der Bundeskanzler in diesen Tagen gesagt — wir auch in der Solidarität der Bundesländer das Land Nordrhein-Westfalen nicht allein lassen, das von Strukturkrisen bedrängt ist, das ist die Grundlage der Politik der Bundesregierung, auch und gerade im Bereich der Kohle.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie: Nein. Das muß ich jetzt im Zusammenhang darstellen.

(Dreßler [SPD]: Feigheit! — Zuruf von der SPD: Sie sind ein Kneifer! — Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Rau sprach hier von der Frage der Kernenergie und ihrer Problematik. Die Grundlage der Kernenergie und der Energiepolitik ist immer

Kernkraft plus Kohle gewesen. Eine Kernenergiepolitik war nie isoliert. (C)

(Zuruf von der SPD: Sie reden hier wider besseres Wissen!)

Kerntechnik und Kohle waren immer ein gemeinsames Konzept als Begründung für einen vernünftigen Mix im Strompreis, als Begründung für eine vernünftige Solidarität der Länder, die keinen Bergbau haben, mit den Ländern, die einen Bergbau haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer diesen Konsens aufkündigt, der eine Grundlage der Energiepolitik über viele Regierungen hinweg gewesen ist, gefährdet die Zusammenarbeit, gefährdet die deutsche Kohle, gefährdet eine Grundlage für unser Land.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das ist eine Drohung!)

— Herr Kollege Wolfram, wir kennen uns lange und haben viele Energiedebatten gemeinsam geführt, Sie wissen, in welcher Weise ich immer eingetreten bin für den Rang der deutschen Kohle als Grundlage unserer Energieversorgung.

(Zuruf von der SPD: Das gilt jetzt nicht! — Gegenruf von der CDU/CSU: Das gilt nach wie vor!)

Sie wissen, wie wir das hier zugrunde gelegt haben, und dies wird auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP) (D)

Es ist hier über die **Gewerkschaften** und ihre Sorgen gesprochen worden. Eine große Leistung ist das hohe Maß an Konsens zwischen Gewerkschaften und Unternehmen, zwischen Land und Bund, mit dem die schwierigen **Strukturänderungen an der Ruhr und an der Saar** durchgeführt worden sind. Wenn die SPD ein bißchen mehr auf den Rat der IG Bergbau und Energie zur Energiepolitik hören würde, die sie oft in Anspruch nimmt — Sie haben wieder Herrn Meyer zitiert —, dann wäre es um den Konsens um unsere Energiepolitik, um ihre Zukunftsfähigkeit besser bestellt. Wir brauchen den Konsens — dem stimme ich zu —, aber nicht einen Konsens zu Lasten der Sache, sondern in der Sache begründet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Hauff [SPD]: Sie machen das Gegenteil!)

Sie haben, Herr Ministerpräsident, hingewiesen —

(Dr. Schierholz [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Ich will mich hier an eine sehr begrenzte Redezeit halten. Ich habe nicht die Zeit, die Herr Rau hatte. Ich muß jetzt die Punkte halten.

(Anhaltende Zurufe von der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Denken Sie an den DGB-Beschluß von Hamburg!)

Bundesminister Dr. Riesenhuber

- (A) Sie haben hier von dem gesprochen, was an **neuen Techniken** anzugehen sei. Sie sagten, wir brauchten ein Umsteuern zu den Kohletechniken, die umweltfreundlich seien. Was wir in den letzten Jahren in den Energietechniken über ein großes Spektrum der Kohletechnik gemacht haben, war der Versuch — und in vielen Bereichen der gelungene Versuch —, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Kohle neue Märkte erschließt, im Wärmemarkt vorangeht, daß sie dezentral umweltfreundlich gefeuert werden kann. Das war die Technik der Wirbelschicht, der druckgefeuerten Wirbelschicht, das war eine Vielfalt von neuen Techniken, bei denen neue Märkte, neue Umweltfreundlichkeit für die Kohle erschlossen werden soll.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Dann helfen Sie doch beim Einsatz!)

Aber wir können hier nicht sozusagen von oben einer Technik vorgreifen, die noch nicht da ist. Das Zusammenspiel in der Energiepolitik ist immer das Zusammenspiel der Vielfalt aller Techniken, die wir haben können,

(Dr. Hauff [SPD]: Die Fernwärme ist da!)

und die Anstrengung, die bestmögliche Technik zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu kriegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Reine Lyrik!)

- (B) Wir haben, was für die Kohle an Zukunft aufgebaut werden kann, in den neuen Techniken vorangebracht.

Wenn hier wenig über die **Braunkohle** gesprochen wird, dann nicht deshalb, weil wir ihren Rang nicht kennen, sondern deshalb, weil sie bis jetzt über alle Regierungen hinweg in Ruhe und Stetigkeit ihre Arbeit tun konnte. Gerade in diesen Tagen haben wir die neue Stufe der Braunkohlevergasung, den Winklervergaser, eingeweiht. Dies ist nur ein Teil einer langfristigen Strategie, die für Stein- und Braunkohle Zukunft eröffnen soll in der Kohlevergasung, in der Kohleverflüssigung, in den neuen Kohletechniken. Wenn hier die Großanlagen im Moment noch nicht aufzubauen sind, werden wir die Zeit nützen — und das tun wir —, um alternative Prozesse zu entwickeln in Bottrop, in Fürstenhausen, in Laar, so daß wir dann, wenn wir die Verfahren brauchen, für unsere Kohle und für den Export der Techniken das Bestmögliche haben, nicht nur wirtschaftlich vernünftig, sondern auch umweltfreundlich, um die begrenzten Ressourcen zu nutzen. Hier ist die kostbarste Ressource in unserer Erde die Kohle. Deshalb bauen wir die neuen Techniken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was erreicht worden ist, z. B. in der Schichtleistung der Kumpel, in der Umweltfreundlichkeit, in der Humanisierung des Arbeitsplatzes, in der Sicherheit am Arbeitsplatz, in einem großen Spektrum von Techniken, war in einer großen Kontinuität über die Regierungen hinweg — ich möchte

- dies ausdrücklich sagen — die Voraussetzung dafür, daß wir Kohle erfolgreich einsetzen können. (C)

Sie sprachen von der Führung, Herr Ministerpräsident; Sie sprachen von der Stetigkeit. Jawohl, aber Führung bedeutet nicht, daß man sich der jeweils letzten Demoskopie anpaßt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Führung kann nur dann standfest sein, wenn sie die Sache ins Auge nimmt, wenn sie die neuen Probleme aufgreift, wenn sie mit Sensibilität die Fragen stellt, wenn sie immer wieder das prüft, was an Neuem aufkommt, aber dann auch entscheidet und auf die Entscheidung so Verlaß ist, daß Umwelt geschützt werden kann, daß Technik entwickelt werden kann, daß langfristige Energieversorgung gesichert werden kann. Nur dann ist Führung verläßlich, und nur dann verdient sie diesen Namen, aber nicht in der Einstellung auf den Moment.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ganz blasse Lyrik!)

Sie haben über die **Energieeinsparung** gesprochen, Herr Ministerpräsident. Dies ist wirklich einer der Punkte, bei dem wir im Markt — Herr Bangemann hat darauf hingewiesen — Fortschritte gemacht haben, die die meisten gar nicht sehen: Unser Energieverbrauch lag 1985 kaum über dem von 1973, aber unsere Wirtschaft ist ständig weiter gewachsen. Die, die sagen: Auch in Zukunft Energieeinsparung, und die, die vorschlagen, was wir an Verordnungen einführen sollen, sollen sehen, wie die Wirklichkeit aussieht. Ein zu dichtes Netz von Verordnungen setzt nicht die Initiative der Bürger frei, die sparen müssen; im Gegenteil, das hemmt die Initiative, die Tatkraft und den Unternehmungsgeist. Die Leute werden sich nicht darauf konzentrieren, Energie zu sparen, sondern darauf Vorschriften zu beachten oder zu umgehen. Wir setzen auf die Verantwortlichkeit des einzelnen. Dadurch haben wir enorme Fortschritte erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Also Verantwortlichkeit der Atomanlagenbetreiber!)

— Herr Kollege Schierholz, ich kann Ihnen mit Zuversicht sagen, — das sagen Meyer-Abich und Schefold, sie zitieren die Prognosen für das Jahr 2000 —: Das, was uns Prognos für das Jahr 2000 bei einer Fortsetzung unserer derzeitigen Energiepolitik an Energieeinsparungen voraussagt, entspricht dem, was Meyer-Abich und Schefold als Ziele setzen. Unsere Energiepolitik ist die Energiepolitik, die Innovationen ermöglicht, die die Initiative des einzelnen freisetzt und Energie in einer Weise spart, wie es in anderen Bereichen überhaupt nicht erreichbar gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Senfft [GRÜNE]: Alles Allgemeinplätze!)

Die Frage der neuen Techniken kann ich Ihnen auch konkreter beantworten: Wir haben eine Fülle

Bundesminister Dr. Riesenhuber

- (A) von Einzeltechniken entwickelt. — Sie kennen sie alle —: in den Kraftwerken, in den Industrieanlagen, die Nutzung von Abwärme, die Wärmeschiene Saar, Wärmeanlagen an der Ruhr. Jetzt haben wir bei der rationellen Energieverwertung die Chance einer neuen Generation neuer Techniken. Was wir auch anzugehen haben, sind Techniken, die schon aufgegeben schienen: MHD-Technik — Magnetohydrodynamik —; da haben wir neue Materialien. Bei der Brennstoffzelle haben wir neue Ansätze. Die Supra-Leitung mit einer erheblichen Einsparung in der Energieerzeugung ist eine neue Chance, weil wir neue Techniken haben. Ich will die Techniken nicht im einzelnen aufzählen. Ich will nur zeigen, daß wir eine Fülle von neuen Techniken anlegen, die wir so fördern, daß sie marktfähig werden. Durchsetzen umsetzen, zum Erfolg führen muß sie die Industrie. Dies kann der Staat nicht von oben her reglementieren. Hier müssen wir auf den Unternehmungsgeist der Unternehmer setzen. Dafür sind sie da.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben darüber gesprochen, daß wir den neuen Energien eine Chance geben müssen. Wir haben dies in den Gesetzen, in den Verordnungen gemacht, bei Windanlagen und Biomasse, die in § 82 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung sind. Wir haben sie überall dort neu angesetzt, wo neue Fragen sind.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das ist doch schlichtweg unwahr, was Sie sagen!)

- (B) Es gibt Techniken, die quasi fertig sind: Bei der Elektrowärmepumpe können Sie nichts mehr entwickeln. Wenn Sie es doch weiterführen, wird die Pumpe nicht besser, sondern sie versäuft im Geld.

Wir haben andere Gebiete, wo wir neue Fragen haben und zunehmend Geld draufsetzen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Und keine Antworten präsentieren, nichts tun!)

Wir haben die **Photovoltaik**; wir sind mit Photovoltaik ständig in höhere Förderbeträge gekommen. Wir sind nicht nur in höhere Beträge gekommen, sondern die Industrie hat jetzt wiederum den Preis für die Chips halbiert. Wir prüfen, was wir machen können, und verhandeln mit großen Firmen an großen Demonstrationsvorhaben: mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, mit den großen Herstellern. Es geht um Anlagen, die zeigen, was die Photovoltaik bei der Stromerzeugung leisten kann, wie auf diesem Wege Wasserstoff gewonnen werden kann, wie Wasserstoff speicherbar ist, wie er genutzt werden kann, welches sein Rang in einem langfristigen System sein kann.

Wir gehen in die nächste Dimension der **Windanlagen**. Damit meine ich nicht die Großprojekte wie GROWIAN — daraus haben wir etwas gelernt —, sondern ich meine das, was realistisch ist, was Serien ermöglicht, was alles nutzt, was vorhanden ist, was Techniken rechtzeitig vorbereitet.

Aber wir behaupten im Zusammenhang mit den neuen Techniken nicht, dies alles hätten wir schon. Wir entwickeln sie, wie sie sich uns darbieten. Wir

steigen nicht aus Techniken aus, bevor wir die neuen Techniken haben, in die wir einzusteigen haben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir tun gleichzeitig alles, um diese neuen Techniken rechtzeitig der Überprüfung zu unterziehen.

Wir arbeiten mit den Ländern der **Dritten Welt** zusammen. Wir haben mit den Ländern der Dritten Welt die **Solarenergieparks**, die dezentralen Parks, die schon meine Vorgänger angelegt haben, fortgeführt. Wir befinden uns da auf einer Lernkurve. Wir haben von Anlage zu Anlage mehr über die sinnvolle Integration von Sonne und Wind in neue Systeme gelernt. Wir haben auf Helgoland eine integrierte Anlage geschaffen. Überall da, wo wir die Chancen haben, neue Technik zu demonstrieren, tun wir das. Das gilt für alle Techniken.

Es wurde auch die **Kernfusion** genannt. Sie stellt eine langfristige Chance dar. Wir unterstützen und fördern sie nach Kräften, aber nicht mit der Behauptung, wir hätten sie schon. Nichts ist für die Entwicklung einer Technik gefährlicher, als wenn man Hoffnungen in sie weckt, die nicht begründet sind. Dann wird die Technik überfordert, dann bricht sie zusammen, bevor sie ausreifen konnte. Sie können nicht mit mehr Geld mangelnde Ideen ersetzen, sondern Sie können nur versuchen, durch eine vernünftige Förderung vorhandener Ideen die Zukunft zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU — Senfft [GRÜNE]: Dann fangen Sie endlich an!)

(D)

Herr Ministerpräsident, ich möchte durchaus auch das Stichwort vom **Schnellen Brüter** aufgreifen, das Sie in die Debatte geworfen haben. Ich sage in aller Ruhe: Die Frage ist, ob hier der Einstieg in die — wie Sie sagen — großtechnische Plutoniumwirtschaft gegeben ist. Es war bei allen Vorgängerregierungen und allen Vorgängern in meinem Amt Konsens, daß wir hier einen Forschungsreaktor, ein Demonstrationskraftwerk haben, daß wir damit eine Technik haben, die uns — so ist es damals von Ihnen formuliert worden, Herr Hauff — die Option auf eine Entscheidung in der Zukunft eröffnet, nicht mehr.

(Dr. Hauff [SPD]: Als Prototyp! Das war die Formulierung!)

— Die eine Option für die Zukunft eröffnet.

(Dr. Hauff [SPD]: Prototyp!)

Es ist nicht etwa ein Rückgang des internationalen Interesses zu verzeichnen. Japan baut jetzt einen Reaktor, der in Größe und Konzept mit Kalkar fast gleich ist. Die Engländer haben sich unserem Verbund angeschlossen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Und die USA?)

Ich sage nicht, daß dieses die Technik sein wird, aber ich sage, daß wir eine Technik, die wir in einem internationalen Verbund erforschen können, die die äußersten Sicherheitsstandards aufweist, die wir verwirklichen können, nicht aufgeben kön-

Bundesminister Dr. Riesenhuber

(A) nen, solange wir nicht wissen, wann wir diese Technik eventuell brauchen werden.

Wir müssen — dies war immer die Forderung aller meiner Vorgänger — die Optionen — so haben Sie gesagt — für die Techniken offenhalten.

(Senfft [GRÜNE]: Das heißt: Optionen für die Katastrophe!)

Nur dann, wenn wir die **Optionen** offenhalten, können wir zur rechten Zeit angemessen entscheiden. Dies ist die Politik, die wir hier betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie sagen nein zur **Wiederaufarbeitung**. Ich spreche jetzt nicht vom Verwertungsgebot des Atomgesetzes. Ich spreche davon, daß von Bundeskanzler Schmidt im Konsens mit den Ministerpräsidenten aller Bundesländer 1979 gesagt wurde: Dies ist die jetzt verfügbare genehmigungsfähige **Entsorgung**. Die Entsorgung ist die eigentliche Anforderung, der wir uns zu stellen haben.

Die Forderung der Kernenergiegegner lautete: Ihr könnt hier nicht einen Reaktor bauen und betreiben, wenn Ihr die Entsorgung nicht sichergestellt habt. — Deshalb bauen wir die Anlagen zur Entsorgung. Dann können jetzt nicht dieselben Personen sagen: Die Entsorgung ist falsch.

Wir müssen die Techniken dieser Generation verantwortlich beherrschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von den GRÜNEN: Das ist eine Vernebelung der Probleme!)

(B)

Vizepräsident Westphal: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Hauff?

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Der will doch nur stören!)

Ich muß Sie allerdings darauf aufmerksam machen, daß die Zeit, die Sie sich selbst vorgenommen haben, schon überschritten ist. Aber bitte, Sie haben das Recht zu reden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Er ist angeschlagen!)

Dr. Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie: Ich bitte um Verständnis. Ich habe in jeder Debatte hier Zwischenfragen erlaubt, aber heute ist mein Zeitplan sehr knapp.

Ich möchte hier eine letzte Bemerkung machen: Herr Ministerpräsident Rau, wir nehmen die grundsätzliche Frage, die Sie am Ende Ihrer Rede angesprochen haben, sehr ernst, die Frage, inwieweit das, was wir in der Technik — übrigens nicht nur in der Energietechnik — tun, sittlich verantwortbar sei. Ich kann von mir selbst sagen: Dies treibt mich sehr um.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben wir noch nicht bemerkt!)

— Dann lesen Sie einmal nach, was die Bischofskonferenz 1980 diskutiert hat. Dort gab es nämlich eine Eröffnungsrede, die von einer reinen Gesin-

nungsethik ausgegangen ist. Die Bischöfe haben damals darüber diskutiert und haben gesagt, daß **Kerntechnik** — und auch alle Technik — der sinnvollen Abwägung zu unterwerfen ist, daß nicht nur die Frage der **Verantwortbarkeit des Einsatzes** zu stellen ist, sondern auch die Frage der **Verantwortbarkeit des Verzichts**, daß beides hier erwogen werden muß.

(C)

Es gibt keine Energietechnik, die ohne Probleme ist. Herr Rau hat darauf hingewiesen, wie gefährlich Ölabhängigkeit sein kann. Bei Kohle spreche ich gar nicht von den Kosten, ich spreche auch von der Belastung der Umwelt, die wir ständig herunterdrücken. Wir können es anhand der unterschiedlichsten Techniken zeigen; keine ist unproblematisch.

(Gerstein [CDU/CSU]: Es gibt keine gefährlosen Energiequellen!)

Aber wir müssen schauen, daß wir in einer begrenzten Welt für eine wachsende Menschheit eine Zukunft eröffnen, so daß dauerhaft — so sagt Hans Jonas — menschliches, menschenwürdiges Leben auf dieser Erde möglich ist.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Zitieren Sie ihn mal weiter!)

Da gibt es nichts, was simpel, einfach und trivial ist, sondern wir müssen immer zwischen verschiedenen Techniken, die jeweils ihre Probleme haben, abwägen. Unsere Aufgabe ist es, die Probleme zu beherrschen und zu mindern. Unsere Aufgabe ist es gleichzeitig, die Zukunft so anzulegen, daß auch für künftige Generationen von Menschen menschenwürdiges Leben auf dieser begrenzten Erde nicht nur für einen begrenzten Zeitraum möglich ist, daß wir nicht in wenigen Generationen verbrauchen, was unwiederbringlich ist,

(D)

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

daß wir bei den Rohstoffen Grundlagen für künftige Generationen schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Was wir hier anlegen ist eine Energiepolitik, die in der Tat Perspektive hat. Sie ist gegründet auf der Sozialen Marktwirtschaft und auf der Offenheit für die Initiative des einzelnen. Sie nimmt Rücksicht auf die Umwelt mit strengen Gesetzen des Staates. Sie fördert die Innovationen und die Durchbrüche zum Neuen, die allein in einer begrenzten Welt das Überleben erlauben.

Dies ist eine Energiepolitik mit Perspektive. So ist dies im Energiebericht angelegt.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Nein!)

Herr Rau, wir würden gerne diese Perspektive in Ihren Aussagen sehen. Sagen Sie klar und deutlich: Wann wollen Sie aussteigen, wo wollen Sie einsteigen? Wir haben gesagt, wie wir die Zukunft begrün-

Bundesminister Dr. Riesenhuber

- (A) den wollen, und so werden wir die Zukunft auch gestalten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Eine Rede ohne Manuskript!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Minister für Umwelt und Energie des Landes Hessen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Staatsminister Fischer (Hessen): Meine Damen und Herren, wir wurden in dieser Woche Zeugen eines makabren Schauspiels, eines Gleichklangs der Systeme von Kommunismus und Kapitalismus, das einen an der menschlichen Vernunft und Einsichtsfähigkeit verzweifeln lassen könnte:

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: War das beim Par- teitag der GRÜNEN?)

Am Mittwoch dieser Woche, Herr Waigel, las man in den Zeitungen, daß die Sowjetunion in Tschernobyl den ersten Reaktorblock wieder in Betrieb genommen hat, ganze fünf Monate nach dieser säkularen Atomkatastrophe im Frühjahr dieses Jahres.

(Engelsberger [CDU/CSU]: Wo waren da Ihre Demonstrationen?)

Am selben Tag verkündete der Bundesatomminister Walter Wallmann, daß das Atomkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe ebenfalls ans Netz gehen könnte.

- (B) (Gerstein [CDU/CSU]: Wie kann man das vergleichen!)

Das also heißt bei Minister Wallmann und der Bundesregierung: „die **Ängste der Bevölkerung** ernst nehmen“. Das haben wir darunter zu verstehen. Ganze fünf Monate nach Tschernobyl hat es offensichtlich sein Bewenden mit der neuen Nachdenklichkeit und Sensibilität

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die haben nichts dazugelernt!)

gegenüber den Atomängsten der Bevölkerung. Jetzt hat es sich offensichtlich ausgeängstigt. Jetzt wird die Schraube in Richtung Atomstaat wieder kräftig angezogen.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Gestern durften und mußten wir erleben, wie sich die Bundesregierung unter dem verharmlosenden Namen eines „Strahlenschutz-Vorsorgegesetzes“ an der Informationsfreiheit und der Gesundheit der Bevölkerung im Falle einer atomaren Katastrophe fortan zu vergehen gedenkt.

Meine Damen und Herren, ginge es beim Ausstieg aus der Atomkraft nicht um Macht und sehr viel Geld, sondern allein um einen rationalen Diskurs, um die Berücksichtigung der besseren Argumente und um den Mehrheitswillen der Bürger, so müßte die Bundesregierung ihre Energiepolitik grundsätzlich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

(C) Alle nicht an die Interessen von Betreibern von Atomkraftwerken gebundenen Studien belegen nämlich, daß der Ausstieg möglich, machbar, ökologisch, ökonomisch und sozial verkraftbar ist.

(Beifall des Abg. Dr. Schierholz [GRÜNE])

Wir müssen der Bundesregierung ja dafür danken, daß sie ihren Beitrag zu solch objektiven Studien mit geleistet hat.

Ich halte die zentralen Argumente des Energieberichts über die Atomkraft für falsch; ja, ich halte sie für eine bewußte Irreführung, weil Sie es besser wissen, meine Damen und Herren von der Bundesregierung.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Nur Herren sind da!)

Eine Technik, die nicht versagen darf, weil sie sonst Schäden an Mensch, Umwelt und Natur anrichtet, die irreversibel sind und mit technischen Mitteln nicht mehr behoben werden können, die buchstäblich grenzen- und zeitlos sind, ist von Menschen nicht zu verantworten. Eine Technik, bei der Menschen niemals versagen dürfen, ist daher zutiefst unmenschlich.

Die bisherige **Technikentwicklung** beruhte auf dem grundlegenden **Prinzip von „Versuch und Irrtum“**. Technische Innovationen waren niemals von Anfang an fehlerfrei. Durch praktische Erfahrung konnten die Irrtümer der Vergangenheit korrigiert werden. Bei der Atomkraft ist dieses Prinzip der Technikentwicklung außer Kraft gesetzt. Menschliches Versagen — dies wissen wir seit Tschernobyl — ist bei der Atomtechnologie tödlich.

(D) Die „**Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke**“ aus dem Jahre 1979 errechnete als maximale Folge eines Super-GAU in der BRD 14 500 sofortige Todesfälle, in 20 bis 30 Jahren 104 000 Todesfälle infolge von Leukämie und anderen Krebskrankheiten. Bedenken wir dabei: Tschernobyl lag 130 km von der nächsten Großstadt, von Kiew entfernt; etwa 100 000 Menschen mußten evakuiert werden. Ein Super-GAU im AKW Stade oder Krümmel würde die Evakuierung der gesamten Bevölkerung von Hamburg und seiner Umgebung erfordern, bei Biblis in Hessen die Evakuierung von über 2 Millionen Menschen im Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Gebiet.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie soll das im Ernstfall jemals funktionieren? Wohin wollen Sie die Menschen evakuieren? Wie können Sie solch monströse Zukunftsaussichten, allein um angeblich niedrigerer Energiepreise willen, vor sich selbst tatsächlich verantworten?

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Augen zu und durch!)

Wie können Sie das vor Ihrer Familie, vor Ihren Kindern verantworten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber unsere Atomkraftwerke — damit komme ich zum entscheidenden Argument der Bundesregierung — sind ja die sichersten in der Welt; wir haben es heute wieder gehört. Woher wissen Sie

Staatsminister Fischer (Hessen)

- (A) das eigentlich? Wo sind die Beweise? Es gibt keine einzige international vergleichende Studie, die beweist, daß westdeutsche Atomreaktoren die sichersten auf der Welt sind. Auch Herr Bangemann oder Herr Kohl wissen es nicht, aber

(Zuruf von den GRÜNEN: Die haben ja keine Ahnung!)

sie glauben es, sie behaupten es, ebenso wie Frau Thatcher kraft Amtes die englischen AKW zu den sichersten in der Welt erklärt, Reagan die amerikanischen, Gorbatschow die russischen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Was ist mit Mit-
terrand?)

Kurz gesagt: Die jeweiligen Regierungen erklären jeweils ihre AKW zu den sichersten. Es ist sozusagen die Herrschaft des Superlativs, die wir hier vorfinden.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Zentrale des To-
des!)

Aber Gott sei Dank haben wir ja noch unsere unabhängigen regierungsnahen oder sogar regierungsamtlichen **Experten**. Erst kürzlich hat der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Professor Birkhofer, für westdeutsche Atomreaktoren einen dem französischen Atomkraftwerk **Cattenom** vergleichbaren Sicherheitsstandard festgestellt. Wer es bis dahin noch nicht wußte, erfährt aus berufenem Munde, wie es um die Sicherheit der sichersten Atomkraftwerke der Welt steht.

- (B) Bei dem bisher größten Zwischenfall, welcher der letzte in einer ganzen Reihe von Pannen und Zwischenfällen in Cattenom war, bemerkte die Bedienungsmannschaft angeblich stundenlang nichts davon, daß sich ein Fluß von der Größe der Mosel in den Kraftwerkskeller verirrt hatte, weil, so die Erklärung, angeblich ein Schieber nicht geschlossen werden konnte. Ich halte dies für eine makabre Groteske!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach dem Bekanntwerden des technischen Desasters wird unter Anleitung von Minister Wallmann ein Informationsdesaster angerichtet, das dem von Tschernobyl vier Monate vorher in nichts nachsteht, nur daß hier nicht eine finstere kommunistische Diktatur, sondern die enge Zusammenarbeit zwischen einem französischen Staatsmonopolunternehmen und einem CDU-Atomminister die **Informationsfreiheit** bedrohte.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Und das ist ge-
nauso finster!)

Da wird erst erklärt, es seien 8 000 m³ Kühlwasser ausgetreten, und nach einigen Tagen stellt sich heraus, daß es 400 000 m³ waren. Alle Lobpreisungen der „internationalen Zusammenarbeit“ bei der Information über Atomzwischenfälle erweisen sich als das, was sie sind: als blanker Unsinn.

Meine Damen und Herren, während die saarländische Landesregierung und die rheinland-pfälzische Landesregierung tagelang im dunkeln tappen, wird der zuständige Atomminister einen Tag nach dem Bekanntwerden des Zwischenfalls abends im

Fernsehen gefragt, ob er über die **Ereignisse in Cattenom** informiert sei und was er denn zu tun gedenke. Die Antwort verdient es, zitiert zu werden. Originalton Wallmann:

Wir befinden uns ständig in Kontakt mit Frankreich, und natürlich ist uns dieser Störfall Veranlassung gewesen, erneut Kontakt aufzunehmen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Und es wird ge-
prüft!)

Um 5.30 Uhr gestern sind die verschiedenen in Betracht kommenden Instanzen von Frankreich, von den dortigen Behörden, informiert worden. Wir selbst hier in Bonn sind heute morgen unterrichtet worden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

(Tatge [GRÜNE]: Und die ganze Brühe in
der Mosel!)

Zwei Tage nach dem Zwischenfall hieß es, jetzt kommt es wieder:

Ich habe Kontakt aufgenommen mit der französischen Botschaft, und ich habe gesprochen mit dem Vorsitzenden unserer Reaktorsicherheitskommission, Professor Birkhofer. Er hat inzwischen Kontakt aufgenommen mit seinem französischen Kollegen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es wäre zum Lachen, wenn dies alles nicht bitterer Ernst wäre, dieses elende Kontaktgeschwafel, hinter dem sich letztendlich ein fahrlässiger Umgang mit Sicherheitsfragen in der Atomenergie verbirgt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von
der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, was der Energiebericht zum Thema „Sicherheit“ zum besten gibt, bietet in der Tat Stoff für eine weitere traurige Satire. Da wird schon auf Seite 2 behauptet, die deutschen Atomkraftwerke seien sicher und die praktische Erfahrung von Tschernobyl habe daran nichts geändert. Ein paar Zeilen darunter wird dann festgestellt, die **Sicherheit** müsse weiter erhöht werden. Die sichersten Atomkraftwerke der Welt werden also noch sicherer als die sichersten schon sind.

(Gerstein [CDU/CSU]: Ist das falsch?)

Auf Seite 4 wird gefordert, die deutschen Atomkraftwerke auf eventuell notwendige **technische Verbesserungen** zu überprüfen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Keine Ahnung!)

Untersuchungen und Forschungsarbeiten zu diesem Thema zu überprüfen und die Reaktorsicherheitsforschung auszuweiten. Hinzugefügt wird im Energiebericht ganz trocken, dies alles sollte bis zum Ende des Jahres erledigt sein.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ein glatter
Witz!)

Die hessische CDU des Herrn Wallmann ist da im Hessischen Landtag wesentlich ehrlicher gewesen. Sie schlug dort als Konsequenz dieser alten und

Staatsminister Fischer (Hessen)

- (A) neuen Atomenergiepolitik und als Konsequenz aus der Tschernobyl-Katastrophe vor, den Bunkerbau in Hessen zu intensivieren.

Und auch die eigentliche Aufgabe des Bundesatomministers ist in den letzten Monaten deutlicher geworden. Sie besteht offenbar ausschließlich in der Produktion von Sicherheitslyrik, d. h. in der Bearbeitung der Gefühle und Ängste der Menschen,

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

nicht aber in der Änderung technischer Gegebenheiten und der Beseitigung der realen Gefahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb stützt er sich bei seinen Vorschlägen auch auf die praktischen Erfahrungen des Alltagslebens, z. B. wenn er den Gedanken lanciert, das **Containment von Atomkraftwerken** künftig mit einem **Sicherheitsventil** auszustatten, um so das Bersten im Falle eines Super-GAU zu verhindern. Das ist das in jedem Haushalt bekannte Teekesselprinzip! Wenn es also fortan in einem der deutschen Atommeiler zu heiß wird und sich bei einer Kernschmelze ein Überdruck bildet, pfeift nach unserem Bundesatomminister der deutsche Meiler eine atomare Wolke ab. So einfach ist das also, folgen wir Herrn Wallmann und der Bundesregierung.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ein Pfeifenkopf!)

- (B) Was will Herr Wallmann uns damit praktisch sagen? Daß die Atomkraftwerke doch nicht ganz so sicher sind, daß ein Super-GAU am Ende selbst bei den sichersten Atomkraftwerken der Welt, den deutschen, doch möglich ist, daß das Containment doch nicht stabil genug ist, um den Druck eines Kernschmelzunfalls auszuhalten?

Meine Damen und Herren, der Zynismus, mit dem hier über erfahrungsbegründete Ängste hinweggeredet wird, ist so offensichtlich, daß selbst bewährte Gefolgsleute der konservativen Regierung die Gefolgschaft aufkündigen. So etwa jüngst Professor Wilhelm Hennis, Ordinarius für politische Wissenschaften an der Universität Freiburg und Gründungsmitglied des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“, also wahrhaftig kein Sympathisant der GRÜNEN. Er schreibt — ich zitiere —:

Die Konsequenzen eines zerstörten Reaktors für die nach uns Kommenden hatte auch ich nie bedacht. Bedenkt sie eigentlich Minister Wallmann bei der von ihm geforderten „Nachrüstung“ von Atomkraftwerken? Für den Fall, der bisher als ganz unwahrscheinlich galt?

Und er stellt fest — ich fahre im Zitat fort —:

Die Möglichkeit eines GAU in einem deutschen Atomkraftwerk ist seit einigen Wochen offizieller Bestandteil der Kernenergiepolitik dieses Landes. Selbst wenn die unmittelbaren Folgen in der Umgebung eines Kernkraftwerks durch den Einbau der vorgesehenen Ventile geringer sein würden als im April in Tschernobyl — die Ewigkeitsfolgen wären die gleichen. Hat Wallmann auch sie moralisch einkalkuliert?

— Ende der Frage; Ende des Zitats.

(C)

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das Schreiben liegt bei Wallmann in der Schublade!)

Soweit also die geänderte Meinung eines hervorragenden intellektuellen Vertreters der neokonservativen Wende. Die Antwort von Kohl und Wallmann ist leider — ich sage hier: leider — so einfach wie düster: Brokdorf geht ans Netz!

Vizepräsident Westphal: Herr Minister, bitte, ich muß Sie einen Moment unterbrechen! — Von der Geschäftsordnung her habe ich zwar nicht die Möglichkeit, einem Minister die Rede zu beenden. Aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit, die Ihre Fraktion mit den anderen vereinbart hat, nun vorüber ist. Ich bin insoweit schon großzügig gewesen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Er gehört nicht zu unserer Fraktion! — Vogel [München] [GRÜNE]: Da werden wir Widerspruch einlegen!)

— Entschuldigung! Dies ist, wie mir mitgeteilt worden ist, eine Vereinbarung der Geschäftsführer. Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, Herr Minister.

Staatsminister Fischer (Hessen): Herr Präsident, ich danke für den Hinweis. Ich weiß, daß der einzige grüne Minister in dieser Republik irgendwie quer zu allen Vereinbarungen steht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schon einer zuviel!)

(D)

Ich bedauere dies zutiefst. Ich nehme an, im nächsten Jahr wird sich das anders regulieren.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)
— Beckmann [FDP]: Schönen Gruß an Herrn Rau!)

Ich nehme also den Hinweis dankend auf und bitte darum, mich meine Rede jetzt zu Ende bringen zu lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Setzen Sie sich zu Herrn Rau!)

Ich halte das ganze Gerede — vor allem von dem technisch besonders versierten Bundesatomminister — über Containment, kontrollierte Freisetzung von Radioaktivität durch ein Notventil und fehlerverzeihende Technik

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Der hat doch von Technik keine Ahnung!)

nur für ein Ablenkungsgerede von der eigentlichen Sache.

Die Mitgliederzeitschrift des Vereins Deutscher Elektrotechniker ist da ehrlicher. Ihre September-Ausgabe erscheint mit der Hauptüberschrift „Die abwegige Idee des Ausstiegs. Nutzung der Technik heißt auch Bereitschaft zum Risiko“. Also, meine Damen und Herren von der Union, warum sagen Sie nicht offen, daß Sie diese **Bereitschaft zum Risiko** bei der Atomkraft von uns, von der Bevölkerung, fordern? Das wäre ehrlicher, und allein darum geht es und nicht um neue Nachdenklichkeit.

Staatsminister Fischer (Hessen)

- (A) Daß der Ausstieg aus der Atomkraft in der Bundesrepublik heute trotz eines Atomstromanteils von gegenwärtig etwa 36 % sofort möglich ist, das haben ironischerweise die großen Verbund-EVU und AKW-Betreiber durch ihre Politik des maximalen Kapazitätsausbaus und durch die extremen Fehlinvestitionen in **Gas- und Ölkraftwerke** der 70er Jahre selbst ermöglicht. Dabei handelt es sich im Gegensatz zu einigen Atomkraftwerken keineswegs um Schrottmühlen, wie der Energiebericht der Bundesregierung suggeriert.

Zwischen 1970 und heute wurden mehr als 15 000 MW Öl- und Gaskraftwerke weitgehend für die Grundlastenstromerzeugung zugebaut, die heute nur zur Spitzenlastenreserveabdeckung eingesetzt werden. Sie müßten, um den kurzfristigen Ausstieg zu ermöglichen, wieder in Betrieb genommen werden, wobei durch Begleitmaßnahmen, wie sie hier im Hause bereits ausführlich diskutiert und vorgestellt wurden, die Emissionen gesenkt werden können.

Auch die mittel- und langfristigen Möglichkeiten einer **anderen Energiepolitik** sind bekannt, und sie werden in anderen hochindustrialisierten Ländern mit großem Erfolg praktiziert.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von den GRÜNEN: Dänemark!)

Das Land Hessen fördert solche Alternativen — ich hoffe, Bayern wird sich demnächst anschließen —,

- (B) (Zuruf von der CDU/CSU: Die haben das schon!)

die weniger fossile Energieträger benötigen, weniger Schadstoffe und Kohlendioxid emittieren und weniger Kosten verursachen als der Irrweg der Atomtechnologie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Tatsache ist: Wenn man die 5 Milliarden DM, die ein Atomkraftwerk kostet, in **Energiespartechiken** investiert oder investieren würde, dann kann man damit weit mehr Kilowattstunden einsparen, als ein Atomkraftwerk jemals erzeugen kann. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein nach dänischen und schwedischen Normen wärmegeprägtes Haus braucht nur ein Drittel bis ein Fünftel der Energie eines bundesdeutschen Neubaus bei gleichem Komfort.

Dasselbe gilt für rationelle Energienutzung. Dänemark z. B. baut seit zehn Jahren ausschließlich Kraftwerke, die sich zur Auskoppelung von Fernwärme eignen, und hat bei der Fernwärme einen Anschlußgrad von 36 % erreicht. Die Bundesregierung hält in ihrem Energiebericht dagegen bereits eine Erhöhung des Anschlußgrades hierzulande auf 8 % für wenig realistisch. Das sind die Fakten, Herr Riesenhuber. Das sind die Unterschiede. Sie werden nicht sagen können, daß es den Dänen schlechter geht als uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade die Fernwärmenutzung ist nicht nur wegen der Energieersparnis, sondern vor allem wegen des

Wegfalles der Emissionen aus dem Hausbrand extrem umweltfreundlich. (C)

Die Bundesrepublik, meine Damen und Herren, hängt in bezug auf praktisch alle Einspartechiken weit hinter dem internationalen Niveau zurück, ganz anders, als Sie es gerade behauptet haben.

(Beifall des Abg. Dr. Schierholz [GRÜNE])

Diesbezüglich ist die Bundesrepublik technologisches Entwicklungsland.

Was technisch-politisch von Ihnen gewollt wird, Herr Riesenhuber — dazu hätten Sie etwas sagen können —, erkennt man am **Forschungsetat**. Ganze 201 Millionen DM stehen 1986 für erneuerbare Energiequellen und Einspartechiken zur Verfügung.

(Senfft [GRÜNE]: Ein Witz!)

1982 waren es noch 315 Millionen DM. Die Tendenz ist, wie sich aus der mittelfristigen Finanzplanung ergibt, weiter sinkend. Das sind Fakten und keine allgemeinen, erbaulichen Sprechblasen, wie wir sie vorher gehört haben. Mehr als das Fünffache, Herr Riesenhuber, über 1,1 Milliarden DM, werden allein für die Forschung auf dem Atomsektor verbraucht, die Milliardensubventionen für Wackersdorf und Kalkar nicht gerechnet.

Hier, meine Damen und Herren, wird die Entwicklung in einem Zukunftstechnologiesektor — darauf sind Sie sonst immer so scharf — ganz einfach verschlafen oder, was noch schlimmer wäre, bewußt verhindert. (D)

Der **Energiebericht der Bundesregierung**, meine Damen und Herren, wischt Tschernobyl einfach weg, als ob nichts passiert wäre. Er schreibt in dumpfer Sturheit die bisherige Atomenergiepolitik fort. Er ignoriert alle praktischen Beispiele und alle Untersuchungen über Alternativen bei der Energieversorgung. Begründet wird diese Dienstleistung an der Atomlobby mit schlichten Unwahrheiten — um diese nicht gar Lügen zu nennen. Vier sind es an der Zahl.

Die erste Unwahrheit oder Lüge ist die Behauptung, deutsche Atomkraftwerke seien sicher. Das ist dieselbe Behauptung, die auch die Regierungen in anderen Ländern aufstellen. Hunderte von **Störfällen** auch in deutschen Atomkraftwerken werden ignoriert. Dazu wird hier nichts gesagt.

(Gerstein [CDU/CSU]: Erzählen Sie einmal, was das für Störfälle sind!)

Vernünftige Argumente dafür werden nicht genannt. Es gibt nur Aussagen von Experten, die von der Atompolitik gut leben.

Die zweite Unwahrheit, die zweite Lüge, auf der dieser Energiebericht aufbaut, ist die Kostenlüge. Tatsache ist, daß die drei Verbundenergieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik, die die höchsten Strompreise verlangen, nämlich die Energie-Versorgung Schwaben, die Hamburgischen Electricitäts-Werke und das Badenwerk, Energie-

Staatsminister Fischer (Hessen)

- (A) versorgungsunternehmen, mit einem hohen Anteil von Atomstrom sind.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: So ist es!)

Auch international gibt es keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen **Atomstromanteil und Strompreisen**. So hat Frankreich den vierthöchsten Strompreis für die Industrie und den sechsthöchsten Strompreis für Haushalte in vergleichbaren Ländern. Gleichzeitig hat Frankreich einen Atomstromanteil von fast 60%.

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Daß Ihnen diese Fakten nicht passen, daß Ihnen nicht paßt, daß solche Fakten hier im Bundestag vorgetragen werden, leuchtet mir vollkommen ein. Trotzdem werden Sie sie sich bis zum Ende anhören müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kleinert [Hannover] [FDP]: Das ist eine Folge der Verstaatlichung!)

— Sie meinen also, die Preise wären niedriger, wenn die Franzosen privatisieren würden?

(Kleinert [Hannover] [FDP]: So ist es!)

— Nun warten wir einmal ab. — In Dänemark hingegen, das überhaupt keine Atomkraftwerke betreibt, ist sowohl Industrie- als auch Haushaltsstrom billiger als in der Bundesrepublik.

Daß eine Umorientierung der Energieversorgung auf eine sparsame, rationelle und dezentrale Energiestruktur **Arbeitsplätze** oder gar die **technologische Entwicklung** gefährden würde, ist eine reine Zweckbehauptung. Das Gegenteil ist der Fall. Der Aufbau einer solchen neuen Energiestruktur wäre das umfangreichste und ökologisch sinnvollste Modernisierungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm für die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bedenken Sie eines, meine Damen und Herren: Die deutsche Kohleförderung würde durch eine umweltfreundliche Nutzung der heimischen **Kohle** auf Dauer gesichert, während sie gegenwärtig durch den Atomstrom vom Markt verdrängt zu werden droht. Es ist nicht wahr, daß Kohle und Atomkraft auf Dauer nebeneinander existieren werden. Das wissen Sie so gut wie ich. Wenn Sie den Weg in den Atomstaat weitergehen, wird er vor allem auf dem Rücken des Ruhrgebiets und der Kumpel gegangen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ich bedaure in diesem Zusammenhang, daß manche Gewerkschafter dies bis heute noch nicht erkannt haben. Ich bedaure, daß der DGB die Chance nicht nutzt und sich nicht an die Spitze der Ausstiegsbewegung stellt. Denn ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm, wie er es fordert, hätte er im Falle des Ausstiegs bei maximaler sozialer und Umweltverträglichkeit.

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Ich komme gleich zum Schluß.

(C) Die dritte Unwahrheit, meine Damen und Herren, ist die Emissionslüge, wie ich es mal nennen will. Ausgerechnet diejenigen, die die Totengräber des Waldes waren und sind, die sich zu keiner Verminderung der Stickoxidemissionen im Verkehr bereit fanden und die die Entgiftung der Großfeuerungsanlagen auf Druck der Industrie immer wieder vertagten, rechnen jetzt die **Luftbelastung** gegen die katastrophalen Schäden der Atomenergienutzung auf.

(Gerstein [CDU/CSU]: Sie haben wohl noch nie was vom Katalysator gehört!)

— Hören Sie doch mit Ihrem Katalysator auf! Wenn Sie ihn tatsächlich eingeführt hätten, würde ich Beifall klatschen und sagen: Weiter so, CDU! Was Sie erreicht haben, ist doch, daß der geringste Teil der Autos mit Katalysatoren ausgerüstet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der SPD: 0,7%!)

— 0,7%. Das ist genau das, was wir an Ihnen kritisieren. Genauso haben Sie sich bisher geweigert, unverbleites Benzin tatsächlich zur Marktführung zu bringen.

Meine Damen und Herren, die Alternative bei der Luftbelastung gegenüber der Atomenergie heißt nicht entweder-oder, sondern weder-noch.

(Gerstein [CDU/CSU]: Ihr wollt also gar nichts!)

(D) Es ist praktisch bewiesen, daß durch das Energiesparen und durch die Nutzung umweltfreundlicher Energietechniken die **Belastung der Wälder durch Luftschadstoffe** sehr viel wirksamer gesenkt wird als durch alles, was die Bundesregierung in ihrer Energie- und Verkehrspolitik bisher geleistet hat.

Auch über die Gefährdung der Atmosphäre durch CO₂ sollte nicht reden, wer gleichzeitig die Stromheizung und die Kohleverflüssigung propagiert,

(Beifall bei den GRÜNEN)

also Techniken, die nur einen winzigen Bruchteil — das wissen Sie, Herr Riesenhuber — der eingesetzten Energie beim Endverbraucher ankommen lassen.

Die vierte Unwahrheit ist die Rede von der **Dritten Welt**. Ich finde diese Argumentation moralisch am bedenklichsten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Zynismus! — Zuruf von der CDU/CSU: Die Fischer-Moral!)

Die Schonung von Energieressourcen für die Menschen in der Dritten Welt, die darauf angewiesen sind, billige Energie zum Kochen, zum Heizen und zum Wirtschaften zu haben, als Vorwand für den weiteren Ausbau der Atomwirtschaft zu nehmen ist für mich ein einsamer Höhepunkt von Wallmanns Argumentation. Die Atomkraftnutzung kann zur Lösung der Weltenergieprobleme nichts beitragen. Im Gegenteil, die Atomkraftwerke, die zum Beispiel von der Bundesrepublik auf die Philippinen und in den Iran oder die von anderen westlichen Ländern in die Dritte Welt geliefert wurden, haben sich bei näherem Hinsehen als hochgefährlicher Schrott er-

Staatsminister Fischer (Hessen)

- (A) wiesen, mit dem findige Unternehmer die korrupten Regierungen dieser Länder letztlich betrogen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Und hier die Mär von der Importkohle zu verbreiten, die wir angeblich den Ländern der Dritten Welt wegkaufen, Ländern, die die Preise für diese Kohle schon heute nicht im entferntesten bezahlen könnten, wenn sie sie kaufen wollten, finde ich ebenfalls unverfroren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unverfroren ist Ihr Auftreten hier! — Gerstein [CDU/CSU]: Sie reden an der Wirklichkeit vorbei!)

Es ist nicht die Anti-AKW-Bewegung und es ist nicht die Opposition gegen die Atomkraftwerke, die die Handelsbedingungen und die Warenströme sowie die Ungleichheit zwischen Nord und Süd, das Nord-Süd-Gefälle, zu verantworten haben. Es ist auch nicht die Anti-AKW-Bewegung und es ist nicht die Opposition gegen die Atomenergie, die Waffen exportiert, anstatt regenerative Energietechniken zu entwickeln und in diese Länder zu exportieren.

Wer der Dritten Welt helfen will, der muß die Nutzung anderer Energiequellen, zum Beispiel der Sonnen- und der Windenergie,

(Kittelmann [CDU/CSU]: Es ist doch Illusion, zu glauben, man könne damit der Dritten Welt helfen!)

- (B) die dort wirtschaftlich und dezentral eingesetzt werden können, fördern.

Wenn die Bundesregierung plötzlich zu der Absicht gekommen sein sollte, ihre moralische Verpflichtung gegenüber der Dritten Welt ernst zu nehmen, dann sollte sie lieber damit aufhören, mit den weißen Rassisten in Südafrika Geschäfte zu machen, und den geforderten Sanktionen endlich zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Nutzung der Atomenergie hat seit Tschernobyl ihre Unschuld verloren. Bis zu der Katastrophe in der Ukraine konnten die Atomenergiebefürworter sagen, sie hätten nichts gewußt. Das gilt heute nicht mehr. Heute wissen sie ganz genau, was sie tun.

Ich finde es zum Verrücktwerden: Die Alternativen sind da, die **Alternativen** sind bekannt, und die Alternativen sind finanzierbar. Die **Risiken der Atomenergie** sind für jeden erkennbar. Sie sind weder gegenüber der jetzt lebenden noch gegenüber den späteren Generationen politisch und moralisch zu verantworten. Die Bundesregierung antwortet darauf monoton wie der Esel, der da drischt: Wir steigen nicht aus.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Weiter wie bisher!)

Noch ein Argument, meine Damen und Herren. Eine Diktatur wie die Sowjetunion hat die Katastrophe politisch relativ unbeschadet überstanden. Aber was passiert eigentlich mit einem Staat wie der Bundesrepublik, der Informationsfreiheit, Frei-

(C) zügigkeit, freie Arztwahl, eine freie Auswahl bei der Nahrungsmittelversorgung und andere Rechte garantiert? Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik als freiheitlicher Staat, als freiheitlicher Verfassungsstaat, als **Demokratie** wäre nach einer vergleichbaren Katastrophe in diesem kleinen, dicht besiedelten Land nicht mehr wiederzuerkennen. Ich finde es auch völlig verrückt, daß man von einem Energieerzeugungssystem, vom Festhalten an einer hochgefährlichen Technologie die Verfassung, die Freiheit und das Wohl der Bevölkerung abhängig macht. Ich kann das nicht verstehen.

Aber die Bundesregierung verkündet weiter völlig ungerührt: Wir steigen nicht aus — gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und obwohl ihr die Alternativen bekannt sind, durch Gutachten belegt, die sie selbst in Auftrag gegeben hat. Ich halte dies, was hier im Hause heute von der Regierungsseite gesagt wurde, für ein Trauerspiel,

(Beifall bei den GRÜNEN)

für genauso ein Trauerspiel wie dieser Energiebericht, der ein klassisches Dokument zu der Frage ist:

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Sie kommen sogar noch auf den Energiebericht zu sprechen! Ist ja stark!)

Wie hintergeht eine Regierung ihr Volk? Muß denn auf Harrisburg, Tschernobyl erst noch ein deutscher Name folgen, bevor Sie endlich umkehren und aussteigen aus der Atomenergie?

(D) Lassen Sie mich ein Allerletztes sagen, weshalb wir aussteigen müssen

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Sie werden nicht jetzt schon aufhören! Der Herr Rau hat so viel Spaß an Ihnen! — Weiterer Zuruf des Abg. Kittelmann [CDU/CSU])

— auch allein, Herr Kittelmann —: Im Falle eines weiteren Super-GAU werden Sie, werde ich, werden wir gemeinsam mit unseren Familien

(Hornung [CDU/CSU]: Auswandern!)

froh sein für jede hundert Kilometer, die zwischen uns und dem Ort einer atomaren Katastrophe liegen werden. In Frage steht doch nicht mehr, ob ausgestiegen wird, in Frage steht nur noch der Preis, der bis dahin gezahlt werden muß. Und wenn Sie so weitermachen, meine Damen und Herren, wird der Preis furchtbar sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall bei den GRÜNEN — Gerstein [CDU/CSU]: Sie spielen mit der Angst! — Pfeffermann [CDU/CSU]: Das sind die Bündnispartner der SPD für die Zukunft!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, bitte schön.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Haben wir heute nur Minister hier zum Reden, oder kommt auch mal ein Abgeordneter dran?)

- (A) **Dr. Wallmann**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Sprache kann einen Menschen verraten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Sprache von Herrn Fischer hat deutlich gemacht, wer er ist und welchen Respekt er vor der Meinung anderer hat.

(Vosen [SPD]: Seien Sie nicht so selbstsicher!)

Wer Begriffe wie „Lüge“ hier in die Diskussion einer so ernsten Frage einführt, wer einem Mann wie Heinz Riesenhuber Sprechblasen unterstellt, dem will ich sagen:

(Senfft [GRÜNE]: Der hat recht! — Ströbele [GRÜNE]: Wenn man Sie hört, kann man nur sagen: Er hat recht!)

Dieser Minister Dr. Riesenhuber unterscheidet sich z. B. dadurch von uns, daß er nicht nur ein exzellenter Politiker, sondern ausgewiesener Naturwissenschaftler dazu ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Senfft [GRÜNE]: Und Sie machen es dem Riesenhuber jetzt nach: Sprechblasen!)

Wer von „Sprechblasen“ redet, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß zur Kenntnis nehmen, daß dieser Forschungsminister einen Haushalt übernommen hat, in dem 200 000 DM für **Forschungsprojekte** im Hinblick auf **Waldschäden** vorgesehen waren, daß der Projektbestand bei diesem neuen Forschungsminister, seit vier Jahren im Amt, 75 Millionen DM beträgt und in diesem Jahr alleine etwa 25 Millionen DM ausgegeben werden.

(B)

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Das ist die Realität! — Senfft [GRÜNE]: Aber gehandelt wird nicht! — Vosen [SPD]: Welche Schlüsse ziehen Sie denn daraus?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies spricht alles für sich, und ich hoffe, daß möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger diese Rede hier eben gehört haben

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und vorher die Rede des Bundesforschungsministers. Daran wird deutlich, wer sich wie mit den Fragen auseinandersetzt und wer nichts anderes vorhat, als Stimmung zu machen.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Und dann die Taten in Hessen mal vergleichen!)

Und was die Frage des Energieberichtes anlangt — ich komme noch einmal darauf zurück; dann muß ich leider auch Sie, Herr Ministerpräsident Rau, ansprechen —,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wieso „leider“?)

habe ich vor allem den Eindruck, daß Sie diesen Bericht gar nicht gelesen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Ministerpräsident Rau: Eine Unterstellung! — Mann [GRÜNE]: Ist aber sehr billig, was Sie hier vortragen!)

Man kann ja eine andere Meinung vertreten, aber ich komme darauf noch einmal zurück. — (C)

Gestatten Sie, daß ich nur eine Bemerkung zu **Brokdorf** mache. Brokdorf übrigens soll, wie ich der Presse wie Sie entnehmen konnte, nach Meinung der ÖTV ans Netz gehen. Also nicht nur CDU/CSU, FDP, Bundesregierung und die zuständige Landesregierung in Schleswig-Holstein sind der Auffassung, daß hier genehmigt werden sollte, sondern auch die ÖTV ist dieser Meinung. Brokdorf und Tschernobyl in einem Atemzug zu nennen, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt entweder totale Unkenntnis

(Ströbele [GRÜNE]: Brokdorf wird schlimmer!)

oder völlige Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dahinter steht nichts anderes, als den Menschen zu suggerieren, **Tschernobyl** sei in der Bundesrepublik Deutschland möglich.

(Mann [GRÜNE]: Das ist ja auch richtig! Das ist ja auch die Wahrheit! — Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Es ist ja ungeheuer, was Sie sagen!)

Dies ist falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Vogel [SPD]: Sind Sie sich dessen bewußt, was Sie soeben gesagt haben?)

Sie wissen ganz genau: Bei diesem Reaktortypus gibt es weder ein Containment noch eine Fernüberwachung noch Simulatoren noch inhärente Sicherheit noch Trainee-Programme. Dies ist von den Vertretern der Sowjetunion auch ausdrücklich so bestätigt worden.

(D)

(Abg. Dr. Hauff [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Nein, Herr Hauff, Sie mögen nachher in einem eigenen Beitrag dazu Stellung nehmen. Sie haben bei letzter Gelegenheit davon gesprochen, **Harrisburg** und Tschernobyl seien in gleicher Weise zu beurteilen. In Harrisburg ist es Gott sei Dank nicht so gewesen wie in Tschernobyl, daß die Isotopen herausgeschleudert worden sind. Dort gab es ein Containment. Niemand verharmlost an irgendeiner Stelle.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage bei dieser Gelegenheit auch: Für mich ist eine dreifache und vierfache **Sicherheit**, wenn wir sie erreichen können, dringlich geboten. Mir reicht im Interesse der Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in unserem Land nicht die einfache oder die doppelte Sicherheit.

(Mann [GRÜNE]: Und welche Konsequenzen haben die Amerikaner schon aus Harrisburg gezogen!)

Sie Herr Fischer, als Minister eines Bundeslandes nehmen hier nicht ein einziges Mal die Gelegenheit wahr, um etwa darzustellen, was Sie in den vergangenen Jahren eigentlich geleistet haben. Was haben Sie denn — etwa wie wir — getan? Wasser-

Bundesminister Dr. Wallmann

- (A) haushaltsgesetz, Abwasserabgabengesetz, Großfeuerungsanlagen-Verordnung, Technische Anleitung Luft, Schadstoff-Verordnung, Chemikaliengesetz: Sie haben nichts dergleichen gemacht. Sie haben einen Entwurf eingebracht, und sind sofort von der Staatskanzlei zurückgepiffen worden, weil man wußte: Das alles war mit der Verfassung nicht in Übereinstimmung zu bringen. Das ist die Lage, in der wir uns wirklich befinden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen auch: Bei uns werden Experten nicht nach dem zahlenmäßigen Stärkeverhältnis der Fraktionen berufen, wie das beispielsweise in Hessen der Fall ist, etwa nach dem Motto: Drei darfst du, und drei dürfen wir; und dann setzt man sich zusammen. Schließlich ist noch einer in dieser Expertenrunde, von dem der zuständige Technikminister des Landes Hessen vorher gesagt hat: Die Qualität dieses Mannes reicht nicht aus. Dann wird gedient, und dann wird gesagt: Jawohl, wir ziehen mit.

(Mann [GRÜNE]: Es ist unglaublich, was für Unwahrheiten Sie hier verbreiten!)

Nein, die Fachleute, die hier in Bonn berufen worden sind, und zwar sowohl in die **Reaktorsicherheitskommission** als auch in die **Strahlenschutzkommission**, sind von der Regierung Helmut Schmidt berufen worden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(B)

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn dann — das ist auch so typisch für den Versuch, Stimmung zu machen — im Zusammenhang mit Brokdorf von der Evakuierung Hamburgs gesprochen wird,

(Mann [GRÜNE]: Wer macht denn hier Stimmung? Das sind Sie doch! Sie sind ein Stimmungsminister!)

dann sage ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wissen Sie eigentlich nicht, daß nicht weit entfernt, nämlich auf der anderen Seite der Grenze,

(Dr. Hauff [SPD]: In Cattenom!)

nahe Stendal, nahe Greifswald, Kernkraftwerke stehen? Wenn Sie sich Sorgen machen, dann müssen Sie sich darüber Sorgen machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie sollten mit uns versuchen, international so viel Sicherheit wie überhaupt nur möglich zu erreichen.

Ich könnte ja hier auch vorlesen, was z. B. der Herr Lafontaine gesagt hat, als er in Moskau war. Er hat gesagt, er habe für die zögerliche **Informationspolitik der Sowjetunion nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl** ein gewisses Verständnis.

(Dr. Hauff [SPD]: Das stimmt nicht! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Ich trage Ihnen das vor. — Er sagte, er habe seine Bedenken zwar immer deutlich ausgesprochen, aber er sehe auch das Argument als zutreffend an, daß die Versorgung der Opfer Vorrang gehabt habe vor dem Interesse Informationshungriger im Westen. — Meine sehr verehrten Damen und Herren, was hat eigentlich das eine mit dem anderen zu tun? (C)

Vizepräsident Westphal: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mann?

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Nein, der will doch nur stören!)

Dr. Wallmann, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Nein, Herr Präsident, ich möchte im Zusammenhang vortragen. — Im übrigen hat Herr Lafontaine dort gesagt, er könne nach eigenem Bekunden die Überlegungen der Bundesregierung, Schadenersatz zu verlangen, nicht nachvollziehen. Sehen Sie, so wird hier mit zwei Ellen gemessen.

Politik muß in Verantwortung und aus Verantwortung formuliert werden.

(Senfft [GRÜNE]: Nur Sprechblasen!)

Wir müssen die Wahrheit aussprechen, auch wenn sie unbequem ist. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen — ich sage es auch heute —, daß 94 Staaten auf der **IAEO-Sonderkonferenz in Wien** einstimmig beschlossen haben,

(Senfft [GRÜNE]: Die Katastrophe vorzubereiten!) (D)

daß der Ausstieg aus der Kernkraft nicht verantwortet werden könne. Sie haben noch mehr gesagt: Im Interesse der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung müsse die **friedliche Nutzung der Kernenergie** weiter andauern.

(Senfft [GRÜNE]: Internationale Atom-Mafia!)

Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen: Aber wir haben uns geirrt — das hören wir ja insbesondere auch von der SPD —, wir haben uns geirrt in der Frage der Sicherheitspolitik, wir haben uns geirrt in der Frage der Entsorgungspolitik, wir haben uns geirrt in der Frage der Energiepolitik.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein einziger Irrtum!)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer soll eigentlich eine Partei wählen, die von sich dauernd behauptet, permanent Irrtümern unterlegen zu sein?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Engelsberger [CDU/CSU]: Das ist eine Partei der Irrtümer! — Zuruf von der SPD: Das ist aber billig!)

Ich frage in aller Offenheit: Wenn Sie sich schon so oft geirrt haben, woher wissen Sie eigentlich, daß Sie sich jetzt nicht irren?

(Lachen und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD — Senfft [GRÜNE]: Das ist billig! Das ist die Arroganz der Macht!)

Bundesminister Dr. Wallmann

- (A) In diesem Zusammenhang sage ich mit allem Nachdruck: Die ökonomischen und die sozialen Folgen eines sofortigen oder mittelfristigen Ausstiegs stehen für uns nicht auf Platz eins unserer Überlegungen, sondern es sind jene Überlegungen, von denen ich gesprochen habe, nämlich: Was bedeutet dies für die **Dritte Welt**? In welchem Umfang sind wir überhaupt noch imstande, als große Industrienation unseren Beitrag zur Hilfe für Hunderte von Millionen Menschen zu leisten, die dort in Hunger und in Elend leben?

(Ströbele [GRÜNE]: Das ist nicht Hilfe, das ist Zynismus! — Dr. Hauff [SPD]: Das ist scheinheilig! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Sie sagen, das ist scheinheilig.

(Dr. Hauff [SPD]: Ja, ich kann Ihnen auch sagen, warum! Das ist unglaublich, so etwas zu behaupten!)

Das sind die Positionen, die Sie selbst einmal vertreten haben. Wenn wir aus dieser Großtechnologie aussteigen, dann können wir uns das finanziell vielleicht erlauben — und morgen gehen dann auch nicht die Lichter aus —, aber ethisch können wir es uns nicht erlauben. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU/CSU — Mann [GRÜNE]: Nicht einmal von Ethik verstehen Sie etwas! — Senfft [GRÜNE]: Sie treiben die Entwicklungsländer immer weiter in die Verschuldung! — Zuruf des Abg. Dr. Hauff [SPD])

(B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist hier das Totschlagsargument von der **Klimaveränderung in der Welt** — ich glaube, es ist Herr Ministerpräsident Rau gewesen — angeführt worden: Ihr früherer Bundeskanzler Schmidt ist es gewesen, der am 1. Juli dieses Jahres in der Marktkirche in Hannover sehr eindrucksvoll darüber gesprochen hat. Er hat gesagt, die Antworten findet man eben nicht im Katechismus, sondern man muß die Folgen bedenken, man muß abwägen.

(Senfft [GRÜNE]: Und genau das tun Sie nicht!)

Und er hat wörtlich formuliert: „Im nächsten Jahrhundert werden die Folgen bereits zu Buche schlagen.“

Ich habe hier einen Aufsatz von Professor Pestel dabei, einem Mann, der im Vorstand des Club of Rome ist. Gestatten Sie, Herr Präsident, daß ich ganz kurz etwas daraus vortrage:

Die Belastung der Umwelt durch einen solchen Kohle-Einsatz übersteigt alles, was den gegenwärtig vorliegenden Berechnungen für die in Zukunft durch den Anstieg des Luftanteils von Kohlendioxid für möglich erachteten Klimaveränderungen zugrunde liegt, von den übrigen Umweltbelastungen Schwefeldioxid, Stickoxide und Stäube ganz abgesehen. Und sollte die Ausstrahlung der bundesdeutschen „Vorbildfunktion“ so mächtig sein, daß die ganze Welt auf

Kernenergie verzichten würde, dann würden nicht nur die Weltvorräte an Kohle, die heute in Höhe von über einer Billion Tonnen als wirtschaftlich gewinnbar geschätzt werden, bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts erschöpft werden, nachdem Erdöl und Erdgas schon viel früher von der Menschheit verbrannt worden sind, und damit durch menschliche Kurzsichtigkeit, Habgier und Opportunismus einige der wertvollsten über Milliarden von Jahren in der Erde entstandenen Rohstoffe unwiederbringlich vergeudet worden sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, das ist die Dimension, in der wir zu denken haben.

Ich sage auch hier bei dieser Gelegenheit: Wo gibt es denn einen vernünftigen Menschen, der kernkraftsüchtig ist?

(Ströbele [GRÜNE]: Dort oben am Pult!)

Wo gibt es denn jemanden, der eine bestimmte Energieart verehrt — oder wie Sie das sonst unverantwortlich formulieren? Die Frage ist vielmehr, ob wir es uns aus ethischen Gründen erlauben dürfen, jetzt, in diesem Augenblick, in dem wir noch keine sicherere andere Energieart haben, auszusteigen. Ich füge hinzu — das ist auch immer wieder zum Ausdruck gebracht worden —: Wenn wir national aussteigen, ändern wir im Hinblick auf die Sicherheitslage qualitativ überhaupt nichts. Ich sage es noch einmal: 374 Kernkraftanlagen sind in Betrieb, und 151 werden gebaut. (D)

(Mann [GRÜNE]: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es, Herr Wallmann! — Vosen [SPD]: Internationalismus fängt zu Hause an!)

Und was die Vorbildfunktion angeht, so habe ich dazu soeben schon meine Anmerkungen gemacht.

Verzeihen Sie, Herr Ministerpräsident Rau, ich habe mir einen Moment überlegt, als ich Sie hier sprechen sah und hörte, daß eigentlich dieses große bedeutende Land **Nordrhein-Westfalen** einmal die Hoffnung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern für die Bundesrepublik Deutschland zu sein schien.

(Vosen [SPD]: Das wird es auch sein! — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Auch heute noch!)

Damals in den 50er Jahren schaute man nach Nordrhein-Westfalen, dort schien nicht nur, aber vor allem auch die industrielle Zukunft zu liegen.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sie machen das Land mies! Schämen Sie sich!)

Ich denke in diesem Zusammenhang daran, daß z. B. Bayern mitleidsvoll belächelt wurde, das hinter dem Wald irgendwo lag, keine Infrastruktur, keine Zukunft habe.

(Mann [GRÜNE]: Sie haben überhaupt keine Ahnung, Herr Wallmann! Wissen Sie überhaupt, wovon Sie reden?)

Bundesminister Dr. Wallmann

- (A) Ich überlege mir, wie die Mitbürgerinnen und Mitbürger heute stolz sind, wenn beispielsweise der bayerische Ministerpräsident über die Entwicklung seines Bundeslandes, des Freistaates Bayern, spricht,

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: In Wackersdorf redet!)

was daraus geworden ist, nämlich eine der Spitzenpositionen in der Bundesrepublik Deutschland. Und wo sind Sie in diesem Augenblick, Herr Ministerpräsident Rau?

(Beifall bei der CDU/CSU — Frau Dr. Timm [SPD]: Das ist schon unter Ihrem Niveau! — Zuruf von der SPD: Die Wähler an der Ruhr werden es Ihnen danken! — Weitere Zurufe von der SPD)

Ich will noch einmal darauf zurückkommen: Was wollen Sie eigentlich an Vertrauen erwarten, wenn Sie z. B. erklären, Wackersdorf und Kalkar bedeuten den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft?

(Vosen [SPD]: Wissen Sie, was das ist?)

Ich möchte zunächst einmal fragen, was sich eigentlich seit der Zeit geändert hat, in der Sie dieses **Energieentsorgungskonzept** damals am 28. September 1979 unter dem Bundeskanzler Schmidt beschlossen haben, einstimmig vereinbart mit allen Regierungschefs.

(Ströbele [GRÜNE]: Die haben gelernt, im Gegensatz zu Ihnen! — Dr. Hauff [SPD]: Was wurde denn vereinbart?)

- (B) Was hat sich eigentlich geändert in Kalkar, seit unter sozialdemokratischer Führung 17 von 19 Teilerrichtungsgenehmigungen ergangen sind, nachdem Sie 4 Milliarden DM bis 1982 ausgegeben hatten?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich so sagen: Dieses Thema ist zu ernst, es ist zu sensibel,

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Als daß man es Ihnen überlassen darf!)

es bewegt die Menschen zu sehr, als daß man es in der Art, wie von Herrn Ministerpräsidenten Rau und vor allem von Herrn Minister Fischer hier geschehen, in Schwarzweißmalerei behandeln darf und den Menschen bei dieser Gelegenheit Angst macht.

(Beifall bei der CDU/CSU — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Gehen Sie doch mal auf seine Sorgen ein! — Zuruf von der SPD: Sie nehmen alles auf Ihr Gewissen, falls Sie eines haben! — Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Bundesregierung und die sie tragende Koalition werden wie in der Vergangenheit auch in Zukunft nachdenklich und entschlossen zugleich im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger die gebotenen Entscheidungen treffen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und Beifall bei der FDP — Mann [GRÜNE]: Sie

sind ein Verdrängungskünstler! Nachdenklich in die Katastrophe, das war das Motto von Herrn Wallmann!)

(C)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hauff.

Dr. Hauff (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Thema ist in der Tat zu ernst, als daß man es so behandeln könne, wie das in der letzten Rede des Kollegen Wallmann geschehen ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Kollege Wallmann — daher rührt mein Zwischenruf — sich in der Tat um die Länder der Dritten Welt Sorgen machen, dann bleibe ich dabei: Dann müßte die Priorität Nr. 1 sein: **Rationelle und sparsame Energieverwendung** und Energietechnologien mit zu entwickeln, die dort wirklich eingesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die **Probleme des Klimaeffekts** wirklich ernst nehmen, dann müßten Sie mit uns zusammen für eine andere Entwicklungspolitik eintreten, die endlich die wahnsinnigen ökonomischen Ursachen für das Brandrod und Abholzen der tropischen Wälder beseitigt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie dieses Thema wirklich so ernst nehmen, wie Sie hier vorgeben, dann müßten Sie als Umweltminister längst die Gesetze eingebracht haben, wie in den USA und Schweden, zum Verbot der Treibgase, nachdem die Wissenschaftler sagen, daß diese zu 50 % ursächlich sind.

(D)

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das hat der Staatssekretär in diesen Tagen noch abgelehnt!)

Ich möchte an das Wort von Herrn Riesenhuber vom Abwägen anknüpfen. Zu diesem Thema hat sich auch der Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union geäußert. Er hat Maßstäbe für das Abwägen genannt und folgendes zum Thema **Restrisiko bei der Kernenergie** gesagt — ich zitiere aus dem von der CDU verteilten Manuskript:

Wer der Auffassung ist, mit dem Tod sei alles zu Ende, der kann halt mit dem sogenannten Restrisiko naturgemäß weniger gut leben als derjenige, der diese irdische Existenz als eine vorläufige und gleichzeitig auf ein ganzheitlich unendliches Ziel ausgerichtet begreift.

Meine Damen und Herren, diese Art von falsch-verstandenem Christentum, wo der Hinweis auf das ewige Leben benutzt wird, um soziale Ausbeutung auf der Erde zu betreiben wie im vergangenen Jahrhundert, diese Art von Mißbrauch mit dem Hinweis auf das ewige Leben, ökologische Ausbeutung heute mitzumachen, werden wir jedenfalls auf keinen Fall mitmachen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Sie beuten aus!)

Dr. Hauff

- (A) Was ich dieser Bundesregierung vorwerfe, ist nicht, daß sie unseren Vorschlägen nicht gefolgt ist — das habe ich nicht erwartet —, sondern ist, daß sie überhaupt nicht daran arbeitet, den Konsens auf energiepolitischem Gebiet wiederherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Sie macht das Gegenteil von dem, was sie ankündigt.

Nehmen wir mal die Fakten zur Kenntnis. Die Bundesregierung sagt, wir nehmen das **Energiesparen** wirklich ernst. Nun sind für das Thema Aufklärung, Beratung und Markteinführung im Jahre 1982 40 Millionen DM ausgegeben worden, im Jahre 1986 17 Millionen DM. Herr Wallmann, ist das die neue Aufgeschlossenheit und ist es die Bereitschaft, auf die Sorgen und Nöte der Bürger einzugehen, indem Sie die Mittel für die Aufklärung und Beratung der Bürger abbauen?

Herr Riesenhuber, wir brauchen nicht neue Technologien. Die wichtigste Technik zur rationellen Energieverwendung ist **Nahwärme und Fernwärme**. Wenn Sie die Priorität „rationelle Energieverwendung“ wirklich ernst nehmen würden, warum läuft dann eigentlich das Programm zum Ausbau der Fernwärme aus, die entscheidende Maßnahme, um da voranzukommen?

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie seien für eine **Kohlevorrangpolitik** und wollten den alten Konsens festhalten. Mit Recht hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, über dessen industrielle Zukunft, Herr Wallmann, Sie sich keine Sorge zu machen brauchen — das ist in guten Händen dort —,

(B)

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU:
Das sieht man! — Schön wär's!)

darauf aufmerksam gemacht: seit es diese Bundesregierung gibt, wachsen die Kohlehalden in diesem Lande wieder; das ist die Wirklichkeit.

(Gerstein [CDU/CSU]: Umgekehrt! Das ist doch unglaublich!)

Es gibt keinen Zweifel, sowohl bei der Braunkohle als bei der Steinkohle findet zur Zeit ein Verdrängungswettbewerb der Kernenergie gegen die Kohle statt, ob Ihnen das gefällt oder nicht. Gucken Sie dazu die Zahlen an.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Sie sagen, alles wird getan, um die **nichtnuklearen Energietechniken** zu entwickeln. Die Alternative zur Atomkraft stand 1981 mit 616 Millionen DM im Haushalt. Es war geplant, daß sie bis 1985 auf 780 Millionen DM ansteigt. Tatsächlich, Herr Kollege Riesenhuber, stehen in Ihrem Haushalt 1986 428 Millionen DM statt vorgesehener 780 Millionen DM. Sie blinken links und fahren nach rechts, das gibt keine vernünftige Politik auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Wiedersehen, Herr Rau! — Gegenrufe von der SPD)

Jetzt zur **Kernenergie**. Da hört man ja verschiedene Stimmen aus der Union: Zitiert wurde bereits von Ministerpräsident Rau das Wort von Herrn Biedenkopf, man werde in 20 bis 30 Jahren aussteigen können. Der Herr Lambsdorff spricht von 50 bis 70 Jahren. Der Kollege Stoltenberg spricht davon, daß es eines Tages geschehen werde, und der Herr Genscher sagt, drei Tage, bevor der Energiebericht im Kabinett verabschiedet wird, man solle möglichst schnell aussteigen, weil das eine risikoreiche Technik ist.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist kein Widerspruch!)

Ich sage Ihnen, wenn Sie das wirklich ernst nehmen mit dem Aussteigen — und sei es, daß Sie 50 Jahre als Zeithorizont vornehmen —, dann gibt es überhaupt keinen Grund mehr zu sagen, der Schnelle Brüter sei eine wesentliche Grundlage für die Energieversorgung.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

dann haben Sie kein Argument mehr, um das so vorzutragen, und dann wäre das ein erster Ansatzpunkt, um einen neuen Konsens in unserem Lande herzustellen; nur, davon sind wir wirklich weit entfernt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ehmke [Bonn] [SPD])

Nun noch ein Wort zu den **internationalen Entwicklungen**. Es wird immer gesagt, alle Welt macht doch weiter. Also, zunächst gibt es einige Länder, wo der Ausbau der Atomkraft zum Stillstand gekommen ist, die Vereinigten Staaten von Amerika seit mehreren Jahren, wie jedermann weiß. Es gibt einige Länder, da wurde fertiggebaut, und die Dinger werden nicht in Betrieb genommen: Österreich, im Augenblick ganz aktuell die Philippinen: fertiges Kernkraftwerk. Da gibt es Länder, die ihre Planungen gestoppt haben, z. B. Jugoslawien, z. B. Brasilien, z. B. Italien, z. B. die Niederlande. Da gibt es einige Länder, die beschlossen haben: Wir wollen raus, ganz! Dazu zählt Schweden, dazu zählt Finnland. Und da gibt es einige Länder in Europa und anderswo auf der Welt, die überhaupt keine Kernkraft benutzen: in Europa Norwegen, Dänemark, Irland, Griechenland. Und es gibt Länder, in denen in den letzten Jahren eine öffentliche Diskussion stattgefunden hat, z. B. in Großbritannien und bei uns, aber auch, wenn Sie offene Ohren haben, in einigen Staaten des Warschauer Pakts. Wer angesichts dieser Lage meint, darauf hinweisen zu müssen, daß nur in der Bundesrepublik eine Diskussion zu diesem Thema stattfindet, hat einfach nicht Augen und Ohren offen, um die Welt zu sehen, wie sie ist, sondern macht sich etwas vor.

(C)

(D)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal erinnern: Wer meint, das Thema Restrisiko so behandeln zu können, daß man sagt, das sei eben etwas für Menschen, die ihre irdische Existenz als vorläufige begreifen, und die anderen hätten da größere Schwierigkeiten, dem sage ich als Christ: Ich habe

Dr. Hauff

- (A) größere Schwierigkeiten, obwohl ich dabei das irdische Leben als vorläufiges begreife.

(Repnik [CDU/CSU]: Hoher Anspruch! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Ich habe dieses Argument nicht eingeführt. Erkundigen Sie sich bei Ihrem Generalsekretär, warum er das eigentlich getan hat.

Dieser Energiebericht der Bundesregierung, der zu allen wichtigen Fragen — vom Sparen über regenerative Energiequellen zu der Frage: Was heißt eigentlich Übergangstechnologie? — kein einziges Wort ausführt, der den Wert eines abgerissenen Kalenderblattes mit schönen Sprüchen hat, ist für die Lösung der Zukunftsprobleme unbrauchbar. Er ist weder schädlich noch nützlich. Aber er ist ein Zeichen dafür, wie wenig ernst diese Bundesregierung die wirklichen Zukunftsprobleme unseres Landes nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß zu Tagesordnungspunkt 16a zwischenzeitlich Entschließungsanträge von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 10/6118, von der Fraktion DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 10/6116 und 10/6117 und von der Fraktion der SPD auf Drucksache 10/6120 eingebracht worden sind. Wenn Sie sie lesen mögen, wird gebeten, sie draußen von dem Drucksachenwagen abzuholen.

- (B) Jetzt hat Herr Abgeordneter Beckmann das Wort.

Beckmann (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zahlreichen Debatten, die wir in den letzten Wochen und Monaten über die Nutzung der Kernenergie geführt haben, waren angesichts des Reaktorunfalls von Tschernobyl wichtig und notwendig, aber häufig leider nur auf diese Möglichkeit der Energiegewinnung beschränkt. Alle anderen Energieträger wurden mehr oder weniger an den Rand gedrängt. Ich darf Sie an die dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung von 1983 erinnern, in der die Zielvorstellungen für die künftige Energieversorgung formuliert worden sind. Diese Vorstellungen sind damals von Regierung und Opposition anerkannt worden.

Es sollten jeweils ein Drittel das Öl, die Stein- und Braunkohle sowie Erdgas, Kernenergie, Wasser und regenerative Energiequellen ausmachen. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit und Flexibilität unserer Energieversorgung war dies eine Idealvorstellung.

(Zuruf des Abg. Wolfram [Recklinghausen] [SPD])

— Auf dem Weg dahin, Herr Kollege Wolfram, sind wir ein gutes Stück vorwärtsgekommen.

Der vorliegende **Energiebericht** ist hierzu eine ermutigende und beeindruckende **Bilanz**.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Anteil des Mineralöls liegt nunmehr bei 42 %, wobei die Versorgung hin zu weniger krisenanfälligen Lieferquellen entscheidend verbessert wurde. Stein- und Braunkohle machen zusammen 30 % aus. Dadurch haben wir insgesamt die Diversifizierung unserer Energiequellen vorangetrieben und die Abhängigkeit in der Energieversorgung verringert. (C)

Wir haben Energie zu international wettbewerbsfähigen Preisen; wir haben die Umweltbelastung bei der Energieerzeugung und den Verbrauch drastisch reduziert, und wir gehen sparsamer und rationeller mit Energie um. Diese **Einsparserfolge** wurden erreicht, weil wir auch in der Energiepolitik so weit wie möglich auf die erfolgreichen Kräfte des Marktes gesetzt haben. Investoren und Verbraucher haben die wichtigen Konsequenzen aus den Preissignalen gezogen. Der sich ergebende Nachfragerückgang und die Entwicklung eines zusätzlichen Energieangebotes haben insbesondere zu einem tendenziellen Ölüberangebot geführt. Damit haben die Verbraucher im Gegenzug den Beweis erhalten, daß sie sich bei richtigem Verhalten gegenüber Pressionen wehren können. Sie sollen deshalb auch an den sich nun ergebenden Vorteilen teilhaben. Insgesamt wird sich durch den Ölpreiserückgang ein zusätzliches reales Wachstum der Inlandsnachfrage um 1 % ergeben.

Dennoch müssen wir uns darüber im klaren sein, daß das Einsparpotential in dieser Größenordnung in einer Volkswirtschaft nur einmal zu aktivieren ist. In Zukunft wird dies alles viel schwieriger und langsamer zu mobilisieren sein. (D)

Eines aber — das sage ich in die Richtung der Opposition — zieht mit Sicherheit nicht: die aus dem Gruselkabinett der SPD stammende Energieverbrauchsordnung oder die Erhöhung von Steuern und die Einführung von neuen Abgaben.

(Dr. Vogel [SPD]: Wer hat denn am stärksten erhöht? Sie haben doch den Rekord aufgestellt!)

Diese Bevormundung des mündigen Bürgers spricht allen unseren Erfahrungen Hohn. Wie in allen wichtigen Politikbereichen verabschiedet sich die SPD auch von anderen maßgeblichen energiepolitischen Entscheidungen wie z. B. der **Nutzung der Kernenergie**,

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Darum ist die FDP bei uns gar nicht mehr existent!)

die nur im Konsens, lieber Kollege Wolfram, mit allen politisch verantwortlichen Kräften und mit der Zustimmung der Bevölkerung verwirklicht werden kann.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Darum gibt es keine FDP mehr!)

Verantwortliche Politiker, Herr Kollege Wolfram, haben immer schon und lange vor Tschernobyl über den Umfang, die Verantwortbarkeit und die Notwendigkeit der Nutzung der Kernenergie und über ihre Probleme nachgedacht. Sie haben nach Möglichkeiten anderer Energieversorgungsstruktu-

Beckmann

- (A) ren gesucht, allerdings nach seriösen und realisierbaren Lösungen.

Die Enquete-Kommissionen zu Beginn der 80er Jahre haben hier aner kennenswerte Leistungen vollbracht, die zu einem weitgehenden politischen Konsens geführt haben. Wenn jetzt die SPD auf den populistischen Dreh kommt, in zehn Jahren sei ein Ausstieg aus der Kernenergie möglich, so ist dies ein großangelegter Versuch der Wählertäuschung. Da helfen auch nicht die bereits vielzitierten vom Bundesministerium für Wirtschaft in Auftrag gegebenen Gutachten weiter.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Auf einmal!)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie nehmen daraus nur das, was Ihnen paßt; den Rest unterschlagen Sie. Ein Ausstieg innerhalb von zehn Jahren ist umweltpolitisch unverantwortbar, energie- und wirtschaftspolitisch unrealistisch sowie beschäftigungspolitisch gefährlich.

Ich darf auf Ihre Bemerkung, Herr Kollege Hauff, hinsichtlich der **Entwicklung in den übrigen Industrieländern** eingehen. Sie haben hier unterschlagen, daß z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Zeit 25 Kernkraftwerke im Bau sind

(Dr. Hauff [SPD]: Wann ist das letzte in Auftrag gegeben worden?)

und daß z. B. Japan beschlossen hat, seinen Kernenergieanteil in den nächsten Jahren zu verdoppeln. So, meine Damen und Herren, verhält es sich bei unseren hauptsächlichen Wettbewerbern auf den internationalen Märkten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Vosen [SPD]: Die haben eine ganze Reihe nicht fertiggebaut!)

Energiepolitisch ist ein sofortiger **Ausstieg** unrealistisch; denn man kann nicht innerhalb von zehn Jahren von einer Großtechnologie, die in mindestens 30 Jahren entwickelt worden ist, in eine andere umsteigen. Auch Sie wissen genau, daß der Bau einer großtechnischen Anlage in der Bundesrepublik mehr als zehn Jahre Zeit benötigt. Wirtschaftspolitisch kämen auf uns Kostenbelastungen in einer Größenordnung zu, die dem Umfang Ihrer fossilen Konjunkturprogramme entsprechen. Da fragt man sich wieder, was Sie nun wirklich wollen.

Beschäftigungspolitisch wäre von einem Abbau von mindestens 100 000 Arbeitsplätzen auszugehen. Der Abschreckungseffekt für andere Industriezweige, geplante Investitionen in sensitiven Technologien vorzunehmen, ist zahlenmäßig noch nicht einmal zu beziffern. Besonnene Gewerkschaftsführer haben denn auch schon vor diesen unrealistischen wie unseriösen Vorstellungen gewarnt.

(Zuruf des Abg. Dr. Vogel [SPD])

Für uns Freie Demokraten ist das Wort „**Übergangsenergie**“ überhaupt nichts Neues. Wir haben nie einen anderen Standpunkt vertreten,

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sie waren schon immer für den Ausstieg!)

und wir haben dies auch schon Ende der 70er Jahre auf unseren Bundesparteitagen so beschlossen. (C)

Nach Tschernobyl ist uns noch einmal deutlich geworden, wie wichtig gerade dieser Gesichtspunkt und diese Aussage gewesen sind und daß wir daran festhalten müssen. Der Zeitraum hierfür ist jetzt aber nicht festzulegen, jedenfalls so lange nicht, bis andere umweltfreundlichere Energieversorgungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Mit großer Sorge beobachtet die FDP, wie durch die Absage der SPD an die Nutzung der Kernenergie das so wichtige Bekenntnis zum **Verbund von Kohle und Kernenergie** in Frage gestellt wird — und das gerade in Zeiten, die für die deutsche Steinkohle so schwierig sind.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sie drohen damit!)

Wir unterstützen die Politik der Bundesregierung, die Kohle als wichtigen heimischen Energieträger abzusichern. Dies hat in der Vergangenheit erhebliche finanzielle Opfer abverlangt und wird auch in Zukunft erhebliche Anstrengungen erfordern.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wolfram?

Beckmann (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Wolfram. Wir können das hinterher weiter diskutieren.

Ich darf an den Beschluß der Wirtschaftsministerkonferenz vom September 1985 erinnern, der zur Kohle- und Kernenergienutzung festgestellt hat: Eine von den Ländern gemeinsam mitgetragene deutsche Kohlepolitik kann auf Dauer nur dann erwartet werden, wenn auch andere Energienutzungen, so auch die Kernenergie, einschließlich Entsorgung von allen Ländern mitgetragen wird. (D)

Der Entschließungsantrag der SPD, der behauptet, die Bundesregierung entferne sich von dem Konsens in der Kohlevorrangpolitik, ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig, leider wahr!)

Es ist die SPD, die durch den beabsichtigten Ausstieg aus der Kernenergie den Verbund mit der Kohle aufkündigt.

(Beifall des Abg. Gerstein [CDU/CSU])

Wie anders ist es denn zu verstehen, wenn der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister den Energiekonzepten seiner Parteifreunde in Hamburg und Süddeutschland eine scharfe Absage erteilt, weil sie Kernenergie durch billige Importkohle aus Polen und — man höre — Südafrika ersetzen wollen. Wer einmal beginnt, die gesamtpolitische Solidarität aufzukündigen, darf sich nicht wundern, wenn sie im eigenen Lager abbröckelt.

Meine Damen und Herren, wir werden die erfolgreiche Energiepolitik dieser Bundesregierung auch in den nächsten Jahren mit Nachdruck unterstützen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist gut so!)

Beckmann

(A) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Mann [GRÜNE]: Wer hat Ihnen den Bei-
trag aufgeschrieben, Herr Beckmann?)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Tatge.

Tatge (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen wurde hier im Bundestag über die ethische Orientierung und über die praktische Vernunft in der Politik gesprochen. Helmut Schmidt hielt seine Abschiedsrede, deren Kern ein Plädoyer für die pragmatische Sittlichkeit in der Politik war. Dies ist meines Erachtens nicht genug. Weder die Wortbeiträge von Schmidt noch die Bilanzierung der Redner von CDU/CSU damals und heute stellen sich ernsthaft die ethische Frage nach der Verantwortung um die Atomenergie. Daß es sich hier um ein moralisches Problem von planetarischen Ausmaßen handelt, daß jede Teilentscheidung für die Verwendung von Atomenergie die Natur und die Menschheit auf Tausende von Jahren belastet und gefährdet, wird nicht diskutiert.

Die Entfesselung radioaktiver Strahlung schafft aber, wie Robert Spaemann betont, einen Umstand, der durch keinerlei spätere Entscheidung ungeschehen gemacht werden kann. Sie beeinträchtigt die biologischen Lebensbedingungen der Menschen auf unbegrenzte Zukunft erheblich und schränkt auch die Bedingungen freiheitlichen Lebens irreparabel ein. Wir haben es hier mit einem gänzlich neuartigen politischen und moralischen Problem zu tun. Das aber blenden die meisten Politiker aus. Sie handeln nach Maßstäben der pragmatischen Sittlichkeit.

Die vorgegebenen Zielorientierungen, Erhaltung der Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit mit Produktionssteigerungen etc., werden nicht in Frage gestellt. Die aufgetretenen Krisenphänomene einschließlich der demokratischen Legitimationskrise und des Vertrauensverlustes in der Bevölkerung werden als bloße Steuerungsprobleme begriffen und angegangen. Die strategische Einstellung ist vorherrschend auch im Verhältnis zu den kritischen Bürgern. Diese werden nicht als kritische Argumentationspartner in einem gleichberechtigten Dialog ernstgenommen, sondern eher als Träger von Angst eingeschätzt und dementsprechend behandelt.

Demgegenüber stelle ich einen Verantwortungsbegriff einer kritischen Moral, die universalistisch und diskursbezogen ist. Dieser Verantwortungsbegriff schließt die Rechtfertigung der Ziele samt ihrer voraussehbaren Folgen für alle Betroffenen ausdrücklich ein. Daß eine solche universalistische Verantwortung der Politik zugemutet werden muß, läßt sich aus der neuen Lage rechtfertigen, in die die Menschheit durch die moderne Technologie geraten ist. Die Folgen des technologischen Handelns einer Nation können heute den gesamten Planeten betreffen. Nicht allein Radioaktivität ist es, die keine Grenzen kennt.

Wer jedoch in dem vorgelegten Energiebericht der Bundesregierung eine Überlegung der Nachdenklichkeit zu finden erwartet hätte, wird enttäuscht. Diese Bundesregierung hat ein weiteres Dokument der Ignoranz, der Unbelehrbarkeit, der Besserwisserei, des fehlenden Problembewußtseins und der Abhängigkeit von der Atomlobby vorgelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist der Satz in Kapitel 2 — ich zitiere —: „Die energiepolitische Bilanz der Bundesregierung ist überzeugend positiv.“

(Gerstein [CDU/CSU]: Das ist sie auch!)

Eine Bilanz enthält Aktiva und Passiva, also Vermögen und Kapital. Wenn man nun als Opposition, sozusagen als Wirtschaftsprüfer, die energiepolitische Bilanz der Bundesregierung prüft, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß, statt auf der einen Seite Vermögen auszuweisen, bei dieser Regierung allenfalls Unvermögen vorherrscht, und statt ungebundenen Kapitals auf der anderen Seite läßt sich die Bindung an das Kapital der Atomlobby und der Energiewirtschaft aus jedem Kapitel Ihres Berichts herauslesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Betriebswirt muß ich Ihnen auch sagen, daß Sie es mit den Grundsätzen der Bilanzwahrheit, Bilanzrichtigkeit und -vollständigkeit auch nicht sonderlich genau nehmen. In der Frage des Waldsterbens lügen Sie. In der Frage der Wirtschaftlichkeit der Atomenergie und der Kosten des Ausstiegs verschweigen und entstellen Sie. Die Fragen der Energiesparmaßnahmen und der Nutzung regenerativer Energiequellen mißachten Sie fast vollständig.

Man kann nur zu dem Schluß kommen, daß der vorgelegte Bericht einer energiepolitischen Bilanz eine Bilanzfälschung ist. Wie heißt es in „Gablers Wirtschaftslexikon“ unter „Bilanzfälschung“?

Verstoß gegen das Prinzip der Bilanzwahrheit, falsche Darstellung der Vermögenslage des bilanzierenden Unternehmens mit dem Ziel, günstigere Verhältnisse vorzuspiegeln als tatsächlich gegeben.

Genau das macht diese Bundesregierung.

(Gerstein [CDU/CSU]: Sie haben Kapitel 4 nicht gelesen!)

Für uns heißt das, daß wir dafür sorgen müssen, daß die Bilanzfälscher in Gestalt von Minister Bangemann und des Kollegen Kohl so schnell wie möglich aus dem Verkehr gezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen den hemmungslosen Ausbau der Atomenergie und begründen das zynisch mit dem Waldsterben, für dessen Ausmaß Sie selbst verantwortlich sind und das Sie jahrzehntelang heruntergespielt haben.

(Gerstein [CDU/CSU]: Zur Zeit spielen doch Sie die Waldschäden herunter!)

Der Antrag der GRÜNEN betreffend **Energiesparprogramm** für den Wärmemarkt trägt der Er-

Tatge

- (A) kenntnis Rechnung, daß unsere größte **Energiequelle das Energiesparen** ist. Er unterstützt und ermöglicht Planungen zum **Ausstieg aus der Atomenergie**, während Sie den Ausbau forcieren, Brokdorf und Mülheim-Kärlich ans Netz gehen lassen wollen. Wo erste Ausstiegspunkte notwendig wären, setzen wir, die GRÜNEN, Ihnen unser Ausstiegsszenario entgegen.

Erstens. Der Ausstieg ist technisch machbar und ökonomisch finanzierbar. In der Studie des RWI errechnen die konservativen Fachleute zum Schrecken des Kabinetts Kohl, daß ein sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft keine gravierenden wirtschaftlichen Folgen hätte. Für den einzelnen Haushalt würde der Ausstieg monatlich mit 10 DM mehr zu Buche schlagen. Dies hat Professor Hans-Jürgen Krupp, Direktor des DIW, berechnet. Das Baseler Prognos-Institut kommt auf Strompreiserhöhungen von 11 bis 12% bei einem sofortigen Ausstieg. Für die Industrie sind die Belastungen mit teurem Strom nicht so schlimm, wie sie immer tut. Mit Ausnahme weniger, energieintensiver Branchen machen selbst hohe Preissteigerungen nur einen Bruchteil von Prozentsätzen in der Kalkulation aus.

(Gerstein [CDU/CSU]: Und die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen?)

Die technische Machbarkeit ergibt sich eindeutig aus der Tatsache, daß es die Kraftwerksüberkapazität möglich macht, die Stromversorgung bei Abschaltung aller AKW uneingeschränkt fortzusetzen.

- (B) Ende 1985 verfügten die öffentlichen Kraftwerke über eine Stromleistung von 78 400 Megawatt. 16 200 Megawatt davon waren Atomstrom. An einem Höchstlasttag werden normalerweise 53 000 Megawatt Strom benötigt.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Hört! Hört!)

Mit Atomstrom beträgt die überschüssige Kraftwerksleistung 25 400 Megawatt; das sind 48%. Ohne Atomstrom verringert sich die Kraftwerksreserve auf 9 200 Megawatt. Das sind immer noch 17% der maximal gebrauchten Menge an Atomstrom, also ein enormes Potential. Ein Energieüberschuß von 17% ist ausreichend, um auch in extremen Situationen genügend Strom zur Verfügung zu haben. Ein Vergleich mit Japan beweist dies.

Der Ausstieg ist auch möglich, ohne die **Emissionen aus Kohlekraftwerken** in die Höhe zu treiben. Wir haben in unserem Atomsperrgesetz schon 1984 dargelegt, daß das Abschalten von Atomanlagen für uns immer mit einer ökologischen Optimierung der fossilen Kraftwerke verbunden ist. So wollen wir die sofortige Nutzung von zum Teil stillgelegten **Gaskraftwerken**, die bis 1979 ohnehin genutzt wurden. Der NO_x-Ausstoß würde gegenüber dem Ausstoß bei Verwendung von Kohle und Öl drastisch fallen. Weiterhin sollen zirka 5 Milliarden Kubikmeter Erdgas in Öl- und Kohlekraftwerken eingesetzt werden. Technisch ist das möglich. Das gilt für zirka 20% der Ölkraftwerke und für zirka 20% der Kohlekraftwerke mit Trockenfeuerung.

Bis Ende 1988 ist es ebenso möglich, in allen Kohlekraftwerken Rauchgaswaschanlagen zu installie-

ren. Bis zu diesem Zeitpunkt wollen wir den Einsatz schwefelarmer Importkohle und die kurzfristige Produktion bundesdeutscher Kohle auf Halde.

(Gerstein [CDU/CSU]: Aus Südafrika!)

— Nicht aus Südafrika, Herr Kollege.

Die sofortige Reduzierung der Stickoxidemission ist möglich. Schon der vermehrte Einsatz von Erdgas — das habe ich eben dargelegt — führt zu einer deutlichen Verminderung der NO_x-Emissionen. Durch Verringerung der Verbrennungstemperatur und Maßnahmen zur Beeinflussung der Sauerstoffzufuhr läßt sich eine weitere Verminderung des Stickoxidausstoßes bei allen fossilen Kraftwerken erreichen. Tatsache ist, daß in diesem Jahr der Stickoxidausstoß um 4% gestiegen ist — wegen und trotz dieser Politik der Bundesregierung.

(Gerstein [CDU/CSU]: Wegen oder trotz?)

Ein Bündel von begleitenden Maßnahmen ist politisch gefordert. So würden eine andere Verkehrspolitik, das Verlagern von Gütern auf die Bahn,

(Sehr gut! bei den GRÜNEN)

ein Tempolimit, autofreie Sonntage und die richtige Förderung der Einführung von Katalysatorfahrzeugen zur Reduzierung von Stickoxiden und Schwefeldioxid beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Tatge (GRÜNE): Ich erlaube mir noch einen Satz: Neben dem von mir dargestellten Maßnahmenbündel sind Energieeinsparungen und die forcierte Nutzung regenerativer Energiequellen Maßnahmen, die mittelfristig wirken, aber sofort anzugehen sind. An diesem energiepolitischen Konzept muß man festhalten.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das war schon der zweite Satz!)

Mit diesem energiepolitischen Konzept kann man anfangen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Aufhören!)

wenn man eine ökologische Orientierung der Energiepolitik will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Engelsberger.

Engelsberger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider ist der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, in der Debatte nicht mehr anwesend.

(Unruhe bei der SPD — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Wo ist denn der Wirtschaftsminister? — Weiterer Zuruf von der SPD: Wo ist der Kanzler?)

— Unsere Minister sind hier! Ein halbes Dutzend Minister ist anwesend!

(Weitere Zurufe von der SPD)

(A) **Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter, ich glaube, es hat wenig Sinn, hier solche Debatten zu führen.

Engelsberger (CDU/CSU): Mir scheint, daß diese Debatte für Johannes Rau, der mit einem hohen Anspruch angetreten ist, zu einem schwarzen Freitag geworden ist.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Hauff?

Engelsberger (CDU/CSU): Nein, ich lasse keine Fragen zu, weil ich keine Zeit habe.

Es ist unserem Minister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, gelungen, die Argumentation des Ministerpräsidenten Rau total zu widerlegen, ja, zu zerlegen, so daß von dessen Argumenten absolut nichts übriggeblieben ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte nur noch auf eine von ihm wiederum mißbräuchlich aufgestellte Behauptung eingehen, die Äußerungen von Kardinal Höffner betreffend. Rau hat hier wieder versucht, sich auf den Kardinal zu berufen, um Angst und Furcht und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: „Höhen statt versöhnen“, das ist seine Devise!)

(B) Meine Damen und Herren, auf der Bischofskonferenz in Fulda hat **Kardinal Höffner** unmißverständlich erklärt, er habe sich keineswegs für einen sofortigen Ausstieg aus der **Kernenergie** ausgesprochen; es gelte in dieser Frage der „Grundsatz der Vernünftigkeit“, wonach alle Folgen einer solchen Entscheidung berücksichtigt werden müßten. Das ist von Herrn Rau unterschlagen worden!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich kann mich nicht daran erinnern, daß ein **Energiebericht der Bundesregierung** allen Erfolgen zum Trotz jemals so irrationalen politischen Widersprüchen ausgesetzt gewesen ist wie in diesem Jahr. Einerseits konnte bisher keine Bundesregierung größere Erfolge in der Energie- und vor allem in der Umweltpolitik vorweisen als die Regierung Helmut Kohl.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Sehr gut! — Mann [GRÜNE]: Deshalb hat das Waldsterben in Bayern auch so zugenommen!)

Andererseits sind die von den großen Parteien seit Jahrzehnten gemeinsam getragenen Grundlagen dieser erfolgreichen Politik von der SPD spätestens auf ihrem Nürnberger Parteitag endgültig verlassen worden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Gehen Sie einmal im Wald spazieren!)

Die energie- und umweltpolitische Bilanz der Bundesregierung ist überzeugend positiv. Das aus den Ölkrisen der 70er Jahre geborene Konzept einer Politik „weg vom Öl“ war überraschend erfolgreich. Die Fortschritte bei der **rationalen Energieverwendung** und bei der **Umstrukturierung der deutschen Energieversorgung** sind größer als er-

(C) wartet. Die von der Opposition geforderten staatlichen Zwangsmaßnahmen waren überflüssig. Das marktwirtschaftliche Konzept hat erneut seine Überlegenheit bewiesen.

(Dr. Hauff [SPD]: Dank Zimmermann! — Frau Dr. Timm [SPD]: Wo ist er eigentlich? — Dr. Hauff [SPD]: Ja, wo ist Zimmermann?)

— Herr Hauff, nachdem die SPD das Thema „Umweltschutz“ in 13 Regierungsjahren regelrecht verschlafen hatte, hat die Regierung Kohl mit der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der Novellierung der TA Luft die Anforderungen zur Luftreinhaltung seit 1983 wirkungsvoll verschärft.

(Dr. Hauff [SPD]: Vor allem Zimmermann!)

Auch die Einführung schadstoffarmer Pkw hat dazu geführt,

(Ströbele [GRÜNE]: Wie viele gibt es denn?)

daß bereits 1987 drei von vier neu zugelassenen Pkw schadstoffarm sein werden.

(Dr. Hauff [SPD]: Und wieviel mit Katalysator?)

Auch das von der Opposition geforderte Tempolimit hat sich als überflüssig erwiesen.

Wir haben deshalb allen Anlaß, der Bundesregierung für ihr überzeugendes energie- und umweltpolitisches Engagement zu danken,

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) für ein Engagement, das, wie die gerade zu Ende gegangene Reaktorsicherheitskonferenz in Wien oder die Internationale Umweltkonferenz in München oder das beständige Drängen im EG-Bereich zeigen, längst zu einer internationalen Pionierfunktion geführt hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! — Dr. Penner [SPD]: Dank Zimmermann!)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser international anerkannten energie- und umweltpolitischen Erfolge dieser Bundesregierung wirken die Kampagnen der Opposition unglaublich und provinziell. Die Frage „Ausstieg oder Nichtausstieg“ ist derzeit bei uns das alles beherrschende, energiepolitische Thema, wobei die Frage nach dem möglichen Sicherheitsgewinn vielfach gar nicht mehr gestellt wird. Es wird verdrängt, daß in **Tschernobyl** nicht die Kernenergie, sondern eine unzureichende **Sicherheitstechnik** versagt hat,

(Zuruf von den GRÜNEN: Das gehört doch zusammen!)

und es wird ignoriert, daß sich in Tschernobyl, wie viele Fachleute versichern, gar kein ziviler, sondern ein militärischer Unfall zugetragen hat.

SPD und GRÜNE sollten endlich zur Kenntnis nehmen, daß sich weltweit 374 Kernkraftwerksblöcke in Betrieb und weitere 156 in Bau befinden und daß auch nach Tschernobyl so gut wie niemand daran denkt, aus der **friedlichen Nutzung der Kern-**

Engelsberger

- (A) **energie** auszusteigen. Im Gegenteil, sowohl die Sowjetunion nebst DDR und Tschechoslowakei als auch Frankreich, Belgien und Großbritannien, aber auch Japan und Indien haben inzwischen die Absicht erklärt, ihre Kernkraftwerke nicht nur weiterzubetreiben, sondern die friedliche Nutzung der Kernenergie noch weiter auszubauen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Atomare Bedrohung der Welt!)

Es ist deshalb kurzfristig, den Ausstieg aus der Kernenergie gerade für unser Land zu fordern, in dem allen Fragen der Sicherheit kerntechnischer Anlagen von Anfang an Vorrang eingeräumt wurde.

KWU-Chef Barthelt hat in seinem jüngsten „Spiel“-Interview zu Recht auf folgendes hingewiesen — ich zitiere —:

Wir gehen nicht davon aus, daß es Störfälle nicht geben darf. Im Gegenteil! Wir gehen davon aus, daß es technische Pannen gibt und daß menschliches Fehlverhalten passieren kann. Und wir sorgen durch unsere Technik dafür, daß die Sicherheit für die Umgebung erhalten bleibt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Atomstaat!)

Ich schließe aus, daß es Tote gibt. Ich schließe aus: verwüstetes Gelände, auf Dauer unbewohnbar, wie gewisse Horroszenarien angelegt sind. Ich schließe also aus: eine katastrophale Wirkung wie bei Tschernobyl.

- (B) Meine Damen und Herren, so KWU-Chef Barthelt.

(Zuruf von den GRÜNEN: KWU-Chef!)

Meine Damen und Herren von der SPD, ist es nicht beschämend, wenn Sie den Sachverstand und die Arbeit deutscher Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure offenbar genauso gering einschätzen wie das, was wir in Tschernobyl an buchstäblich katastrophalem Unvermögen erlebt haben? Macht es Sie nicht betroffen, wenn Ihnen der IG-Bergbau-Vorsitzende Meyer voller Hohn zuruft: „Kernige Sprüche sind kein Ersatz für Kernkraft! Mit pathetischen Resolutionen kann kein Strom erzeugt werden.“ Die Kernenergie ersetzt heute bereits weltweit 400 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten pro Jahr an fossilen Energiestoffen. Das ist mehr, als dem gesamten Energieverbrauch der Bundesrepublik entspricht.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hauff?

Engelsberger (CDU/CSU): Danke schön. Aber meine Zeit erlaubt es nicht, Herr Hauff.

(Dr. Hauff [SPD]: Warum zitieren Sie denn so falsche Sachen?)

— Das sind absolut richtige Zitate!

Bei weiter steigendem Weltenergiebedarf

(Dr. Hauff [SPD]: Sie sind ja unfähig!)

wären deshalb ohne Kernenergie die Verknappung und die drastische Verteuerung der fossilen Energien vorprogrammiert. (C)

Franz Josef Strauß trifft deshalb genau den Punkt, wenn er sagt: „Der Ruf nach weltweiter Entwicklungshilfe in die Länder der Dritten und Vierten Welt ist nur eine humanitäre Phrase, wenn man nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß diesen Ländern und ihren Menschen ausreichend Energie zu dort bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht.“

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von den GRÜNEN: Ausgerechnet Strauß muß so etwas sagen!)

Unglaublich sind die Kernkraftgegner aber auch im Bereich der unstrittig erhöhten **Umweltbelastung**, obwohl alle Untersuchungen eines deutlich gemacht haben: Die einzig realistische Alternative zur Kernenergie wären heute nicht die sogenannten neuen, sanften Energien, sondern die alten, fossilen Energien Kohle und Öl.

Meine Damen und Herren, das ist der eigentliche politische Skandal. Was glauben Sie denn, welche gewaltigen Umweltprobleme bei uns zusätzlich eintreten, wenn etwa die Belgier und Franzosen ihren 60%igen Kernenergieanteil an der Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke ersetzen? Denn die Umweltprobleme, die durch fossile Brennstoffe verursacht werden, könnten auch dort mit Hilfe der modernen Technik nur verringert, aber nicht beseitigt werden. Dies gilt insbesondere für das größte Umweltproblem, vor dem uns die Wissenschaftler warnen, nämlich die Erhöhung der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre durch den vermehrten Einsatz fossiler Brennstoffe. Wir wissen, daß diese Belastung mit keiner Maßnahme zu beseitigen ist. (D)

Ich fasse zusammen. Der einseitige **Ausstieg aus der Kernenergie** wäre für uns mit höchsten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen **Risiken** verbunden, ohne daß die Bundesrepublik Deutschland dadurch größere Sicherheit erlangen würde. Zu fordern ist deshalb nicht der einseitige Ausstieg aus der Kernenergie — bei dem uns niemand folgen würde —, sondern die Durchsetzung höchster internationaler **Sicherheitsstandards**. Wenn uns Wissenschaft und Technik neue Energiequellen anbieten, die mit weniger Risiko behaftet sind als die Kernenergie, so werden wir wie in der Vergangenheit auch künftig an der Spitze des umwelt- und energiepolitischen Fortschritts marschieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und FDP — Mann [GRÜNE]: Pionier Engelsberger! — Dr. Schierholz [GRÜNE]: An der Spitze des Rückschritts!)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 10/6073 und 10/5976 an die in der gedruckten Tagesordnung aufgeführten

Vizepräsident Westphal

- (A) Ausschüsse vor. Weiterhin schlägt der Ältestenrat zu Punkt 16 b der Tagesordnung vor, den Antrag auf Drucksache 10/5976 zusätzlich zur Mitberatung an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu überweisen. Gibt es zu diesen Überweisungsvorschlägen andere Anregungen? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die zu Punkt 16 a der Tagesordnung vorliegenden Entschließungsanträge. Ich habe den Versuch gemacht, eine sinnvolle Reihenfolge der Abstimmung herbeizuführen. Ob es gelingt, werden wir gleich merken. Ich weise jedenfalls jeweils auf die Antragsteller hin.

Wir kommen zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 10/6118. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dieser Entschließungsantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 10/6104 auf. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun komme ich zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 10/6116. Das ist der Antrag, der sich mit Hanau beschäftigt. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

- (B) Wir kommen zu dem zweiten Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 10/6117. Das ist der Antrag, der sich mit Brokdorf beschäftigt. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Antrag auf Drucksache 10/6120 der Fraktion der SPD. Wer diesem Antrag — auch zu Brokdorf — zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Das war Punkt 16 der Tagesordnung.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

**Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
IKRK-Konferenz in Genf vom 16. bis 31. Oktober 1986**

— Drucksache 10/6038 —

Meine Damen und Herren, nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Aussprache 30 Minuten vorgesehen. — Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Verheugen.

(Unruhe)

— Ich wäre dankbar, wenn die Kollegen, die sich an dieser Debatte nicht beteiligen wollen, den Saal in Ruhe verlassen. (C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt noch eine andere Anmerkung zu diesem Thema; die heißt: Wenn Sie nichts zu tun haben, tun Sie das nicht hier.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt ist der Abgeordnete Verheugen dran.

Verheugen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An der **25. internationalen Rotkreuzkonferenz**, die noch in diesem Monat in Genf beginnen wird, wird nicht nur eine Delegation des Deutschen Roten Kreuzes teilnehmen, sondern — wie üblich — auch eine Delegation der Bundesregierung. Die Bundesregierung wird dabei in die peinliche Lage kommen, den versammelten Rotkreuzgesellschaften erklären zu müssen, warum sie die 1977 unterzeichneten **Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuzkonventionen** dem Deutschen Bundestag immer noch nicht zur Ratifizierung vorgelegt hat, obwohl das Deutsche Rote Kreuz diese Ratifizierung immer wieder und immer dringlicher verlangt und obwohl diese von der Bundesregierung selbst mehrfach in Aussicht gestellt worden ist.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Es gibt den Ratifizierungsgesetzesentwurf der GRÜNEN!)

Die Bundesregierung ist auch dem Bundestag eine Erklärung schuldig. Denn sie hat wirklich mehrfach versichert, die Ratifizierung solle noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Neuerdings sagt sie, sie wolle den Ratifizierungsvorgang erst dann einleiten, wenn eine Atommacht die Protokolle ratifiziert haben werde. (D)

Die Bundesregierung glaubt, sie könne sich ihre Untätigkeit und Pflichtvergessenheit in dieser Frage leisten, weil die ungeheure Tragweite der Genfer Zusatzprotokolle in der deutschen Öffentlichkeit nicht bekannt sei. Ich stimme ihr darin zu. Es ist in der Tat so, daß die deutsche Öffentlichkeit dieses Thema noch nicht in dem Maße zur Kenntnis genommen hat, wie es das verdiente.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Leider wahr!)

Es gibt kein Volk, für das namentlich das erste Zusatzprotokoll wichtiger wäre als für unseres. Denn dieses Protokoll regelt den **Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall** neu, weil die alten Bestimmungen hinter den Fortschritten — ich setze dieses Wort in Anführungszeichen — herhinken, die Krieg und Waffentechnik seit dem Zweiten Weltkrieg gemacht haben.

Man muß sich einmal klarmachen, daß die Bundesregierung das Risiko auf sich nimmt, die eigene Bevölkerung in einem Krieg ohne den größtmöglich erreichbaren völkerrechtlichen Schutz zu lassen. Auf Schutzbestimmungen, die weiter gehen als früher, müssen demnach Frauen und Kinder verzichten.

Ich möchte an dieser Stelle einflechten, daß die schrecklichsten Exzesse im Golfkrieg nicht hätten vorkommen können, wenn der Iran und der Irak

Verheugen

- (A) diese Protokolle ratifiziert hätten, daß zumindest aber das Internationale Rote Kreuz andere Möglichkeiten der Einflußnahme in diesem Krieg hätte. Hier ist bereits ein ganz konkreter Fall der Anwendung dieser neuen Protokolle gegeben.

Aber auch die vielen hunderttausend Angehörigen der Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik vom Deutschen Roten Kreuz bis zum bundeseigenen Technischen Hilfswerk werden zwar für den Ernstfall ausgebildet; sie sollen aber den besonderen Schutz des internationalen Rechts nicht genießen, wenn es zu diesem schrecklichen Ernstfall kommen sollte und sie eingesetzt werden müßten. Ich kann der Bundesregierung nur dringend raten, das Wort „Zivilschutz“ aus ihrem Sprachschatz zu streichen und keine Sonntagsreden mehr bei den Hilfsorganisationen zu halten.

(Eigen [CDU/CSU]: Die SPD hat hier im Land wohl nie regiert, was?)

Wir verfolgen die Eiertänze der Bundesregierung in Sachen Zusatzprotokolle seit dem Sommer 1983. Immer heißt es, es müsse noch konsultiert werden und eine einheitliche Haltung des Bündnisses sei unverzichtbar.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Alles Ausreden!)

- (B) Nun möchten wir von der Bundesregierung gern einmal erfahren, was denn an diesen Protokollen nun so schwierig und so kompliziert ist, daß seit neun Jahren darüber Konsultationen abgehalten werden müssen, obwohl alle NATO-Partner mit Ausnahme Frankreichs seinerzeit beide Protokolle unterzeichnet haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Regierungen werden doch wohl gewußt haben, was sie dort unterzeichnet haben.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Wahrscheinlich nicht!)

Und wie stellt sich die Bundesregierung eigentlich jetzt noch eine einheitliche Haltung des Bündnisses vor, nachdem Norwegen, Dänemark, Italien und Belgien bereits ratifiziert haben und die Ratifizierung in den Niederlanden kurz vor dem Abschluß steht? Man muß sich das einmal vorstellen: Für die Streitkräfte der NATO-Staaten, auch für solche, die auf unserem Territorium stationiert sind, gelten heute bereits unterschiedliche Kampfführungsbestimmungen.

Ein Hearing der SPD-Bundestagsfraktion im Herbst des vergangenen Jahres hat zutage gefördert, daß die Bundesregierung versucht hat, Parlament und Öffentlichkeit über die wahre Bedeutung des Zusatzprotokolls I für die Strategie der Abschreckung im unklaren zu lassen. Ein Ersteinsatz von Atomwaffen in Mitteleuropa wäre nach den Bestimmungen dieses Zusatzprotokolls nicht vorstellbar und müßte als Kriegsverbrechen gewertet werden.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: So ist es! Das ist der Kern!)

- (C) Die Bundesregierung bestreitet Auswirkungen der Protokolle auf die Verteidigungsstrategie. Die Vereinigten Staaten von Amerika erklären dagegen jedem, der es hören will, zuletzt einer Delegation des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle, daß die neuen kriegsvölkerrechtlichen Bestimmungen des Zusatzprotokolls I „fundamentale Bedeutung für die NATO und ihre Strategie“ hätten; das ist ein wörtliches Zitat von Herrn Pearl. Auch wir sehen das so.

(Mann [GRÜNE]: Auch wir!)

Aber während wir meinen, daß dann eben die Strategie dem Völkerrecht angepaßt werden muß, will die Reagan-Administration das Völkerrecht ihren militärischen Vorstellungen unterordnen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Ungeheuerlich!
— Mann [GRÜNE]: So ist es!)

Die zentrale Frage, um die es heute geht, heißt nicht anders, nämlich ob die Bundesrepublik Deutschland den Schutz der eigenen Bevölkerung höher stellen will als amerikanische Militärdoktrinen oder nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

- (D) Die weitere amerikanische Begründung für die Verweigerung der Ratifizierung, das Zusatzprotokoll I stelle Terroristen unter den Schutz des Völkerrechts, ist geradezu absurd. Dieses Argument ist in der deutschen Diskussion bisher auch nicht aufgetaucht. Ich bin gespannt, ob es so bleibt oder ob wir einen Fall von nacheilendem Gehorsam erleben werden.

Die **rechtlichen Fragen**, die mit diesem Problem zusammenhängen, sind bei uns ja schon ausgiebig diskutiert worden, als nämlich Angehörige der Roten Armee Fraktion im Jahre 1981 unter Bezugnahme auf Bestimmungen des Zusatzprotokolls I den Kriegsgefangenenstatus für sich in Anspruch genommen haben.

Interessant ist hier übrigens, daß die **Regeln über den Kombattantenstatus**, den die Vereinigten Staaten von Amerika jetzt vehement bekämpfen, seinerzeit von der Delegation der USA gegen den Widerstand der anderen Bündnispartner und auch gegen den Widerstand der damaligen Bundesregierung, in Genf durchgesetzt worden sind. So viel zum Thema Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik.

In der Debatte wird uns nachher sicher entgegengehalten werden, daß noch kein Warschauer-Pakt-Mitglied die Protokolle ratifiziert habe. Das ist richtig, obwohl das Rote Kreuz über Informationen verfügt, daß der Ratifizierungsprozeß in Bulgarien jetzt eingeleitet wird. Es wartet eben hier eine Großmacht auf die andere. Aber für uns als Deutsche ist wichtig, daß, wiederum nach den Informationen des Roten Kreuzes, die DDR dazu bereit ist, die Ratifizierung der Protokolle zeitgleich mit der Ratifizierung in der Bundesrepublik zu vollziehen.

Es wird ja nun viel und mit Recht von der gemeinsamen Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden in Europa gesprochen. Hier

Verheugen

- (A) kann diese gemeinsame Verantwortung praktiziert werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann gewiß daran zweifeln, ob das Völkerrecht in einem Atomkrieg etwas nützen wird oder nicht.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Letzteres!)

Aber man kann nicht darüber streiten, daß die Beachtung der neuen Genfer Bestimmungen das Kriegsrisiko ein Stück geringer machen würde.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: So ist es!)

Deshalb wollen wir die Ratifizierung der Protokolle sofort und ohne Vorbehalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Todenhöfer — der offensichtlich nicht im Saal ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Graf Huyn!)

— Gemeldet worden ist mir Herr Dr. Todenhöfer.

Wollen Sie sich für Ihre Fraktion zu Wort melden? — Bitte schön, Graf Huyn.

- (B) **Graf Huyn (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab, Herr Verheugen, eine Bemerkung zum Verfahren: Bekanntlich werden zu den Zusatzprotokollen bereits zwei gleichgerichtete Anträge in den Ausschüssen beraten. Es wäre daher sicherlich im Sinne eines geordneten parlamentarischen Verfahrensablaufs, wenn die SPD erst einmal das Ergebnis jener anderen Anträge abwartete.

Aber wir wollen dieser Debatte nicht ausweichen. Deswegen bleibt folgendes festzuhalten.

Erstens. Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die **Zusatzprotokolle**. Wir werten sie als einen **Fortschritt des humanitären Kriegsvölkerrechts**.

Zweitens. Es ist unser Ziel, daß die Bundesrepublik Deutschland die Protokolle ratifiziert. Insoweit sind wir uns mit Ihnen wohl einig. Abzulehnen ist allerdings die Leichtfertigkeit, mit der Sie von der SPD nun immer wieder die sofortige **Ratifizierung** ohne Rücksicht auf unsere lebenswichtigen Interessen fordern. Dies liegt natürlich ganz auf Ihrer politischen Linie, nämlich zu versuchen, unsere sicherheitspolitischen Positionen zu unterminieren.

(Zuruf von der SPD: Sie Seiltänzer! — Weitere Zurufe von der SPD)

Worum geht es denn hier? Was müssen unsere **deutschen Interessen** sein? Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer zentralen Lage im sicherheitspolitischen Spannungsfeld, mit der Stationierung von Truppen mehrerer verbündeter Staaten bei uns, darunter denen der drei westlichen Atom-mächte, ist auf eine einheitliche Haltung insbeson-

dere bei den Atommächten angewiesen. Letztere (C) haben allesamt noch nicht ratifiziert.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ist die Bundesrepublik auch Atom-macht oder Möchtegern-Atom-macht?)

Jeder Alleingang oder jedes undurchdachte Vorpreschen, wie Sie von der SPD es fordern, würde schaden.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Wieso?)

Die Bundesregierung bemüht sich mit unserer Unterstützung, eine einvernehmliche Haltung mit unseren **Hauptverbündeten** herbeizuführen.

(Mann [GRÜNE]: Wie lange schon!)

Es ist Ihnen von der SPD so gut wie uns bekannt, daß bei der Ratifizierung der Zusatzprotokolle nicht zuletzt auch eine Interpretationserklärung eine Rolle spielt, nämlich die sogenannte **Nuklear-Erklärung**. Insoweit ist es bezeichnend, daß die SPD heute wieder einmal eine sofortige Ratifizierung — ich zitiere aus Ihrem Antrag — „ohne Vorbehalte und ohne einschränkende Erklärung“ beantragt.

(Delorme [SPD]: „Deine Rede sei ja, ja, nein, nein!“)

Es ist schon ein starkes Stück, wenn Sie von der SPD die Position der früheren Regierung, die Sie selbst angeführt haben, hier wie auf so vielen anderen Gebieten verleugnen. Noch 1980 hat sich die damalige Bundesregierung unter Helmut Schmidt auf Grund von Konsultationen im Bündnis zugunsten einer Nuklear-Erklärung ausgesprochen. (D)

Das heißt — erstens —, die Kampfführungsbestimmungen des ersten Zusatzprotokolls sind in der Absicht aufgestellt worden, auf konventionelle Waffen Anwendung zu finden; zweitens unbeschadet sonstiger, für andere Waffenarten anwendbaren Regeln des Völkerrechts; drittens insbesondere beeinflussen, regeln oder verbieten die so eingeführten Bestimmungen nicht den Einsatz von Nuklear-waffen.

Diese **Interpretation des ersten Zusatzprotokolls** entspricht sowohl den Erläuterungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz als auch den Erklärungen der Atommächte Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion und der Vorgeschichte des Zusatzprotokolls, wie das schon der verstorbene Staatsminister Dr. Alois Mertes hier an dieser Stelle, im Deutschen Bundestag, am 14. Oktober 1983 festgestellt hat.

Eine solche Interpretation ist erforderlich, weil es genügend Kräfte gibt, die die Zusatzprotokolle als Instrument mißbrauchen wollen, um die nukleare Komponente und damit die gesamte Strategie des Nordatlantischen Bündnisses mit der flexiblen Reaktion zu Fall zu bringen. Die SPD hat sich seit dem Verlust der Regierungsverantwortung 1982 in bedenkenlosem Opportunismus diesen destruktiven Kräften zugesellt.

(Lachen bei der SPD — Mann [GRÜNE]: Es ist eine Unverschämtheit, was Sie hier erklären!)

Graf Huyn

- (A) Wir besitzen keine Atomwaffen, und wir wollen auch keine besitzen. Wir wollen und können die Nuklearfragen, die im Zusammenhang mit den Zusatzprotokollen bestehen, nicht allein lösen. Wir unterstützen daher die Bundesregierung in ihrer Haltung, den Meinungsbildungsprozeß innerhalb des Bündnisses voranzutreiben und das Zustimmungsverfahren für die Bundesrepublik Deutschland nach der Ratifizierung durch Nuklearmächte der Nordatlantischen Allianz einzuleiten.

Die CDU/CSU beantragt, den heutigen Antrag der SPD abzulehnen.

(Delorme [SPD]: Bezeichnend!)

Zusammenfassend möchte ich hier feststellen, daß unsere tragenden Grundsätze nach wie vor bleiben:

Erstens. Auch nuklear sind unterschiedslose Angriffe auf die Zivilbevölkerung untersagt.

Zweitens. Nach der rein defensiven Strategie, die unser Bündnis vertritt, bisher praktiziert hat und in Zukunft praktizieren wird, werden Waffen nur als Antwort auf einen Angriff eingesetzt.

Drittens. Es bleibt Pflicht der Völkergemeinschaft, das Kriegsvölkerrecht auch hinsichtlich der Nuklearwaffen zum größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schierholz.

- (B) **Dr. Schierholz (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor ziemlich genau drei Jahren, nämlich am 23. September 1983, hat die Fraktion DIE GRÜNE im Deutschen Bundestag das **Ratifizierungsgesetz für die beiden Genfer Zusatzprotokolle** in den Deutschen Bundestag eingebracht, flankiert von einem entsprechenden SPD-Antrag wenige Tage später. Ich erkläre hier für uns sehr klar: Wir GRÜNE treten für eine sofortige und bedingungslose Ratifizierung dieser beiden Genfer Zusatzprotokolle ein. Wir unterstützen damit sowohl die Bemühungen des Deutschen Roten Kreuzes als auch des Internationalen Roten Kreuzes.

Ich kann Herrn Verheugen in dem, was er zur Sache gesagt hat, in allen wesentlichen Fragen zustimmen.

(Graf Huyn [CDU/CSU]: Das ist schon die rot-grüne Zusammenarbeit! — Klein [München] [CDU/CSU]: Darauf können Sie stolz sein, Herr Verheugen!)

Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen, auch wenn er uns in einigen Punkten viel zu zahm ist. Es fehlen einige wichtige Differenzierungen. Denn das Verbot der unterschiedslosen Kriegsführung, das Übermaßverbot, der wirksame Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall im Genfer ZPI: für uns sind dies zwar alles außerordentlich wichtige, aber dennoch zweischneidige Bestimmungen des Völkerrechts, das unseren Vorstellungen von Friedensvölkerrecht bei weitem nicht genügt. Dennoch werden

- (C) wir, wie gesagt, zustimmen und wünschen uns dafür eine starke öffentliche Unterstützung. Ich verweise insbesondere darauf, daß sich die Zeitung „Die Zeit“ durch einige sehr gute Artikel verdient gemacht hat.

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Da wird aber der Redakteur erschrecken, wenn Sie ihn loben! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wir erwarten auch, um das klar zu sagen, daß sich die **Sowjetunion** im Rahmen der Gorbatschow-Initiativen zur Abrüstung eine weitere leisten sollte, nämlich jetzt ihrerseits die Genfer **Zusatzprotokolle** zu ratifizieren. Nur, wir befürchten, daß das Internationale Rote Kreuz auf der Tagung von Mitte bis Ende Oktober 1986 gleich in Trauerkleidung antreten kann. Denn — Herr Verheugen hat es schon gesagt — die Nichtratifizierung durch die **USA** ist praktisch beschlossene Sache, und das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei den GRÜNE)

Warum ratifiziert die **Bundesregierung** nicht, Herr Möllemann, warum nicht, wo doch etwa Staaten wie Dänemark, Norwegen und Italien ratifiziert haben? Nun, es gibt nur einen Grund: Die Bundesregierung ist nun einmal der treueste NATO-Vasall, und nun ist Sie erheblich in der Bredouille. Ihre Argumente, die Sie etwa im Verteidigungsausschuß Ende Juni 1986 vorgetragen haben, wo Sie unseren Ratifizierungs-Gesetzentwurf abgelehnt haben, meine Damen und Herren von der Koalition, sind vorgeschoben, sind scheinheilig. Lesen Sie einmal nach, was in der Berliner „tageszeitung“ vom 3. November 1984 über den Meinungsbildungsprozeß in der Union zu lesen war.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Meinen Sie die „taz“?)

Lesen Sie das in der „taz“ noch einmal nach.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Die haben wir noch nie gelesen und werden sie auch nicht lesen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie wollen sich den Griff zum Abzug an der Atomombe erhalten. Herr Todenhöfer hat das mehrfach erklärt.

(Senfft [GRÜNE]: In welcher Zeitung stand das?)

— Die Todenhöfer-Äußerung, Herr Kollege, stand in der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Also, was jetzt: „taz“ oder „Europäische Wehrkunde“? — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Sie verwechseln es aber nicht mit „FAZ“, nein!)

Es war in Ihren Reihen klar darauf abgehoben, daß die Union die Option auf eine **westeuropäische Atomstreitmacht** aufrechterhalten müsse. Das Problem der Bundesregierung ist das des vorauseilenden, bedingungslosen Gehorsams gegenüber der

Dr. Schierholz

- (A) US-Administration, ist das des NATO-Musterkna-

(Frau Berger [Berlin] [CDU/CSU]: Haben Sie es nicht ein bißchen kleiner? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Und das, meine Damen und Herren, sollte der Deutsche Bundestag hier nicht akzeptieren. Da die geltende **NATO-Strategie** dem **Völkerrecht** widerspricht, hat die Bundesregierung ein gespaltenes Verhältnis zum Völkerrecht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Pfui! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Und es ist insbesondere an die Damen und Herren von der FDP, Herr Hoppe,

(Zuruf von den GRÜNEN: Da sind keine Damen mehr!)

an Ihre Kolleginnen und Kollegen, die alle nicht mehr da sind, die Frage zu richten, wie sie es denn mit der Ratifizierung halten. —

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

Dr. Schierholz (GRÜNE): Wir fordern — und unterstützen den Antrag der SPD — eine sofortige und bedingungslose Ratifizierung dieser Genfer Zusatzprotokolle

(Klein [München] [CDU/CSU]: Das ist eine verantwortungslose Forderung, die Sie hier formulieren!)

- (B) und wünschen von daher, daß das Internationale Rote Kreuz auf seiner Konferenz Mitte Oktober noch einmal deutliche und klare Worte spricht.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter —

Dr. Schierholz (GRÜNE): Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN — Klein [München] [CDU/CSU]: Bitte sehr!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Staatsminister im Auswärtigen Amt, Herr Möllemann.

Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die 25. **Internationale Konferenz des Roten Kreuzes**, die vom 23. bis 31. Oktober in Genf stattfinden wird, ist nicht nur für die Internationale Rot-Kreuz-Bewegung von großer Bedeutung, sie berührt auch das Schicksal von Menschen in allen Kontinenten, die Opfer bewaffneter Konflikte oder innerstaatlicher Unruhen und Spannungen sind. Diese **Konflikte und innerstaatlichen Auseinandersetzungen** sind in den letzten Jahren immer häufiger, immer schlimmer und immer länger geworden. Sie haben sich im allgemeinen gleichzeitig abgespielt. Hat das Internationale Rote Kreuz 1970 noch Menschen in nur 30 Ländern Schutz und Hilfe gewährt, tat es dies 1980 bereits in 60 und 1984 sogar in 86 Ländern. So wird es zunehmend wichtiger, daß die Bestim-

mungen des humanitären Kriegsvölkerrechts in allen Fällen und unter allen Umständen respektiert werden. (C)

In Anbetracht dieser Entwicklung, verbunden mit wachsenden Aufgaben bei Gefangenenbesuchen, humanitären Hilfsaktionen und solchen des Zentralen Suchdienstes sieht sich die Internationale Rot-Kreuz-Bewegung vor neue Herausforderungen gestellt, die auch eine Anpassung seiner meist seit 1928 in Kraft befindlichen Rechtsgrundlagen erforderlich machen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Nun mal zur Sache!)

— Ich rede gerade über die Sache dieser Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes, nicht nur eine vermeintlich aus Ihrer Interessenlage interessante Sache. Das Rote Kreuz hat bei dieser Konferenz eine umfassende **Agenda**, und damit beschäftige ich mich.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Aber der Antrag!)

Deshalb werden die wichtigsten Themen der 25. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes die Frage der Achtung des humanitären Kriegsvölkerrechts und die Revision der Statuten des Internationalen Roten Kreuzes sein. Der Stand der Ratifikation der Genfer Zusatzprotokolle von 1977 zu den Rot-Kreuz-Konventionen von 1949 ist nicht das zentrale Thema der Konferenz.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Aber ein wichtiges!)

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält zur Internationalen Rot-Kreuz-Bewegung vielfältige Beziehungen. Unsere Regierungsdelegation wird sich an der Konferenz aktiv beteiligen. Wir hoffen, so auch zum Erfolg der Konferenz beizutragen. (D)

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das ist doch alles Nebel, was Sie hier verbreiten!)

Die Bundesregierung erkennt mit Dankbarkeit die helfende und friedensstiftende **Tätigkeit des Roten Kreuzes** an, seine Sanitäts- und Lazarett-dienste in den Kriegen des letzten Jahrhunderts und die Betreuung von rund 3 Millionen deutscher Kriegsgefangener in den beiden Weltkriegen.

(Rusche [GRÜNE]: Wer tut das nicht?)

Allein im Zweiten Weltkrieg sind über 11 000 Lagerbesuche des Roten Kreuzes unmittelbar oder mittelbar deutschen Soldaten zugute gekommen.

Mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz verbindet die Bundesregierung seit über 30 Jahren die treuhänderische Leitung des **Internationalen Suchdienstes** in Arolsen durch das IKRK. Die Tätigkeit des Internationalen Suchdienstes hat dazu beigetragen, daß mehrere hunderttausend Einzelschicksale des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte aufgeklärt werden konnten.

Durch die wachsende Zahl von Aufgaben des IKRK entsteht ein Problem seiner Unterstützung durch die Staaten und des wachsenden **Finanzbedarfs**. Die Bundesregierung hat in den letzten Jah-

Staatsminister Möllemann

- (A) ren die Bemühungen der Internationalen Rot-Kreuz-Bewegung, Menschen in der ganzen Welt zu helfen, die unter Krieg, Terror, Gewalt oder unter Not infolge von Naturkatastrophen leiden, aktiv unterstützt.

(Mann [GRÜNE]: Sie sollen hier keine Festrede halten, Herr Möllemann, sondern zu dem Antrag Stellung nehmen! — Zurufe von der CDU/CSU)

So haben wir einmal unseren Beitrag zum ordentlichen Haushalt des IKRK in diesem Jahr von 750 000 auf 1,1 Millionen DM erhöht. Im Jahre 1985 haben wir dem IKRK für seine Hilfsprogramme unmittelbar 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Möllemann, nicht drücken!)

Dieser direkte Beitrag zum außerordentlichen Haushalt des IKRK wird durch Zuwendungen des Deutschen Roten Kreuzes in Höhe von 31 Millionen DM unterstützt, an denen wir uns mittelbar ebenfalls beteiligen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Reden Sie doch endlich mal zum Antrag, der auf der Tagesordnung steht!)

Das **Deutsche Rote Kreuz**, das auf der Konferenz durch eine eigene Delegation vertreten sein wird, ist ein wichtiges und angesehenes Mitglied der Internationalen Rot-Kreuz-Bewegung.

(Ströbele [GRÜNE]: Sensationell!)

- (B) In diesem Zusammenhang begrüßt und unterstützt das Auswärtige Amt die Kandidatur des Präsidenten des DRK, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein, für einen Sitz in der Ständigen Kommission des Internationalen Roten Kreuzes.

(Mann [GRÜNE]: Jetzt ist es wirklich abenteuerlich! Sie sind von allen guten Geistern verlassen!)

Die Bundesregierung bereitet ihren **Konferenzbeitrag** in enger Abstimmung mit der Delegation des Deutschen Roten Kreuzes vor; sie beteiligt sich für die Konferenzvorbereitung auch aktiv an der politischen Konsultation im Rahmen der EPZ.

(Mann [GRÜNE]: Wir wollen von Ihnen wissen, was die Regierung zu dem Antrag zu sagen hat! — Abg. Mann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Setzen Sie sich hin, Herr Kollege! Sie haben hier nicht das Wort, und Sie kriegen es von mir übrigens auch nicht.

(Mann [GRÜNE]: Reden Sie zur Sache! Das ist eine Unverschämtheit, wie Sie hier mit dem Parlament umgehen!)

Dem IKRK ist in erster Linie daran gelegen — —

Vizepräsident Westphal: Herr Staatsminister, die Worterteilung erfolgt durch den Präsidenten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Herr Präsident, Sie haben recht. Ich wollte nur sagen: Sollten Sie mich fragen, ich würde diesem Schreihals nicht das Wort erteilen. (C)

(Mann [GRÜNE]: Sie sind ein arroganter Schnösel, Herr Möllemann, das muß ich wirklich sagen!)

Vizepräsident Westphal: Herr Staatsminister, ich muß Sie ermahnen. Ich muß hier für Ordnung sorgen.

(Eigen [CDU/CSU]: Er hat „Schnösel“ gesagt! Was ist damit?)

Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Herr Präsident, ich verstehe das, halte den Begriff aber aufrecht.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Dem IKRK ist in erster Linie daran gelegen, Mittel und Wege zu finden, um eine bessere **Anwendung des geltenden internationalen humanitären Völkerrechts** zu erreichen. Es will die Unterstützung der Weltöffentlichkeit und der Staaten dafür gewinnen, daß alle Regierungen die sich aus den Genfer Konventionen von 1949 ergebenden Verpflichtungen erfüllen. Die Entwicklung der letzten fünf Jahre, über die das IKRK berichten wird, zeigt, daß Wege gesucht werden müssen, um eine verstärkte Achtung des humanitären Kriegsvölkerrechts sicherzustellen. Nach dem Selbstverständnis des IKRK hängt der Erfolg der Konferenz im wesentlichen davon ab, ob diese Initiative erfolgreich sein wird. (D)

(Zuruf des Abg. Dr. Ehmke [Bonn] [SPD])

Es kann hierbei der Unterstützung der Bundesregierung sicher sein. Auch die Bundesregierung ist der Auffassung, daß alle Konfliktparteien die in Kraft befindlichen Genfer Abkommen von 1949 ebenso unter allen Umständen beachten müssen wie die diesbezüglichen gewohnheitsrechtlichen Normen des humanitären Kriegsvölkerrechts.

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Das wäre ja noch schöner, wenn es anders wäre!)

Die Bundesregierung mißt deshalb auch der Verbreitung der Kenntnisse des geltenden humanitären Kriegsvölkerrechts große Bedeutung bei. Insofern unterstützt sie die Bemühung der Rot-Kreuz-Bewegung im internationalen Raum. National hat sie alles in ihrer Kraft Stehende getan, um für eine Verbreitung dieser Kenntnisse, die Herr Kollege Verheugen hier angemahnt hatte — deswegen beziehe ich mich auf seinen Beitrag —, Sorge zu tragen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Selbstverständlich ist auch die Fortentwicklung des **humanitären Kriegsvölkerrechts** notwendig. Die Bundesregierung hat sich deshalb an der **Ausarbeitung neuer Regeln** aktiv beteiligt. Sie betrachtet die Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1949 als einen wichtigen Schritt auf diesem Wege.

(Zuruf des Abg. Dr. Ehmke [Bonn] [SPD])

Staatsminister Möllemann

- (A) Das IKRK, das bestrebt ist, die weltweite Geltung der **Zusatzprotokolle** zu fördern, will mit dem diesbezüglichen Tagesordnungspunkt auf der Konferenz vor allem einen Bericht über den Stand der Ratifikationen vorlegen. Es will darüber hinaus den Staaten, welche die Zusatzprotokolle noch nicht ratifiziert haben, dies jedoch zu tun beabsichtigen, eine Möglichkeit einräumen, ihre Haltung hierzu darzulegen. Wie gesagt, das ist ein Tagesordnungspunkt von vielen.

Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu ihren politischen Zielen gehört. Es bleibt aber auch die Überzeugung der Bundesregierung — wie bekanntlich aller früheren, mit dem Thema befaßten Bundesregierungen —

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

daß in den in diesem Zusammenhang auftretenden sensiblen Nuklearfragen dem **Verhalten der Nuklearmächte** eine besondere Bedeutung zukommt und daß die Bundesregierung daher das Zustimmungsverfahren erst nach der Ratifizierung der Zusatzprotokolle durch eine Nuklearmacht des Bündnisses einleiten möchte.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Nichts als Ausweichen!)

Diese und frühere Bundesregierungen sind immer davon ausgegangen, daß auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland Truppen mehrerer verbündeter Staaten stationiert sind und daß deswegen eine möglichst einheitliche **Haltung innerhalb des Bündnisses** über Inhalt und Tragweite kriegsvölkerrechtlicher Regeln besonders wichtig ist.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Was ist mit den fünf Staaten, die ratifiziert haben?)

— Ja, das ist eben ein Rechenexempel. Wenn 5 von 16 ratifiziert haben, kann man noch nicht von Einheitlichkeit reden. Sie können aber auch sagen: Wenn von 16 erst 5 ratifiziert haben —

(Zuruf des Abg. Dr. Ehmke [Bonn] [SPD])

Lesen Sie das in aller Ruhe nach, Herr Schierholz, oder hören Sie es sich jetzt mal in aller Ruhe an. Ich habe zwar keine Hoffnung, daß Sie das verstehen, aber ich wiederhole es noch mal.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU/CSU)

Angesichts ihrer zentralen Lage hat die Bundesrepublik Deutschland mehr noch als andere ein Interesse daran, daß die Aufgabe der Friedenssicherung nicht durch Unklarheiten kriegsvölkerrechtlicher Regeln beeinträchtigt wird. Es ist deshalb stets das Ziel aller Bundesregierungen gewesen, eine unterschiedliche Entwicklung völkervertragsrechtlicher Verpflichtungen im Verhältnis zu unseren Hauptverbündeten zu vermeiden, die nachteilige Konsequenzen für unsere Teilhabe an der Bündnisintegration mit sich bringen müßte.

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Nachlaufen!)

Daraus folgt die Notwendigkeit eingehender Konsultationen und engster Abstimmung, namentlich

mit den Hauptverbündeten in allen mit den Zusatzprotokollen zusammenhängenden Fragen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Seit neun Jahren!)

Dementsprechend hat der Bundessicherheitsrat 1980 unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt beschlossen, die Entscheidung für die Einleitung des Zustimmungsverfahrens zurückzustellen, da die Bundesrepublik —

(Zuruf von der SPD: Das ist jetzt sechs Jahre her!)

— Ja, ja, aber trotzdem; damals hieß er wirklich Helmut Schmidt.

(Zurufe von der SPD)

Unter dessen Vorsitz wurde es damals beschlossen.

(Zurufe von der SPD)

— Ja, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie am liebsten heute von dem Mann außer in Nachreden nichts mehr hören wollen, ist doch Ihr Problem, aber doch nicht unseres.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Zuruf von der SPD)

Ich wiederhole: Dementsprechend hat der Bundessicherheitsrat 1980 beschlossen, die Entscheidung für die Einleitung des Zustimmungsverfahrens zurückzustellen, da die Bundesrepublik Deutschland nicht vor ihren wichtigsten Verbündeten ratifizieren sollte.

(Abg. Verheugen [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Herr Verheugen, Sie waren damals noch nicht bei der SPD. Deswegen kann ich Sie da nicht einbeziehen. Da haben Sie recht.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, da Sie offensichtlich als Fraktionssprecher gesprochen haben — ich nehme das jedenfalls nach der Art, wie Sie gesprochen haben, an —, muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit vorbei ist.

Möllemann, Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen: Ich habe, Herr Präsident, nicht als Fraktionssprecher gesprochen.

Vizepräsident Westphal: Das war aber deutlich erkennbar, Herr Abgeordneter.

(Widerspruch bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf des Abg. Dr. Bötsch [CDU/CSU] sowie weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Möllemann, Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen: Nein.

Herr Präsident, ich habe heute mit Aufmerksamkeit zugehört, wie die Debatten geführt worden sind. Auch ein Mitglied der Bundesregierung hat

Staatsminister Möllemann

- (A) das Recht, eine pointierte Position vorzutragen. Ich tue das weiterhin.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Aber nicht so
lämmelig! — Frau Dr. Timm [SPD]: Ver-
ludern der Sitten des Parlaments!)

Ich wiederhole: Dementsprechend hat der Bundesdissicherheitsrat 1980 beschlossen, die Entscheidung für die Einleitung des **Zustimmungsverfahrens** zurückzustellen, da die Bundesrepublik Deutschland nicht vor ihren wichtigsten Verbündeten ratifizieren sollte. Die Einleitung der Ratifikation der Zusatzprotokolle noch vor dem 23. Oktober 1986 ist der Bundesregierung unter diesen Umständen nicht möglich.

Die Bündniskonsultationen werden fortgesetzt. Die Bundesregierung wird sich am Meinungsbildungsprozeß innerhalb des Bündnisses auch weiterhin

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Teilhaben! Beteiligen!)

aktiv beteiligen und ihre bekannte Haltung, die ich noch einmal skizziert habe, mit Deutlichkeit vortragen.

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Sie laufen Washington nach! Sagen Sie es doch ganz klar!)

Auf der 25. Rot-Kreuz-Konferenz wird die deutsche Delegation bemüht sein, in der Frage der **Geltung der Genfer Zusatzprotokolle von 1977** eine den Bestrebungen des IKRK Rechnung tragende konstruktive Haltung einzunehmen.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Stets bemüht!)

Wenn wir dabei bemüht sind — ich wiederhole es —, aus bündnispolitischen Gesichtspunkten den Einklang mit unseren wesentlichsten Bündnispartnern aufrechtzuerhalten,

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Gegen unsere Interessen!)

folgen wir damit einer Leitlinie, die bestimmende Leitlinie aller Bundesregierungen gewesen ist. An diesen Voraussetzungen hat sich auf der Seite der Bundesregierung nichts geändert.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ein Armutszeugnis!)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter Mann, da Sie einen Zwischenruf gemacht haben, der nicht hinnehmbar ist, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf, ohne das zu wiederholen, was Sie gesagt haben.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 10/6038 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 15. Oktober 1986, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12.23 Uhr)

(C)

(D)

(A)

Anlage 1**Liste der entschuldigten Abgeordneten****Abgeordnete(r) entschuldigt bis einschließlich**

Antretter	3. 10.
Frau Augustin ***	3. 10.
Bahr	3. 10.
Bastian	3. 10.
Böhm (Melsungen) **	3. 10.
Frau Borgmann	3. 10.
Broll	3. 10.
Büchner (Speyer) *	3. 10.
Dr. Bugl	3. 10.
Buschbom	3. 10.
Daubertshäuser	3. 10.
Dörflinger	3. 10.
Dr. Dollinger	3. 10.
Frau Eid	3. 10.
Fischer (Bad Hersfeld)	3. 10.
Frau Fuchs (Verl)	3. 10.
Gallus	3. 10.
Frau Geiger ***	3. 10.
Dr. Geißler	3. 10.
Genscher	3. 10.
Dr. Götz	3. 10.
Grünbeck	3. 10.
Haase (Fürth)	3. 10.
Dr. Häfele	3. 10.
von Hammerstein	3. 10.
Handlos	3. 10.
Hansen (Hamburg)	3. 10.
Hanz (Dahlen)	3. 10.
Dr. Haussmann	3. 10.
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	3. 10.
Dr. Holtz ***	3. 10.
Ibrügger	3. 10.
Jaunich	3. 10.
Jungmann	3. 10.
Kißlinger	3. 10.
Dr. Köhler (Duisburg)	3. 10.
Dr. Köhler (Wolfsburg)	3. 10.
Kroll-Schlüter	3. 10.
Dr.-Ing. Laermann	3. 10.
Dr. Laufs	3. 10.
Frau Dr. Lepsius ***	3. 10.
Lowack	3. 10.
Dr. Mertens (Bottrop)	3. 10.
Metz	3. 10.
Dr. Müller *	3. 10.
Nagel	3. 10.
Neumann (Bramsche)	3. 10.
Frau Pack	3. 10.
Peter (Kassel)	3. 10.
Pfeifer	3. 10.
Ranker	3. 10.
Reuschenbach	3. 10.
Dr. Riedl (München)	3. 10.
Frau Roitzsch (Quickborn)	3. 10.
Dr. Rumpf	3. 10.
Schäfer (Mainz)	3. 10.
Schäfer (Offenburg)	3. 10.
Schlatter	3. 10.
Schmidt (Hamburg)	3. 10.

(B)

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)**Abgeordnete(r) entschuldigt bis einschließlich**

Schmidt (München) **	3. 10.
Frau Schmidt (Nürnberg)	3. 10.
Schmidt (Wattenscheid)	3. 10.
Schmitz (Baesweiler)	3. 10.
Schröer (Mülheim)	3. 10.
Schulte (Menden)	3. 10.
Dr. Solms	3. 10.
Dr. Freiherr Spies von Bülsesheim ***	3. 10.
Dr. Spöri	3. 10.
Dr. Stercken	3. 10.
Tietjen	3. 10.
Voigt (Frankfurt)	3. 10.
Dr. Voigt (Northeim)	3. 10.
Voigt (Sonthofen)	3. 10.
Vogt (Düren)	3. 10.
Dr. Voss	3. 10.
Frau Wagner	3. 10.
Weiß	3. 10.
Werner (Dierstorf)	3. 10.
Wieczorek (Duisburg)	3. 10.
Frau Dr. Wisniewski	3. 10.
Wissmann	3. 10.
Dr. Wulff ***	3. 10.
Frau Zeitler	3. 10.
Dr. Zimmermann	3. 10.

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

** für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

*** für die Teilnahme an der 76. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union

(D)

Anlage 2**Amtliche Mitteilungen**

Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Berichterstattung gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung über die nachstehende Vorlage absieht:

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zum Abschluß des Verfahrens der Konsultation des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine einundzwanzigste Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuer — Verlängerung der Frist für die Anwendung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems in der Republik Griechenland (Drucksache 10/5641)

Der Vorsitzende des Innenausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Einführung befristeter Sondermaßnahmen betreffend die Einstellung von Beamten der Europäischen Gemeinschaften im Hinblick auf den Beitritt Spaniens und Portugals

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, EURATOM, EGKS) Nr. 260/68 des Rates zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften

- (A) Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EURATOM, EGKS, EWG) Nr. 549/69 des Rates zur Bestimmung der Gruppen von Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, auf welche die Artikel 12, 13 Absatz 2 und Artikel 14 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Gemeinschaften Anwendung finden — KOM (84) 680 endg. — EG-Dok. Nr. 4220/85 (Drucksache 10/2952 Nr. 13)

Der Vorsitzende des Innenausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Beratung der nachstehenden EG-Vorlage abgesehen hat:

Vorschlag für die Verordnung (EURATOM, EGKS, EWG) des Rates zur Angleichung der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind — KOM (86) 266 endg. — Rats-Dok. Nr. 7425/86 (Drucksache 10/5788 Nr. 7)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Vollendung des Binnenmarktes: Das Gemeinschaftliche Lebensmittelrecht — KOM (85) 603 endg. — Rats-Dok. Nr. 10483/85 (Drucksache 10/4983 Nr. 56)

Verordnung (EWG) Nr. 1388/86 des Rates vom 12. Mai 1986 über die Aussetzung der Einfuhren bestimmter Agrarerzeugnisse mit Ursprung in bestimmten Drittländern, die im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 127/1 vom 13. Mai 1986 veröffentlicht ist (Drucksache 10/5706 Nr. 22)

Verordnung (EWG) Nr. 1707/86 des Rates vom 30. Mai 1986 über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl, die im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 146/88 vom 31. Mai 1986 veröffentlicht ist (Drucksache 10/5788 Nr. 8)

- (B) Der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 543/69 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr und der Verordnung (EWG) Nr. 1463/70 über die Einführung eines Kontrollgeräts im Straßenverkehr und

Entwurf einer Empfehlung des Rates zur Verbesserung der Anwendung der Sozialverordnungen — EG-Dok. Nr. 5937/84 (Drucksache 10/1404 Nr. 36)

Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Abschaffung der Zollförmlichkeiten im Rahmen des TIR-Übereinkommens beim Ausgang aus einem Mitgliedstaat unter Überschreitung einer gemeinsamen Grenze zwischen zwei Mitgliedstaaten — KOM (86) 184 endg. — Rats-Dok. Nr. 6407/86 (Drucksache 10/5621 Nr. 16)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Beratung der nachstehenden EG-Vorlagen abgesehen hat:

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung bestimmter Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereieressourcen für die Schiffe unter der Flagge der Mitgliedstaaten, ausgenommen Spaniens und Portugals, in den Gewässern unter der Hoheitsgewalt oder der Gerichtsbarkeit des Königreichs Spanien für 1986 und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung bestimmter Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereieressourcen für die Schiffe unter der Flagge der Mitgliedstaaten, ausgenommen Spaniens und Portugals, in den Gewässern unter der Hoheitsgewalt oder der Gerichtsbarkeit von Portugal für 1986 und

- (C) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung bestimmter Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereieressourcen für Schiffe unter portugiesischer Flagge in den Gewässern unter der Hoheitsgewalt oder der Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Spanien und Portugal für 1986 — KOM (85) 651 endg. — Rats-Dok. Nr. 10485/85 (Drucksache 10/4583 Nr. 5)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II b) des Gemeinsamen Zollltarifs mit Ursprung in Zypern (1986) — KOM (86) 92 endg. — Rats-Dok. Nr. 5491/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 3)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über die Anzahl der Schiffe unter portugiesischer Flagge, die zum Fang von weißem Thun in den Gewässern unter der Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit Spaniens berechtigt sind und

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über die Anzahl der Schiffe unter spanischer Flagge, die zum Fang von weißem Thun in den Gewässern unter der Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit Portugals berechtigt sind — KOM (86) 127 endg. — Rats-Dok. Nr. 5368/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 4)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über besondere Bedingungen zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 in Portugal — KOM (86) 84 endg. — Rats-Dok. Nr. 5436/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 5)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates mit Grundregeln für die bei der Einfuhr bestimmter Erzeugnisse des Weinsektors aus Spanien geltenden Ausgleichsbeträge — KOM (86) 78 endg. — Rats-Dok. Nr. 4988/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 6)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung allgemeiner Bestimmungen für die Regelung der Beitrittsausgleichsbeträge im Geflügelfleischsektor infolge des Beitritts Spaniens — KOM (86) 72 endg. — Rats-Dok. Nr. 4938/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 7)

(D) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung allgemeiner Bestimmungen für die Regelung der Beitrittsausgleichsbeträge im Eiersektor infolge des Beitritts Spaniens — KOM (86) 71 endg. — Rats-Dok. Nr. 4937/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 8)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates mit den Grundregeln betreffend die Bestandteile zum Schutz der Verarbeitungsindustrie im Getreide- und Reissektor und zur Festsetzung dieser Bestandteile für Spanien — KOM (86) 79 endg. — Rats-Dok. Nr. 4954/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 9)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung der Einzelheiten der mengenmäßigen Beschränkungen bei der Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Drittländern nach Spanien — KOM (86) 23 endg. — Rats-Dok. Nr. 4564/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 10)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der anfänglichen mengenmäßigen Beschränkungen bei der Einfuhr bestimmter Erzeugnisse der Blumenzucht aus Drittländern nach Portugal — KOM (86) 42 endg. — Rats-Dok. Nr. 4773/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 11)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung spezifischer Maßnahmen für die Gewährung der Produktionsbeihilfe für Olivenöl in Spanien in der Zeit vom 1. März bis 31. August 1986 — KOM (86) 59 endg. — Rats-Dok. Nr. 4877/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 12)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Regelung der mengenmäßigen Beschränkungen bei der Einfuhr bestimmter Agrarerzeugnisse aus den Kanarischen Inseln nach Portugal — KOM (86) 105 endg. — Rats-Dok. Nr. 5093/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 13)

Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Anwendung der Beitrittsausgleichsbeträge beim Handelsverkehr mit Glukose und Laktose der Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 sowie Eialbumin und Milchalbumin der Verordnung (EWG) Nr. 2583/75 zwischen Spanien einerseits und der Gemeinschaft und Drittländern andererseits — KOM (86) 122 endg. — Rats-Dok. Nr. 5211/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 14)

- (A) Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über eine gemeinsame Maßnahme zur Wiederherstellung und Umstellung der 1985 in bestimmten Gebieten der Gemeinschaft durch Frost geschädigten Olivenhaine — KOM (86) 88 endg. — Rats-Dok. Nr. 5246/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 15)
- Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für frische Tafeltrauben der Tarifstelle ex 08.04 A I des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1986) — KOM (86) 86 endg. — Rats-Dok. Nr. 5364/86 (Drucksache 10/5238 Nr. 16)
- Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Kabeljau und Filets von Kabeljau der Tarifstelle ex 03.02 A I b) und 03.03 A II a) des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Norwegen — KOM (86) 165 endg. — Rats-Dok. Nr. 6039/86 (Drucksache 10/5401 Nr. 5)
- Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für einige Fische zubereitet und haltbar gemacht der Tarifstelle ex 16.04 G II des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Norwegen — KOM (86) 161 endg. — Rats-Dok. Nr. 6024/86 (Drucksache 10/5401 Nr. 6)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2918/85 über den Wiederverkauf in Irland und in Nordirland von Getreide aus Beständen der britischen und der irischen Interventionsstelle zur Verwendung in der Viehfütterung — KOM (86) 143 endg. — Rats-Dok. Nr. 6025/86 (Drucksache 10/5401 Nr. 7)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung des Anfangskontingents für das Jahr 1986, das von Portugal auf bestimmtes Obst und Gemüse aus der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 angewandt werden kann — KOM (86) 44 endg. — Rats-Dok. Nr. 4739/86 (Drucksache 10/5401 Nr. 8)
- Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für 38 000 Stück Färsen und Kühe bestimmter Höhenrassen, nicht zum Schlachten der Tarifstelle ex 01.02 A II des Gemeinsamen Zolltarifs und
- (B) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für 5 000 Stück Stiere, Kühe und Färsen bestimmter Höhenrassen, nicht zum Schlachten der Tarifstelle ex 01.02 A II des Gemeinsamen Zolltarifs — KOM (86) 106 endg. — Rats-Dok. Nr. 5483/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 5)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Bestimmung der in Portugal erzeugten, den Qualitätsweinen bestimmter Anbauggebiete gleichgestellten Weine der Tarifnummer 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs — KOM (86) 82 endg. — Rats-Dok. Nr. 4993/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 6)
- (C) Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 hinsichtlich der landwirtschaftlichen Umrechnungskurse für die spanische Peseta und den portugiesischen Escudo — KOM (86) 69 endg. — Rats-Dok. Nr. 4883/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 7)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3035/80 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden — KOM (86) 97 endg. — Rats-Dok. Nr. 5814/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 8)
- Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates mit der das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik ermächtigt werden, in das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse bestehende innerstaatliche Unterteilungen zu übernehmen — KOM (86) 47 endg. — Rats-Dok. Nr. 4775/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 9)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der Ausgangskontingente für 1986 in Portugal für bestimmte Milcherzeugnisse mit Herkunft aus der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung vom 31. Dezember 1985 — KOM (86) 29 endg. — Rats-Dok. Nr. 4639/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 10)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über die Erstattungen und Abschöpfungen bei der Ausfuhr von Olivenöl — KOM (86) 131 endg. — Rats-Dok. Nr. 5615/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 11)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur neunten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1837/80 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch — KOM (86) 81 endg. — Rats-Dok. Nr. 4989/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 12)
- Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der allgemeinen Bestimmungen für die Regelung der Beitrittsausgleichsbeträge im Zuckersektor — KOM (86) 45 endg. — Rats-Dok. Nr. 4744/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 13)
- (D) Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung des Anfangskontingents bei der Einfuhr von Ölkuchen aus dritten Ländern nach Portugal — KOM (86) 63 endg. — Rats-Dok. Nr. 4876/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 14)
- Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2358/71, (EWG) Nr. 2727/75 und (EWG) Nr. 950/68 hinsichtlich Saatgut — KOM (86) 28 endg. — Rats-Dok. Nr. 4652/86 (Drucksache 10/5362 Nr. 15)

